

BERICHT

des Parlaments
der Deutschsprachigen Gemeinschaft
über seine Tätigkeiten während
der Sitzungsperiode

2017-2018



INHALT

PARLAMENT	3
FRAKTIONEN	3
MITGLIEDER	4
ARBEITSSTRUKTUR	5
PLENUM	5
PRÄSIDIUM	6
ERWEITERTES PRÄSIDIUM	6
PRÄSIDENT	6
AUSSCHÜSSE	6
VERWALTUNG DES PARLAMENTS	8
EINLEITUNG	8
HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS	8
VERWALTUNGSPERSONAL	9
OMBUDSDIENST	10
REGIERUNG	11
LEGISLATIVE ARBEIT	12
ALLGEMEINES	12
VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON POLITISCHEN MEINUNGEN	13
SITZUNGSPERIODE 2017-2018	14
PARLAMENTS BESCHLÜSSE	14
AUSSCHUSSARBEIT	18
AUSSCHUSS I	18
AUSSCHUSS II	20
AUSSCHUSS III	21
AUSSCHUSS IV	23
AUSSCHUSS V	25
BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN	26
REGIERUNGSKONTROLLE	28
ALLGEMEINES	28
INTERPELLATIONEN	28
BEGRÜNDETE ANTRÄGE	30
FRAGEN	30
THEMENDEBATTEN	39
PARLAMENT ALS OFFENES HAUS	40
DIE PARLAMENTS BIBLIOTHEK	40
VERANSTALTUNGEN	41
PREISE DES PARLAMENTS	43
BESUCHER UND GÄSTE	44
BESONDERE GÄSTE IM PARLAMENT	45
PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL	47
ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTS IN BELGIEN	47
INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT VON PARLAMENTS	48
BÜRGERDIALOG	54
ANLAGE 1 - BÜRGERAGENDA	56
ANLAGE 2 - PARLAMENT IN ZAHLEN	63

PARLAMENT

FRAKTIONEN

Im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind sechs politische Parteien und Bewegungen vertreten. Die 25 Abgeordneten wurden am 25. Mai 2014 direkt von den Wählern der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt.

Sitzverteilung: Politische Partei/Bewegung Anzahl Sitze

CSP	7
ProDG	6
SP	4
PFF	4
VIVANT	2
ECOLO	2
Total	25

Die Parlamentsmitglieder haben sich zu Fraktionen zusammengeschlossen. Eine nicht anerkannte Fraktion setzt sich aus zwei Parlamentsmitgliedern und eine anerkannte Fraktion aus mindestens drei Mitgliedern zusammen. Die Bezeichnung als anerkannte oder nicht anerkannte Fraktion beeinflusst die Höhe der Finanzierung der Funktionskosten und wirkt sich in beschränkterem Maße auf das Rede-, Stimm- und Antragsrecht aus.

Anerkannte Fraktionen sind CSP, ProDG, PFF und SP.

Nicht anerkannte Fraktionen sind VIVANT und ECOLO.

CSP-Fraktion

7 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 47 | F +32 (0)87/31 84 48

info@csp.pdg.be

http://www.csp-dg.be/

Fraktionsvorsitzender: Jérôme Franssen

jerome.franssen@pdg.be



ProDG-Fraktion

6 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 55 | F +32 (0)87/31 84 56

info@prodg.pdg.be

http://www.prodg.be/

Fraktionsvorsitzender: Alfons Velz

alfons.velz@pdg.be



SP-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 61 | F +32 (0)87/31 84 62

info@sp.pdg.be

http://www.sp-dg.be/

Fraktionsvorsitzender: Charles Servaty

charles.servaty@pdg.be



PFF-Fraktion

4 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 67 | F +32 (0)87/31 84 68

info@pff.pdg.be

http://www.pff.be/

Fraktionsvorsitzender: Gregor Freches

gregor.freches@pdg.be



VIVANT-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 73 | F +32 (0)87/31 84 74

info@vivant.pdg.be

http://www.vivant-ostbelgien.org/

Fraktionsvorsitzender: Michael Balter

michael.balter@pdg.be



ECOLO-Fraktion

2 Mitglieder

Platz des Parlaments 1 | 4700 Eupen | Belgien

T +32 (0)87/31 84 77 | F +32 (0)87/31 84 78

info@ecolo.pdg.be

http://www.ecologd.be/

Fraktionsvorsitzender: Freddy Mockel

freddy.mockel@pdg.be



MITGLIEDER

In der Sitzungsperiode 2017-2018 änderte sich die personelle Zusammensetzung des Parlaments:

Am 23. April 2018 legte Patrick Knops (CSP) seinen Eid als Abgeordneter ab. Patrick Knops ersetzt in seiner Fraktion den am 18. April zurückgetretenen Mirko Braem.

Im November 2017 wechselte ebenfalls der Fraktionsvorsitz der CSP.

Jérôme Franssen übernahm am 20. November 2017 den Vorsitz von Daniel Franzen.

Am Ende der Sitzungsperiode, am 29. Juni 2018, legte auch Nicole De Palmenaer (CSP) ihr Amt als Pro-

vinzialrätin nieder. Sie verlor dadurch ihr Statut als Beratende Mandatarin. Frau De Palmenaer wurde vor den anstehenden Provinzialwahlen nicht ersetzt.

Effektive, stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.07.2018)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Michael	Balter	Fraktionsvorsitzender	VIVANT
Freddy	Cremer	Abgeordneter	ProDG
Patricia	Creutz-Vilvoye	Abgeordnete	CSP
Luc	Frank	Abgeordneter	CSP
Jérôme	Franssen	Fraktionsvorsitzender	CSP
Daniel	Franzen	Abgeordneter	CSP
Gregor	Freches	Fraktionsvorsitzender	PFF
Christoph	Gentges	Abgeordneter	PFF
Herbert	Grommes	2. Sekretär des PDG	CSP
Evelyn	Jadin	Abgeordnete	PFF
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG	ProDG
Patrick	Knops	Abgeordneter	CSP
Karl-Heinz	Lambertz	Gemeinschaftssenator	SP
Alain	Mertes	Abgeordneter	VIVANT
Alexander	Miesen	Präsident des PDG	PFF
Freddy	Mockel	Fraktionsvorsitzender	ECOLO
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG	CSP
Kirsten	Neycken-Bartholemy	3. Vizepräsidentin des PDG	SP
Marc	Niessen	Abgeordneter	ECOLO
Wolfgang	Reuter	Abgeordneter	ProDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG	ProDG
Liesa	Scholzen	Abgeordnete	ProDG
Charles	Servaty	Fraktionsvorsitzender	SP
Marcel	Strougmayr	Abgeordneter	SP
Alfons	Velz	Fraktionsvorsitzender	ProDG

Beratende, nicht stimmberechtigte Mandatare

(in alphabetischer Reihenfolge, Stand 01.07.2017)

Vorname	Name	Funktion	Partei
Pascal	Arimont	Europaabgeordneter	CSP
Jenny	Baltus-Möres	Regionalabgeordnete	PFF
Katrin	Jadin	Kammerabgeordnete	PFF
Hans	Niessen	Provinzialrat	ECOLO
Alfred	Ossemann	Provinzialrat	SP
Edmund	Stoffels	Regionalabgeordneter	SP
Bernard	Zacharias	Provinzialrat	PFF



Eidesleistung von Patrick Knops am 23. April 2018

ARBEITSSTRUKTUR



Plenarsitzung am 18. Juni 2018

Die Parlamentsarbeit spiegelt sich insbesondere in verschiedenen Gremien und Funktionen, deren Aufgaben in der Geschäftsordnung des Parlaments beschrieben werden.

Die wichtigsten Gremien und Funktionen sind:

- das Plenum
- das Präsidium
- das erweiterte Präsidium
- der Parlamentspräsident
- die Ausschüsse

PLENUM

Die 25 Abgeordneten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft versammeln sich einmal im Monat zur Plenarsitzung. Besonders intensiv ist die Sitzungstätigkeit im Monat Dezember. Dann sind aufgrund der ausführlichen Debatten zum Haushalt gleich drei Sitzungen in einer Woche geplant.

In der Sitzungsperiode 2017-2018 fanden 13 Plenarsitzungen statt:

18.09.2017
25.09.2017
23.10.2017
20.11.2017
11.12.2017
12.12.2017

14.12.2017
20.01.2018
26.02.2018
23.04.2018
28.05.2018
18.06.2018
25.06.2018

Die wichtigsten Entscheidungen des Plenums betreffen:

- die Wahl und die Kontrolle der Regierung,
- die Verabschiedung von Dekreten (Gesetzen) für die Deutschsprachige Gemeinschaft,
- die jährliche Verabschiedung und Abänderung des Gemeinschaftshaushalts

PRÄSIDIUM

Aufgaben

Das Präsidium regelt alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Es ernennt das Personal des Parlaments, mit Ausnahme des Greffiers, und legt das Organigramm der Parlamentsverwaltung fest.

Jede anerkannte Fraktion ist im Verhältnis zu ihrer Stärke im Präsidium vertreten. Durch die Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments (Beschluss vom 30. Mai 2016) und in Anwendung von Artikel 23 der Geschäftsordnung wird das Präsidium für die gesamte Dauer der Legislaturperiode gewählt. Die Neubesetzung im Rahmen der neuen Beschlussfassung fand in der ersten Plenarsitzung der Sitzungsperiode 2016-2017, am 19. September 2016, statt.

Vorname	Name	Funktion
Alexander	Miesen	Präsident des PDG
Robert	Nelles	1. Vizepräsident des PDG
Lydia	Klinkenberg	2. Vizepräsidentin des PDG
Kirsten	Neycken-Bartholemy	3. Vizepräsidentin des PDG
Petra	Schmitz	1. Sekretärin des PDG
Herbert	Grommes	2. Sekretär des PDG

Der Greffier des Parlaments, Stephan Thomas, nimmt an den Sitzungen des Präsidiums teil.

ERWEITERTES PRÄSIDIUM

Das erweiterte Präsidium setzt sich aus den Präsidiumsmitgliedern, den Fraktionsvorsitzenden und den Ausschussvorsitzenden zusammen.

Das erweiterte Präsidium organisiert insbesondere die Arbeit des Parlaments. Dazu gehören vor allem die Arbeitsplanung der Plenarsitzungen und die entsprechenden Tagesordnungen.

Fraktionsvorsitzende

Jérôme Franssen	CSP
Alfons Velz	ProDG
Charles Servaty	SP
Gregor Freches	PFF
Michael Balter	VIVANT
Freddy Mockel	ECOLO

An den Sitzungen des Präsidiums und des erweiterten Präsidiums nimmt auch der Greffier des Parlaments mit beratender Stimme teil.

Ausschussvorsitzende

Alexander Miesen

Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit

Marcel Strougmayr

Ausschuss II für Kultur, Lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung

Freddy Cremer

Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung

Robert Nelles

Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales

Alexander Miesen

Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der deutschsprachigen Gemeinschaft

PRÄSIDENT

Der Präsident leitet die Arbeiten des Parlaments und seiner Organe.

Er leitet die Sitzungen des Plenums und des Präsidiums. Er unterzeichnet die Beschlüsse des Plenums und gewährleistet die weitere Ausführung. Er überwacht die korrekte Einhaltung der Geschäftsordnung.

Er nimmt alle Vorschläge, Entwürfe, Abänderungsvorschläge, Berichte, Fragen, Interpellationen und Anträge entgegen und prüft deren Zulässigkeit.

Der Parlamentspräsident vertritt das Parlament nach außen. Dazu gehört die Teilnahme an Netzwerken wie der CALRE, der Versammlung der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis, oder anderen.

AUSSCHÜSSE

Allgemeines

Nach der Konstituierung des Parlaments werden die ständigen Ausschüsse eingesetzt, deren Aufgabengebiete festgelegt und die Zusammensetzung bestimmt. Die Ausschüsse werden nach dem System der verhältnismäßigen Vertretung der Fraktionen gebildet, wobei jede anerkannte Fraktion des Parlaments vertreten sein muss.

Die Ausschussarbeit bildet eine wichtige Säule der parlamentarischen Arbeit. In den Parlamentsausschüssen wird die gesetzgebende Arbeit vorbereitet. Dekretvorlagen werden in kleinem Kreis vorgestellt, analysiert, diskutiert und abgeändert. Dazu holen die Ausschüsse häufig auch die Meinung von Experten, Betroffenen und Interessenvertretern ein. Nach den Beratungen verabschiedet der Ausschuss einen Text, der als Grundlage für die Verabschiedung eines Beschlusses im Plenum dient.

Für die Legislaturperiode 2014-2019 wurden fünf Ausschüsse einge-

setzt. Die Arbeitsbereiche der jeweiligen Ausschüsse orientieren sich an den Zuständigkeitsbereichen der vier Regierungsmitglieder. Die Ausschüsse tagen wöchentlich, außer Ausschuss V, der nur bei Bedarf zusammentritt.

Die ständigen Ausschüsse sind:

- Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit,
- Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung,
- Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung,
- Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales,
- Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.



Die Parlamentarierinnen versammeln sich zum Weltfrauentag am 8. März 2018

VERWALTUNG DES PARLAMENTS

EINLEITUNG

Ein Parlament kann nicht ohne administrativen Unterbau funktionieren. Es benötigt Verwaltungsbeamte, die die Sitzungen vorbereiten und betreuen, die Beschlussvorlagen und die dazugehörige Dokumentation aufbereiten, die Abgeordneten bei ihrer Arbeit beraten, alle statutarischen Fragen regeln und die parlamentarische Arbeit in die Öffentlichkeit tragen.

Daneben müssen aber auch das Gebäude, die Sitzungsräume, die Büros und die technische Infrastruktur unterhalten und gepflegt werden.

Gemäß Artikel 26 der Geschäftsordnung regelt das Präsidium alle administrativen und finanziellen Angelegenheiten des Parlaments, seiner Organe und der Parlamentsverwaltung. Auf dieser Grundlage legt es beispielsweise das Organigramm der Parlamentsverwaltung und den jährlichen Haushaltsplan des Parlaments fest.

HAUSHALTSPLAN DES PARLAMENTS

Die Kosten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft als gesetzgebende Institution werden mit Mitteln aus dem Gemeinschaftshaushalt und gegebenenfalls aus der parlamentseigenen Reserve bestritten. Das Parlamentspräsidium verabschiedet jährlich einen Haushaltsplan, der die Einnahmen und die Ausgaben für das kommende Jahr auflistet.

Haushaltsjahr 2017

Für das Haushaltsjahr 2017 wurden provisorische Einnahmen in Höhe von 6.677.214,76 Euro und provisorische Ausgaben in Höhe von 6.660.322,47 Euro¹ verbucht.

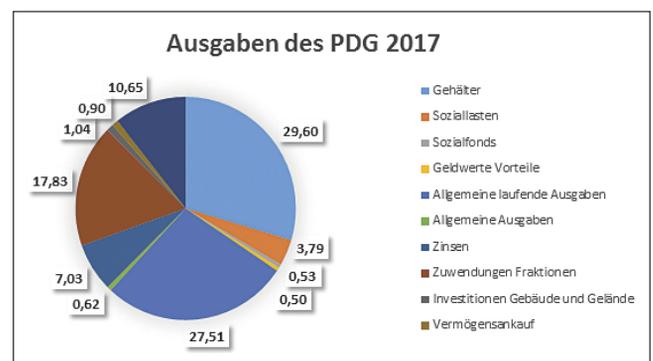
Die ursprüngliche Schätzung der Ausgaben lag bei 6.718.000,00 Euro.

Die im Jahr 2017 getätigten Ausgaben können wie folgt aufgeschlüsselt werden:

Bereich	Betrag (Euro)	%
Gehälter	1.954.814,18	29,35
Sonstige Gehaltskosten	17.340,90	0,26
Soziallasten	252.917,82	3,79
Sozialfonds	35.000,00	0,52
Geldwerte Vorteile	33.469,77	0,50
Allgemeine laufende Ausgaben	1.832.240,80	27,51
Allgemeine Ausgaben	41.006,41	0,62
Zinsen	468.006,44	7,03
Zuwendungen Fraktionen	1.187.324,22	17,83
Investitionen Gebäude und Gelände	69.079,61	1,04
Vermögensankauf	59.844,60	0,90
Kapitaltilgung auf Anleihen	709.277,72	10,65
Gesamt	6.660.322,47	100,00

Haushaltsjahr 2018

Für das Haushaltsjahr 2018 hat das Präsidium einen ausgeglichenen Haushalt veranschlagt: Die geschätzten Einnahmen und Ausgaben belaufen sich auf jeweils 6.736.000 Euro.



¹ Zum Vergleich: 2015: 6.290.198,98 Euro; 2016: 6.624.000,00 Euro

VERWALTUNGSPERSONAL

Die Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung unterstützen das Parlament und seine Organe bei der parlamentarischen Arbeit.

Organisation der Dienste

An der Spitze der Parlamentsverwaltung steht der Greffier. Er unterzeichnet gemeinsam mit dem Parlamentspräsidenten alle Beschlüsse des Parlaments und des Präsidiums und sorgt für deren Ausführung. Bei seiner Arbeit wird der Greffier durch den Direktionsrat unterstützt, dem er selber und die Dienstleiter angehören.

Greffier: Stephan Thomas

Die Parlamentsverwaltung ist in vier Diensten organisiert:

Dienst 1: Ausschüsse

Der Dienst „Ausschüsse“ ist im Wesentlichen für die Planung, Durchführung und Betreuung der Sitzungstätigkeiten der ständigen Ausschüsse im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zuständig.

Dienstleiterin: Eva Johnen

Dienst 2: Expertise und Publikationen

Der Dienst „Expertise und Publikationen“ zeichnet verantwortlich für die korrekte Erstellung aller Parlamentsdokumente. Gleichzeitig ist der Dienst auch Anlaufstelle für juristische Gutachten, Übersetzungsarbeiten und die sprachliche Prüfung.

Dienstleiterin: Gaby Modard-Girretz

Dienst 3: Verwaltung

Der Dienst „Verwaltung“ regelt die interne Organisation des Parlaments, betreut die Buchhaltung des Hauses, verwaltet die Finanzmittel sowie die Infrastruktur und regelt alle statutarischen Fragen für Mitarbeiter und Abgeordnete.

Dienstleiter: Daniel Brandt

Dienst 4: Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation

Der Dienst „Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation“ kommuniziert die Parlamentsarbeit nach außen, betreut Besuchergruppen und organisiert Veranstaltungen. Auch die Parlamentsbibliothek ist dem Dienst angegliedert.

Dienstleiterin: Myriam Pelzer

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurden auch die Verwaltungsstruktur und die Aufgabenverteilung nach Diensten angepasst.

Personalstruktur (Stand 30.06.2018)

Zurzeit arbeiten insgesamt 40 Personen in der Parlamentsverwaltung.

Nachfolgend ist die Zusammensetzung des Mitarbeiterstabs nach Ausbildungsgrad, nach administrativem Statut und nach Geschlecht aufgeschlüsselt:

Mitarbeiter pro Stufe (Vollzeitäquivalenz)	Anzahl
Stufe 1 (Master)	11,20
Stufe 2+ (Bachelor)	5,35
Stufe 2 (Abitur)	12,50
Stufe 3 (Sonstiges)	6,20
TOTAL	35,25

Mitarbeiter nach Statut	Anzahl
Beamte	29
Vertragliche	10
Senat	1
TOTAL	40

Mitarbeiter nach Geschlecht	Anzahl
Männlich	14
Weiblich	26
TOTAL	40

OMBUDSDIENST

Seit September 2010 verfügt die Deutschsprachige Gemeinschaft über einen eigenen Ombudsmann. Auf der Grundlage des Dekrets vom 26. Mai 2009 vermittelt der Ombudsmann neutral und unabhängig bei Beschwerden der Bürger gegen die Arbeitsweise und die Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese Vermittlungstätigkeit wurde im März 2016 auf die Amtshandlungen der lokalen Verwaltungsbehörden (im Wesentlichen die Gemeinden und die ÖSHZ) und die Einrichtungen mit einem Auftrag im öffentlichen Interesse der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgedehnt. Seither kann der Ombudsmann bei Beschwerden, die die Einhaltung der Sprachengesetzgebung betreffen, unterstützend tätig werden, auch wenn er bei derartigen Klagen nicht selbst vermitteln kann.

Seit April 2017 übt Frau Marlene Hardt das Amt der Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus. Sie ist für 23 Stunden pro Woche ernannt. Bürger, Unternehmer oder Vereinigungen können sich an Sie wenden. 2017 nahmen sie diese Möglichkeit 128 Mal wahr. 44 % der Anfragen bezogen sich auf die klassische Aufgabe der Vermittlung. Fragen, Hinweise oder Be-



Marlene Hardt, Ombudsfrau der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Foto: David Hagemann

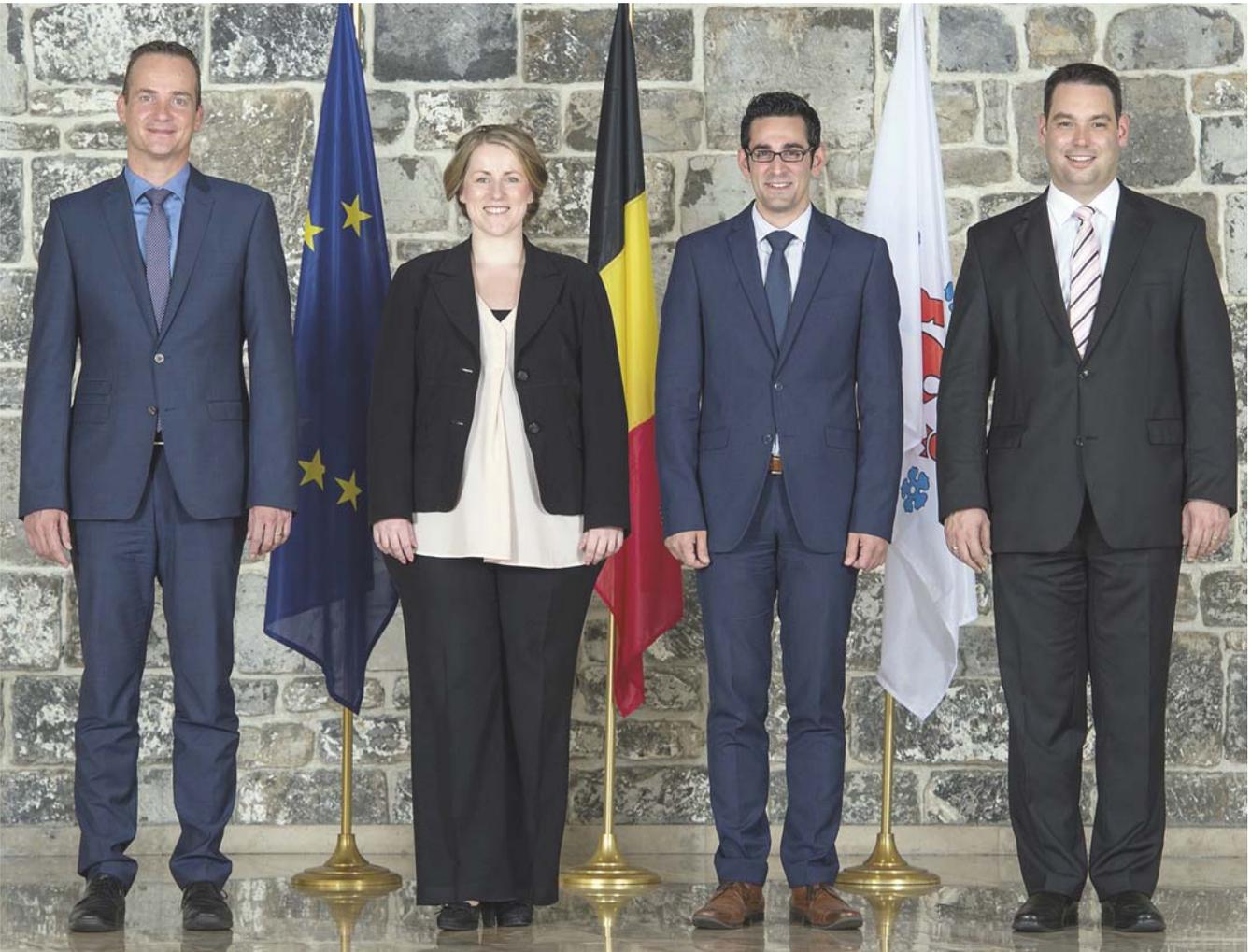
schwerden zur Sprachengesetzgebung stellten 16% der Anfragen dar. Wenn die Ombudsfrau nicht für eine Anfrage zuständig ist, bietet sie an, die Frage oder Beschwerde

an die richtige Stelle weiterzuleiten. Erhielt der Ombudsdienst 2017 noch im Durchschnitt zehn Anfragen pro Monat, nahmen diese in der ersten Hälfte 2018 um 50% zu.

Durch die Erneuerung der Webseite, einen Artikel für die Infoblätter der verschiedenen Gemeinden, ein Interview, Pressegespräche sowie die Herausgabe eines Faltblatts wurde versucht, den Bekanntheitsgrad der Ombudsfrau zu steigern. Eine Runde durch die Gemeinden diente der Stärkung des Vertrauens der lokalen Behörden in die Arbeit der Ombudsfrau.

Die Ombudsfrau nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Ausschusses I teil, wenn dieser sich mit der Einhaltung der Sprachengesetzgebung oder dem Beschwerdewesen innerhalb der Behörden und Einrichtungen mit einem Auftrag im öffentlichen Interesse befasst. Zuletzt traf die Ombudsfrau verschiedene Vorkehrungen, um im Einklang mit der neuen Datenschutzverordnung zu sein. Für die nächste Sitzungsperiode stehen die Verabschiedung der Geschäftsordnung, ein Abkommen mit der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle sowie der Ausbau der Sprechstunden im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf der Tagesordnung.

REGIERUNG



Die Regierung besteht aus vier Mitgliedern: dem Ministerpräsidenten und drei Ministern. Die Regierung wird nicht vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Das Parlament hat zur Aufgabe, stellvertretend für die Bevölkerung, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Die Regierungsmitglieder legen ihren Eid vor dem Parlamentspräsidenten ab.

Das parlamentarisch-demokratische System der Gewaltenteilung ist ein System des gegenseitigen Überprüfens und des Ausgleichs. Weder die Exekutiv- noch die Legislativgewalt können die großen politischen Linien der Gemeinschaft ohne die Mitwirkung der jeweils anderen Gewalt festlegen. Die Regierung legt zu Beginn ihrer Tätigkeit ein Arbeitsprogramm vor, das sie umsetzen möchte. Für viele Maßnahmen dieses Programms

sind Dekrete als gesetzliche Grundlage notwendig. Hier ist die Regierung auf die enge Zusammenarbeit mit dem Parlament angewiesen.

Oliver Paasch (ProDG), Ministerpräsident

Isabelle Weykmans (PFF), Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

Antonios Antoniadis (SP), Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

Harald Mollers (ProDG), Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

LEGISLATIVE ARBEIT

ALLGEMEINES

Die gesetzgeberische Tätigkeit ist die Kernaufgabe des Parlaments, die sich im Wesentlichen in der Verabschiedung von sogenannten „Dekreten“ niederschlägt. Dekrete sind Gemeinschaftsgesetze. Das Parlament legt darin Regeln in Bezug auf die Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft fest.

Im Zuge der sechsten Staatsreform sind die Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft weiter ausgedehnt worden. Dabei wurden vor allem Befugnisse in Sachen Gesundheits- und Sozialpolitik vom Föderalstaat an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen. Die Wallonische Region übertrug der Deutschsprachigen Gemeinschaft Befugnisse in Sachen Gemeinden und Tourismus.

Gemeinschaftszuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 130 – §1 – Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;
2. die personenbezogenen Angelegenheiten;
3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 §1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten;
5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§2 – Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet.

Als kulturelle Angelegenheiten zählen:

- der Schutz und die Veranschaulichung der Sprache,
- die Förderung der Ausbildung von Forschern,
- die schönen Künste,
- das Kulturerbe, Museen und sonstige wissenschaftlich-kulturelle Einrichtungen,
- Bibliotheken, Diskotheken und ähnliche Dienste,
- Rundfunk und Fernsehen sowie die Unterstützung der Schriftpresse,
- die inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste,
- die Jugendpolitik,
- die ständige Weiterbildung und die kulturelle Animation,
- die Leibeserziehung, der Sport und das Leben im Freien,
- die Freizeitgestaltung,
- die vorschulische Ausbildung in den Verwahrschulen,
- die nachschulische und neben-schulische Ausbildung,
- die Kunstausbildung,
- die intellektuelle, moralische und soziale Ausbildung,
- die Förderung des sozialen Aufstiegs,
- die berufliche Umschulung und Fortbildung,
- Systeme dualer Ausbildung, in denen eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz im Wechsel durch eine Ausbildung in einer Bildungs- oder Ausbildungseinrichtung ergänzt wird.

Das Unterrichtswesen umfasst:

- die Organisation des Unterrichts (alle Stufen und Netze),
- die Festlegung der Unterrichtsinhalte und die Ausgabe von Diplomen,
- die Pädagogik,
- das Dienstrecht des Personals,
- die Finanzierung des Unterrichtswesens,
- die Schulinfrastruktur und den Schülertransport,
- den Sprachengebrauch im Unterricht,
- die wissenschaftliche Forschung.

Personenbezogene Angelegenheiten sind:

die Gesundheitspolitik, nämlich

- die Pflegeleistung innerhalb und außerhalb von Pflegeanstalten, einschließlich der Finanzierung von Bau-, Renovierungs- und Unterhaltsarbeiten der Krankenhäuser sowie der Finanzierung des schweren medizinischen Geräts,
- die geistige Gesundheitspflege in anderen Pflegeanstalten als Krankenhäusern,
- die Pflegeleistung in Altenheimen, einschließlich einzelner Geriatriedienste,
- die Pflegeleistung in einzelnen spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten,
- die Langzeitrehabilitation (long term care),
- die Organisation der primären Gesundheitspflege und die Unterstützung der Berufe im Bereich der primären Gesundheitspflege,

- die Zulassung und das Kontingent der Gesundheitspflegeberufe,
- die Gesundheitserziehung und die Tätigkeiten und Dienstleistungen im Bereich der Präventivmedizin,

der Personenbeistand, darunter

- die Familienpolitik einschließlich aller Formen von Hilfe und Unterstützung für Familien und Kinder,
- die Auszahlung von Familienleistungen (Kindergeld, Geburtsprämien und Adoptionsprämien),
- die Sozialhilfepolitik einschließlich der grundlegenden Rechtsvorschriften über die öffentlichen Sozialhilfezentren,
- die Aufnahme- und Integrationspolitik gegenüber Einwanderern,
- die Behindertenpolitik einschließlich der beruflichen Ausbildung, Umschulung und Fortbildung der Behinderten und die Mobilitätshilfsmittel,
- die Seniorenpolitik,
- der Jugendschutz einschließlich des sozialen Schutzes und des gerichtlichen Schutzes und der Maßnahmen für straffällige Jugendliche,
- die Sozialhilfe für Gefangene im Hinblick auf ihre soziale Wiedereingliederung,
- die Organisation, die Arbeitsweise und die Aufgaben der Justizhäuser und des Dienstes, der für die Durchführung und die Weiterverfolgung der elektronischen Überwachung zuständig ist,
- der erste juristische Beistand,
- die Filmkontrolle im Hinblick auf den Zutritt Minderjähriger zu Kinosaal.

Als auswärtige Beziehungen gelten:

- die Aushandlung, der Abschluss und die Billigung von innerbelgischen und internationalen Kooperationsabkommen und Verträgen in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
- die Umsetzung von EU-Politik und Völkerrecht.

Durch die sechste Staatsreform erhielt die Deutschsprachige Gemeinschaft auch die konstitutive Autonomie, d. h. die Deutschsprachige Gemeinschaft kann selbst über bestimmte Aspekte der Organisation und Funktionsweise von Parlament und Regierung (z. B. die Anzahl Minister und Parlamentarier) sowie über gewisse Punkte der Gemeinschaftswahlen (z. B. die Wahlkreise und die Regelung der Übertragung der Listenstimmen bei der Sitzverteilung) entscheiden.

Regionale Zuständigkeiten

Auszug aus der Belgischen Verfassung:

Art. 139 – Auf Vorschlag ihrer jeweiligen Regierung können das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft und das Parlament der Wallonischen Region in gegenseitigem Einvernehmen und jedes durch Dekret beschließen, dass das Parlament und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im deutschen Sprachgebiet Befugnisse der Wallonischen Region ganz oder teilweise ausüben.

Diese Befugnisse werden je nach Fall im Wege von Dekreten, Erlassen oder Verordnungen ausgeübt.

Die Übertragung der Ausübung von regionalen Zuständigkeiten, so wie sie in Artikel 139 der Verfassung vorgesehen ist, wurde bisher fünfmal per Dekret vollzogen.

Das Parlament übt deshalb auch gesetzgeberische Zuständigkeiten in folgenden Bereichen aus:

- Denkmal- und Landschaftsschutz (1994) sowie Ausgrabungen (1999)
- Beschäftigungspolitik (1999 und 2015)
- Regelung, Organisation und Finanzierung der kommunalen und intrakommunalen Einrichtungen des deutschen Sprachgebiets sowie der Kirchenfabriken und Einrichtungen zur Verwaltung der weltlichen Güter der anerkannten Kulte, der Bestattungen und Grabstätten (2004, 2009 und 2014)
- Tourismus (durch Rückübertragung nach der sechsten Staatsreform (2014)

VERWALTUNGSBESCHLÜSSE UND ARTIKULIEREN VON POLITISCHEN MEINUNGEN

Neben der rein legislativen Arbeit verabschiedet das Parlament auch andere Beschlüsse, die im Wesentlichen auf dieselbe Art und Weise wie Dekrete vorbereitet, besprochen und verabschiedet werden.

Dabei handelt es sich zum einen um interne Beschlüsse zur Organisation der parlamentarischen Arbeit und zur Regelung des Statuts der Abgeordneten und der Verwaltungsmitarbeiter.

Zum anderen verabschiedet das Parlament Resolutionen und Stellungnahmen, die politische Aussagen, Aufforderungen, Empfehlungen, Absichten oder Ähnliches enthalten und nicht rechtsverbindlich sind.

Schließlich gibt das Parlament Gutachten zu föderalen Gesetzesinitiativen ab, die sich auf das Autonomiestatut und die Sprachengesetzgebung beziehen.

SITZUNGSPERIODE 2017-2018

Die Sitzungsperiode 2017-2018 begann am 18. September 2017 mit der ersten Plenarsitzung.

Durch die Bestimmungen des Sonderdekrets vom 30. Mai 2016 kam es diesmal nicht zu einer erneuten Wahl des Präsidiums. Das endgültige Präsidium für die gesamte Restdauer der Legislaturperiode wurde bereits am 19. September 2016 bestimmt.

Das Parlament tagte 2017-2018 dreizehnmal im Plenum und verabschiedete 5 Beschlüsse, 5 Haushaltsdekrete, 11 Dekrete, 19 Zustimmungsdekrete, 2 Gutachten und 1 Resolution – traf also insgesamt 43 Entscheidungen.

Folgende Dekrete in den Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden verabschiedet:

1. Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dok. 194 – verabschiedet am 23.10.2017
2. Dekret über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt – Dok. 198 – verabschiedet am 11.12.2017
3. Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen – Dok. 199 – verabschiedet am 26.02.2018
4. Programmdekret 2018 – Dok. 218 – verabschiedet am 26.02.2018
5. Dekret über die Familienleistungen – Dok. 222 – verabschiedet am 23.04.2018
6. Gemeindedekret – Dok. 223 – verabschiedet am 23.04.2018
7. Dekret zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung – Dok. 234 – verabschiedet am 28.05.2018
8. Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 26. Oktober 1998 über die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung – Dok. 236 – verabschiedet am 28.05.2018
9. Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dok. 219 – verabschiedet am 18.06.2018
10. Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2018 – Dok. 238 – verabschiedet am 18.06.2018
11. Dekret zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsetzung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate – Dok. 242 – verabschiedet 25.06.2018

Die einzige Resolution des Parlaments richtete sich an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und betraf die künftige Absicherung der Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Dok. 193 – verabschiedet am 20.11.2017).

PARLAMENTS BESCHLÜSSE

Datum Verabschiedung	Titel	Dok.-Nr. (2017-2018)
23.10.2017	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 28. März 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Flämischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Förderung der allgemeinen Zusammenarbeit	186
23.10.2017	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen	194
23.10.2017	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet	195
23.10.2017	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kindergeldgesetzgebung	196
20.11.2017	Resolution an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der künftigen Absicherung der Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	193

20.11.2017	Dekret zur Zustimmung zu dem Übereinkommen zur Errichtung der Internationalen EU-Lateinamerika/Karibik-Stiftung, geschehen zu Santo Domingo am 25. Oktober 2016	200
11.12.2017	Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Wahlgesetzbuches und des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft	197
11.12.2017	Dekret über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt	198
12.12.2017	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Juli 2017 zwischen der Flämischen Region, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die anerkannten lokalen Religionsgemeinschaften der anerkannten Kulte, deren Einzugsbereich sich über das Gebiet von mehr als einer Gebietskörperschaft erstreckt	202
14.12.2017	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Juni 1985 zur Pensionsregelung der Parlamentsmitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft	216
14.12.2017	Dekret zur dritten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016	5-3-HH2016
14.12.2017	Dekret zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016	6-HH2016
14.12.2017	Dekret zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017	5-2-HH2017
14.12.2017	Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018	4-HH2018
29.01.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2017 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation	203
26.02.2018	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen	199
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zwischen der Republik Polen und dem Königreich Belgien zur Änderung des am 20. August 2001 in Warschau unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und Steuervermeidung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Luxemburg am 14. April 2014	205
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 14. Juni 1995 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und dem Königreich Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie des dazugehörigen Protokolls, in der Fassung des am 22. Juni 2000 in Madrid unterzeichneten Protokolls, geschehen zu Brüssel am 2. Dezember 2009, und zu dem Protokoll zur Änderung des am 14. Juni 1995 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen dem Königreich Belgien und dem Königreich Spanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie des dazugehörigen Protokolls, in der Fassung des am 22. Juni 2000 in Madrid unterzeichneten Protokolls und des am 2. Dezember 2009 zu Brüssel geschenehenen Protokolls, geschehen zu Madrid am 15. April 2014	206
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Protokoll zur Änderung des am 23. Mai 2002 in Ottawa unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung Kanadas zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, geschehen zu Brüssel am 1. April 2014	207
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem zweiten Protokoll zur Änderung des am 1. Juni 1987 in Brüssel unterzeichneten Abkommens zwischen der Regierung des Königreichs Belgien und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerflucht auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Veräußerungsgewinn, wie geändert durch das am 24. Juni 2009 in Paris unterzeichnete Protokoll, geschehen zu London am 13. März 2014	208

26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und den Kaimaninseln über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu George Town, Grand Cayman, am 24. April 2014	209
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen dem Königreich Belgien und der Regierung von Guernsey über den Informationsaustausch in Steuersachen, geschehen zu Brüssel am 24. April 2014 und in St. Peter Port am 7. Mai 2014	211
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Kooperationsabkommen über Partnerschaft und Entwicklung zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Islamischen Republik Afghanistan andererseits, geschehen zu München am 18. Februar 2017	212
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Kuba andererseits, geschehen zu Brüssel am 12. Dezember 2016	213
26.02.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Partnerschaftsabkommen über die Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Neuseeland andererseits, geschehen zu Brüssel am 5. Oktober 2016	214
26.02.2018	Programmdekret 2018	218
26.02.2018	Beschluss zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, den Regionen, den Gemeinschaften, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Ausübung der Zuständigkeiten, die laut Vertrag der Europäischen Union, laut Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der dazugehörigen Protokolle den nationalen Parlamenten zugewiesen sind	221
26.02.2018	Invorschlagbringung der Kandidaten für die Ständige Sprachenkontrollkommission	227
23.04.2018	Dekret über die Familienleistungen	222
23.04.2018	Gemeindedekret	223
23.04.2018	Begründetes Gutachten zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die Anhäufung von Entschädigungen, die sich aus der Ausübung öffentlicher Mandate, Ämter und Funktionen politischer Art ergeben, hinterlegt von Herrn Emmanuel Burton und anderen Abgeordneten (Dok 54 2813/001-3) und zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die Mandatshäufung, hinterlegt von Frau Katja Gabriëls und anderen Abgeordneten (Dok 54 2817/001-2) und zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, hinterlegt von Frau Catherine Fonck (Dok 54 0930/001)	224
23.04.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer, geschehen zu Brüssel am 2. Februar 2018	226
28.05.2018	Dekret zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung	234
28.05.2018	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 26. Oktober 1998 über die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung	236
28.05.2018	Dekret zur Zustimmung zu dem Abkommen zwischen Japan und dem Königreich Belgien zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und zur Verhinderung der Steuerhinterziehung und der Steuervermeidung samt Protokoll, geschehen zu Tokio am 12. Oktober 2016	237
28.05.2018	Beschluss zur Abänderung des Parlamentsbeschlusses vom 25. Juni 1985 zur Pensionsregelung der Parlamentsmitglieder der Deutschsprachigen Gemeinschaft	239
18.06.2018	Beschluss zur Abänderung des Beschlusses vom 3. November 2014 zur Bezeichnung der Mitglieder des Verwaltungsrats des Belgischen Rundfunk- und Fernsehentrums der Deutschsprachigen Gemeinschaft	36
18.06.2018	Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	219

18.06.2018	Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2018	238
25.06.2018	Dekret zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des Allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018	5-1-HH2018
25.06.2018	Beschluss zur Genehmigung des Entwurfs eines Geschäftsführungsvertrags zwischen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der VoG S.I.A. (Soziale Integration und Alltagshilfe)	96
25.06.2018	Dekret zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsetzung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate	242
25.06.2018	Dekret zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 31. Juli 2017 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission bezüglich der Änderung des Königlichen Erlasses vom 12. August 1985 zur Ausführung des Artikels 62 §5 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes und der Änderung des Königlichen Erlasses vom 26. März 1965 über die Familienbeihilfen zugunsten bestimmter, vom Staat entlohnter Personalkategorien und der Personalmitglieder des Einsatzkaders und des Verwaltungskaders und Logistikkaders der lokalen Polizeikörpers	243



AUSSCHUSSARBEIT

Die Fachausschüsse im Parlament beschäftigen sich mit vielfältigen Themen. Die Parlamentsbeschlüsse werden in den Sitzungen der Ausschüsse vorbereitet. Hinter verschlossener Tür werden Meinungen ausgetauscht, Fragen gestellt und Sachverständige angehört.

In öffentlicher Sitzung findet monatlich die Regierungskontrolle statt. Aktuelle Fragen und Interpellationen werden diskutiert. Diese Sitzungen werden im Livestream ausgestrahlt und sind auf der Website des Parlaments einsehbar.

Neben der Gesetzgebungs- und Kontrollarbeit behandeln die Ausschüsse im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche verstärkt gesellschaftspolitisch relevante Themen, beziehen in dieser Hinsicht die Zivilgesellschaft und die Bürger ein und sorgen für eine entsprechende Berichterstattung.

AUSSCHUSS I

FÜR ALLGEMEINE POLITIK, PETITIONEN, FINANZEN UND ZUSAMMENARBEIT

Rückblick

Autonomieentwicklung, Haushaltsberatung und Vernetzung des Parlaments im Rahmen inner- sowie außerbelgischer Beziehungen: Diese Aufgaben bestimmten wiederum die Arbeiten des Ausschusses im Sitzungsjahr 2017-2018. Ergänzt wurde dieses Spektrum um die vertiefte Beschäftigung mit dem Beschwerdewesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Auf der Grundlage der Grundsatzerklärung des Parlaments vom 27. Juni 2011 hat der Ausschuss seine Analysen zur Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im föderalen Belgien und der möglichen weiteren Entwicklung des Staatsgefüges vorangetrieben. Zentral sind hier die Arbeiten zum Sprachengebrauch zu nennen. Dabei untersuchte der Ausschuss zunächst die aktuelle gesetzliche Lage zum Gebrauch der deutschen Sprache in Verwaltungsangelegenheiten. Die Probleme, die sich in der Praxis stellen, diskutierte man u. a. mit Vertretern der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle im Rahmen einer öffentlichen Anhörung – eine Pre-

miere im Parlament. Auch die Studienreise einer parlamentarischen Delegation nach Bozen stand im Zusammenhang mit den Arbeiten des Ausschusses zur Autonomieentwicklung. Hier informierte man sich über die Stellung der deutschen Sprache sowie über die Organisation der Autonomie im Kontext der Situation Südtirols.

Einen Akzent setzte der Ausschuss mit der Organisation des Kolloquiums „Mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019 – Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext“ im April 2018. Politik- und Rechtswissenschaftler aus dem In- und Ausland berichteten über Entwicklungen in anderen europäischen Bundesstaaten und bewerteten Hypothesen eines föderalen bzw. konföderalen Belgiens einschließlich der damit verbundenen Finanzierungsfragen.

Analog zum Kolloquium 2016, bei dem es um die Besonderheiten des belgischen Föderalmodells und seine Auswirkungen auf die Deutschsprachige Gemeinschaft ging, werden die Arbeiten des diesjährigen Kolloquiums in einem Band der Schrif-

tenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.

Das Beschwerdewesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bildete einen weiteren Schwerpunkt der Ausschussarbeiten im Berichtszeitraum. Der Ausschuss ging dabei von der Frage aus, wie ein internes Beschwerdemanagement im Zusammenspiel mit dem Ombudsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Qualität von Dienstleistungen und zur Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen beitragen kann. Hierfür analysierte der Ausschuss zunächst die öffentlich verfügbaren Informationen über das Beschwerdemanagement in den Verwaltungen und Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft einschließlich der Gemeindeebene.

Nach einer ersten Auswertung informierte man sich über best practices in den Verwaltungen und Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie über die Situation in der Flämischen Gemeinschaft mit einer flächende-

ckenden Organisation des Informations- und Beschwerdemanagements von Zentral- und Gemeindeverwaltungen. In einem nächsten Schritt werden die zu ziehenden Schlussfolgerungen im Ausschuss Thema sein.

Weitere Arbeiten des Ausschusses sind in der Rubrik „gesellschaftspolitische Themen“ aufgeführt sowie an seinen hierunter aufgelisteten Tätigkeiten ablesbar.

Tätigkeiten von Ausschuss I für allgemeine Politik, Petitionen, Finanzen und Zusammenarbeit in der Sitzungsperiode 2017-2018

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur dritten Anpassung des Dekrets vom 17. Dezember 2015 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 5-3-HH2016 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur endgültigen Abrechnung des Rechnungsjahres der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2016 – Dokument 6-HH2016 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-2-HH2017 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 4-HH2018 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des

Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-1-HH2018 (2017-2018)

Andere Dekretvorlagen

- Programmdekretvorschlag – Dokument 218 (2017-2018)

Resolutionsvorschläge

- Resolutionsvorschlag zur Einberufung einer Expertenkommission zwecks Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen bezüglich der Umsetzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010 oder SEC 2010) aufgrund der Sonderstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der neun deutschsprachigen Gemeinden – Dokument 170 (2016-2017) (*wurde im Rahmen des gesellschaftspolitischen Themas besprochen*)

Aktivitäten im Rahmen der Außenbeziehungen

- Gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Zusammenarbeit des Parlaments der Französischen Gemeinschaft am 23. Februar 2018
- Austausch mit dem Gemeinschaftssenator und den beratenden Mandataren der Provinz, Regional- sowie Föderalebene und des Europäischen Parlaments
- Beteiligung am interparlamentarischen Dialog „Klima“

Staatsreform und Autonomieentwicklung

- Öffentliche Anhörung der Vertreter der Sprachenkontrollkommission und Stellungnahme der Ombudsfrau
- Informationen der Regierung zum Stand der Verhandlungen mit der Wallonischen Region
- Inhaltliche Vorbereitung des Kolloquiums „Mögliche Szenarien

einer Staatsreform nach 2019 – Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext“

Beschlussvorschläge und Gutachten

- Beschlussvorschlag zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, den Regionen, den Gemeinschaften, der Französischen Gemeinschaftskommission und der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission über die Ausübung der Zuständigkeiten, die laut Vertrag der Europäischen Union, laut Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der dazugehörenden Protokolle den nationalen Parlamenten zugewiesen sind – Dokument 221 (2017-2018)
- Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Wahlgesetzbuches und des Gesetzes vom 6. Juli 1990 zur Regelung der Modalitäten für die Wahl des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 197 (2017-2018)
- Vorschlag eines begründeten Gutachtens zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die Anhäufung von Entschädigungen, die sich aus der Ausübung öffentlicher Mandate, Ämter und Funktionen politischer Art ergeben, hinterlegt von Herrn Emmanuel Burton und anderen Abgeordneten (DOK 54 2813/001-3); zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Bezug auf die Mandatsanhäufung, hinterlegt von Frau Katja Gabriëls und anderen Abgeordneten (DOK 54 2817/001-2); zum Gesetzesvorschlag zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, hinterlegt

von Frau Catherine Fonck (DOK 54 0930/001) – Anfrage – Dokument 224 (2017-2018)

Verschiedenes

- Beschwerdewesen der 1. Linie in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Vorstellung der Rechercheergebnisse, Stellungnahmen

der Ombudsfrau sowie der Verbraucherschutzzentrale Ostbelgien, öffentliche Anhörung und Austausch mit dem flämischen Ombudsmann sowie einem Verantwortlichen der flämischen Infolijn, Anhörung des Ministeriums sowie der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben

- Rechnungslegung 2016 des Parlaments
- Austausch mit dem Gemeinschaftssenator und den Beratern Mandataren

AUSSCHUSS II

FÜR KULTUR, LOKALE BEHÖRDEN, BESCHÄFTIGUNG UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Rückblick

Wie in den Vorjahren stellten auch in dieser Sitzungsperiode die lokalen Behörden und die Beschäftigung Themenschwerpunkte in der Arbeit des Ausschusses dar.

Im Herbst stimmte der Ausschuss einem Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens mit der Wallonischen Region hinsichtlich der Organisation der Lokalen Wahlen von Oktober 2018 im deutschen Sprachgebiet zu. Dieses Abkommen regelt die Zusammenarbeit zwischen den beiden Verwaltungen für die gleichzeitig stattfindenden Gemeinde- und Provinzwahlen, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf elektronische Weise mit Papierbeleg und in der Wallonischen Region auf Papier stattfinden.

Zahlreiche Sitzungen waren dem Gemeindedekretentwurf gewidmet, der die Organisation der Gemeinden des deutschen Sprachgebiets und ihrer Organe regelt. Somit hat die Deutschsprachige Gemeinschaft nun ihr eigenes Dekret für die Gemeinden und nur noch in wenigen Fällen sind die Bestimmungen des Kodex der lokalen Demokratie und Dezentralisierung bzw. des neuen Gemeindegesetzes in unserem Gebiet anwendbar.

Im Bereich der Beschäftigung wurde im Frühjahr ausführlich über den Dekretentwurf zur AktiF- und AktiF

PLUS-Beschäftigungsförderung diskutiert, der einen neuen Rahmen für die Beschäftigungsmaßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schafft.

Ein weiterer wichtiger Dekretentwurf betraf die Anpassung des Denkmalschutzdekrets: Neben zahlreichen technischen und formalen Anpassungen wurden vor allem neue Ahndungsinstrumente eingeführt und der Fokus auf eine vorbeugende Denkmalschutzpolitik gerichtet, u. a. durch die Förderung von Unterhaltsarbeiten an denkmalgeschützten Objekten.

Nicht zu vergessen sind natürlich die Beratungen zur Festlegung des Haushalts und zur Anpassung des laufenden Haushalts und die in diesem Rahmen stattfindenden Anhörungen des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ADG), des Belgischen Rundfunks (BRF), des Medienzentrums und der DGG Gemeinschaftszentren. Auch im Programmdekret 2018 gab es zahlreiche Änderungen in den Bereichen Kultur, lokale Behörden und Beschäftigung, die im Ausschuss diskutiert und angenommen wurden.

Tätigkeiten von Ausschuss II für Kultur, lokale Behörden, Beschäftigung und Wirtschaftsförderung in der Sitzungsperiode 2017-2018

Behandelte Dekretvorlagen

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-2-HH2017 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 4-HH2018 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-1-HH2018 (2017-2018)

Andere Dekretvorlagen

- Dekretvorschlag zur Anpassung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen – Dokument 162 (2016-2017)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens

zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Lokalwahlen vom 14. Oktober 2018 auf dem deutschen Sprachgebiet – Dokument 195 (2016-2017)

- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen – Dokument 199 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Juli 2017 zwischen der Flämischen Region, der Wallonischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die anerkannten lokalen Religionsgemeinschaften der anerkannten Kulte, deren Einzugsbereich sich über das Gebiet von mehr als einer Gebietskörperschaft erstreckt – Dokument 202 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2017 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen im Rahmen der Umsetzung der Richtlinie 2014/61/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation – Dokument 203 (2017-2018)
- Programmdekretvorschlag 2018 – Dokument 218 (2017-2018)
- Gemeindedekretentwurf – Dokument 223 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen dem Föderalstaat, der Wallonischen Region, der Flämischen Region, der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Bezug auf die Koordinierung der Politik in Sachen Arbeitserlaubnis mit der Politik in Sachen Aufenthaltsgenehmigung und in Sachen Normen für die Beschäftigung und den Aufent-

halt ausländischer Arbeitnehmer, geschehen zu Brüssel am 2. Februar 2018 – Dokument 226 (2017-2018)

- Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 17. Februar 1992 zur Anerkennung von Sportanlagen und zur Bezuschussung ihrer Funktionskosten – Dokument 229 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung – Dokument 234 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 26. Oktober 1998 über die Einführung der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung – Dokument 236 (2017-2018)

Verschiedenes

Haushalte und Tätigkeitsberichte

- Vergleich Gemeindestrukturen
- Jahresbericht 2016 zur Ausübung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets – Dokument 50 (2016-2017)
- Haushaltsplan 2017/2018 des DGG Gemeinschaftszentren und Tätigkeiten 2016
- Haushaltsplan 2017/2018 des ADG und Tätigkeitsbericht 2016
- Haushaltsplan 2017/2018 des Medienzentrums und Tätigkeitsbericht 2016

- Haushaltsplan 2017/2018 des BRF und Tätigkeitsbericht 2016

Anhörungen

- Anhörung der Jugendkommission
- Anhörung des Sportrats und der Sportkommission
- Berichterstattung der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben zur Umsetzung des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung der Dienststelle
- Anhörung des Ausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für deutsche Rechtsterminologie
- Anhörung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien VoG (WFG) zur ländlichen Entwicklung
- Anhörung des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM) und des ADG zu den Themen Fachkräftemangel und unbesetzte Lehrstellen
- Anhörung der WFG zum internen Audit
- Pilotprojekt Sharepoint
- REK-Projekt „Vermittlung und Begleitung wie aus einer Hand“
- Vorstellung von Statistiken zur Schul- und Ausbildungsabgänger- vermittlung (SAVE) und des ADG- Fachbereichs Berufsorientierung
- Anhörung des Verbands der deutschsprachigen Bibliothekare und Bibliotheken Belgiens (VDBBB)

AUSSCHUSS III FÜR UNTERRICHT, AUSBILDUNG UND ERWACHSENENBILDUNG

Rückblick

Im Herbst 2017 und im Frühjahr 2018 hat sich der Ausschuss mit den Dekreten zum Haushalt befasst – d. h. zweite Anpassung des Haushalts 2017, Festlegung des Haushalts 2018 und schließlich erste Anpassung des Haushalts 2018.

Dem Ausschuss wurden auch mehrere Projekte und Einrichtungen vorgestellt. So arbeitet die Abteilung GrenzGeschichteDG der Autonomen Hochschule derzeit an einem Leitfaden für die Einführung von fächerübergreifender politischer Bildung in die Primar- und Sekundarschulen.

Die beiden Direktoren des Arbeitsamts und des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen gingen in einer gemeinsamen Sitzung mit Ausschuss II auf Initiativen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ein, der u. a. auf eine Abwanderung ins benachbarte Ausland und auf den demografischen Wandel zurückzuführen sei. Auch das Problem der unbesetzten Lehrstellen wurde beleuchtet.

Darüber hinaus wurden verschiedene Studienergebnisse und Berichte präsentiert. An dieser Stelle seien die Ergebnisse der DELF-Tests zur Zertifizierung der Französischkenntnisse der Schüler des 3. Sekundarschuljahrs, die Resultate der Lernstandserhebung bei den Auszubildenden des 1. Lehrjahrs der ZAWM Eupen und St. Vith und die Ergebnisse der Vollerhebung der Niederländischkenntnisse der Schüler im 4. und 6. Sekundarschuljahr erwähnt.

Im März 2018 hat der Ausschuss das Gymnasium der Stadt Alsdorf besucht, wo die sogenannte Daltonpädagogik praktiziert wird. Dabei stehen den Schülern jeden Tag zwei sogenannte Daltonstunden zur Ver-

fügung, in denen sie an einem Fach ihrer Wahl arbeiten können und dabei frei entscheiden, bei welchem Lehrer sie dies tun. Der Lehrer fungiert in diesen Daltonstunden als Coach bei spezifischen Fragen.

Schließlich beriet der Ausschuss über vier Dekretvorlagen.

Mit dem Dekret zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen ist der Rahmenplan Mathematik für die zweite und dritte Stufe des technischen Befähigungsunterrichts und des berufsbildenden Unterrichts in der Regelsekundarschule eingeführt worden.

Das Programmdekret 2018 beinhaltet drei Neuerungen in Bezug auf Kaleido Ostbelgien: Erstens ist eine Referentenstelle für die Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus geschaffen worden, zweitens ist es Kaleido mittels einer Mobilitätsregelung leichter gemacht worden, Personal aus anderen Behörden wie beispielsweise dem Ministerium zu übernehmen, und drittens wird Kaleido eine zusätzliche Stelle im Amt des Referenten gewährt, um das Projekt der elektronischen Akte zu betreuen.

Die Schwerpunkte des Dekrets über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2018 liegen auf der Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Time Out-Einrichtung und der Einführung der administrativen Koordination in den Regelgrundschulen. Mit der zuletzt genannten Maßnahme wird dem Schulleiter ein Chefsekretär zur Seite gestellt, der ihn bei seinen administrativen Aufgaben unterstützt.

Und schließlich wurde das Dekret zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsenkung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate verabschiedet, dessen Titel selbsterklärend ist.

Tätigkeiten von Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung in der Sitzungsperiode 2017-2018

Behandelte Dekretvorlagen

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-2-HH2017 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 4-HH2018 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-1-HH2018 (2017-2018)



Besuch der Daltonschule in Alsdorf

Andere Dekretvorlagen

- Dekretentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 16. Juni 2008 zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen im Unterrichtswesen – Dokument 194 (2016-2017)
- Programmdekretvorschlag 2018 – Dokument 218 (2017-2018)
- Dekretentwurf über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2018 – Dokument 238 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistenten in den Regelgrundschulen sowie zur Herabsetzung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf zwei Jahre und sechs Monate – Dokument 242 (2017-2018)

Verschiedenes

Haushalte und Tätigkeitsberichte

- Haushaltsplan 2017/2018 des DGG Service und Logistik und Tätigkeitsbericht 2016
- Haushaltsplan 2017/2018 der Autonomen Hochschule und Tätigkeitsbericht 2016
- Haushaltsplan 2017/2018 von Kaleido Ostbelgien und Tätigkeitsbericht 2016
- Haushaltsplan 2017/2018 des IAWM und Tätigkeitsbericht 2016
- Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Regionales Entwicklungskonzept (Zweite Umsetzungsphase) – Fortschrittsbericht – Dokument 62 (2016-2017) Nr. 6

Anhörungen

- Vorstellung des digitalen Geschichtsbuchs „mBook“
- Vorstellung der Präventionsprogramme gegen Mobbing und Cybermobbing
- Austausch mit Vertretern der Hausunterrichtseltern, Referentinnen aus dem Fachbereich Pädagogik des Ministeriums und der Regierung über die neuen Bestimmungen im Hausunterricht

- Vorstellung der Studie des Bunds der Familien zu den Schulbesuchskosten
- Vorstellung des Projekts „Sonnenblume – Achtsamkeit in Grundschulen“
- Vorstellung der Schülerzahlen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2017-2018
- Vorstellung der Erwachsenenbildungsorganisation Alteo VoG
- Vorstellung der Erwachsenenbildungsorganisation Landfrauenverband VoG
- Vorstellung des Projekts Primacanta
- Vorstellung der Umfrageergebnisse und von Vorschlägen zur Verbesserung des Musikunterrichts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Vorstellung des Instituts WifO – Wissenschaft für Ostbelgien
- Vorstellung des Konzepts zur Vermittlung von politischer Bildung durch GrenzGeschichteDG
- Vorstellung der Tätigkeiten der Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Anhörung des IAWM und des ADG zum Fachkräftemangel und zu den unbesetzten Lehrstellen
- Vorstellung des Konzepts zur Einführung einer administrativen Koordination in den Regelgrundschulen
- Vorstellung des Konzepts zur Einführung des Amtes des Kindergartenassistentin und zur Herabsetzung

- Vorstellung des Eintrittsalters in den Kindergarten auf 2,5 Jahre
- Vorstellung des Konzepts zur Schaffung einer Time Out-Einrichtung
- Vorstellung des zweiten Public-Private-Partnership-Projekts (PPP II)
- Vorstellung einer Zwischenbilanz zur Reform des Fachbereichs Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften an der Autonomen Hochschule
- Vorstellung der Ergebnisse der Lernstandserhebung bei den Auszubildenden des 1. Lehrjahrs der ZAWM Eupen und St. Vith
- Vorstellung der Ergebnisse der DELF-Tests von März 2017
- Vorstellung der Ergebnisse der Vollerhebung der Niederländischkenntnisse
- Vorstellung der Tätigkeiten der Lupe VoG
- Vorstellung der Tätigkeiten der Kulturellen Aktion und Präsenz VoG
- Vorstellung der Schulsportanalyse in den Grundschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Vorstellung des vom Europäischen Sozialfonds finanzierten Projekts der Anlehre

Besuche und Besichtigungen

- Hospitation beim Gymnasium der Stadt Alsdorf (Daltonpädagogik)
- Ortsbesichtigung der Baustelle der neuen Unterkunft für die Musikakademie in Eupen

AUSSCHUSS IV FÜR SOZIALES UND GESUNDHEIT

Rückblick

Der Ausschuss IV für Gesundheit und Soziales befasste sich im Laufe der Sitzungsperiode 2017-2018 wiederum mit einer Reihe von Dekretinitiativen, Resolutionsvorschlägen und Themen.

Ein sicherlich sehr wichtiges Dokument war der Dekretentwurf über die Familienleistungen – d. h. Kindergeld, Geburts- sowie Adoptionsprämie –, für die die Deutschsprachige Gemeinschaft infolge der sechsten Staatsreform Zuständigkeit erlangt hat. Mit der Verabschie-

derung des Dekrets wurde ein ganzliches neues System geschaffen, das am 1. Januar 2019 an den Start gehen wird.

Von ebenfalls hoher Bedeutung war der Dekretentwurf über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt, mit dessen Annahme durch das Parlament die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Integration von Migranten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgelegt wurden.

Im Rahmen des Programmdekretvorschlags 2018 beriet der Ausschuss über einige Abänderungen der Gesetzgebung in den Bereichen Gesundheit und Soziales.

Außerdem nahm der Ausschuss während der Sitzungsperiode 2017-2018 betreffend seine Zuständigkeiten Stellung zur zweiten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2017 sowie zur Festlegung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2018 und zur ersten Anpassung des Ausgabenhaushaltsplans für das Jahr 2018.

Er befasste sich ebenfalls mit mehreren Resolutionsvorschlägen.

Ein an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft adressierter Resolutionsvorschlag hatte die künftige Absicherung der Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Thema.

Ein weiterer Resolutionsvorschlag, der an die föderalen Kammern, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet war, forderte die Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese Forderung wurde im Ausschuss allerdings abschlägig beschieden.

Mit dem Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Föderalregierung über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor ist der Ausschuss zurzeit noch befasst.

In zahlreichen Sitzungen wurde der

Ausschuss auch über den Fortgang von Initiativen und Projekten im Gesundheits- und Sozialbereich informiert. In diesem Zusammenhang wurden ihm u. a. der Endbericht der Arbeitsgruppe Staatsreform zum Bereich Senioren und Empfehlungen zur Umsetzung der Gestaltung der neuen Zuständigkeiten in diesem Bereich, der Masterplan 2025 für Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die Organisationsanalyse zu Optimierungspotenzialen im Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung vorgelegt.

Ferner stellte der Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung dem Ausschuss den Zweijahresbericht 2016-2017 zum Thema „Staatsbürgerschaft und Armut“ vor.

Auch führte der Ausschuss in der Sitzungsperiode 2017-2018 wie in den Vorjahren monatliche Regierungskontrollen, bei denen aktuelle Fragen und Interpellationen betreffend den Sozial- und Gesundheitsbereich an die Regierung gerichtet werden konnten, durch.

Tätigkeiten von Ausschuss IV für Soziales und Gesundheit in der Sitzungsperiode 2017-2018

Behandelte Dekretvorlagen

Dekretentwürfe zum Haushalt

- Dekretentwurf zur zweiten Anpassung des Dekrets vom 15. Dezember 2016 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2017 – Dokument 5-2-HH2017 (2017-2018)
- Dekretentwurf zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 4-HH2018 (2017-2018)

- Dekretentwurf zur ersten Anpassung des Dekrets vom 14. Dezember 2017 zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen und des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2018 – Dokument 5-1-HH2018 (2017-2018)

Andere Dekretvorlagen

- Dekretentwurf zu Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. Juli 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallo-nischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der vorzunehmenden Abänderungen in der Kindergeldgesetzgebung – Dokument 196 (2017-2018)
- Dekretentwurf über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt – Dokument 198 (2017-2018)
- Programmdekretvorschlag 2018 – Dokument 218 (2017-2018)
- Dekretentwurf über die Familienleistungen – Dokument 222 (2017-2018)

Resolutionsvorschläge

- Resolutionsvorschlag an die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der künftigen Absicherung der Krankenhausstandorte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 193 (2016-2017)
- Resolutionsvorschlag an die föderalen Kammern, die Föderalregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Einführung eines Betreuungsgeldes für Eltern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens – Dokument 220 (2017-2018)
- Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Föderalregierung über grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor – Dokument 235 (2017-2018)

Staatsreform

- Vorstellung des Endberichts der Arbeitsgruppe Staatsreform zum Bereich „Senioren“
- Vorstellung der Empfehlungen zur Umsetzung der Gestaltung der neuen Zuständigkeiten im Bereich Senioren durch das Ministerium

Haushalte und Tätigkeitsberichte

- Haushaltsplan der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (DSL) für das Tätigkeitsjahr 2018
- Vorstellung des Zweijahresberichts 2016-2017 „Staatsbürgerschaft und Armut“ durch den Dienst zur Bekämpfung von Armut, prekären Lebensumständen und sozialer Ausgrenzung

Anhörungen

- Vorstellung des Masterplans 2025 für Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Vorstellung des REK-Zukunftsprojekt „Gesundheitsplanung“ und der Ergebnisse der Durchführung des Projekts durch das Studienbüro Antarès
- Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft - Regionales Entwicklungskonzept (Zweite Umsetzungsphase) – Fortschrittsbericht zu den Projekten in den Bereichen Gesundheit und Soziales – Dokument 62 (2016-2017) Nr.6
- Vorstellung der Ergebnisse der Qualitätsreflexion des Instituts für sozialpädagogische Forschung Mainz zu den sozialen Treffpunkten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Vorstellung der Organisationsanalyse zu Optimierungspotenzialen im Regionalzentrum für Kleinkindbetreuung VoG (RZKB)

AUSSCHUSS V

ZUR KONTROLLE DER WAHLAUSGABEN UND DES URSPRUNGS DER GELDMITTEL FÜR DIE WAHL DES PARLAMENTS UND DER GEMEINDERÄTE SOWIE ZUR KONTROLLE DER MITTEILUNGEN DER ÖFFENTLICHEN BEHÖRDEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Rückblick

Auf dem Programm des Ausschusses für die Sitzungsperiode 2017-2018 stand die Novellierung des Dekrets zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Parlaments sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Dieses sogenannte Kontrolldekret aus dem Jahr 2003 wurde zuletzt 2004 angepasst. Seither gab es grundsätzliche Veränderungen von Rahmenbedingungen, was die Wahlausgaben und ihre Kontrolle angeht.

Zu nennen sind hier zunächst die föderalen Gesetze von Januar 2014, die u. a. auf den Bericht 2009 der GRECO – der Staatengruppe gegen Korruption des Europarats – zurückgehen. So wurden beispielsweise Regeln zum Sponsoring durch Unternehmen eingeführt sowie ein Berufungsverfahren gegen Entscheidungen der Kontrollkommission auf Ebene der Abgeordnetenkammer.

Zudem wurde in Umsetzung der weiteren Übertragung der Zuständigkeit für die lokalen Behörden an die Deutschsprachige Gemeinschaft 2016 der wallonische Kodex der lokalen Demokratie und der Dezentralisierung abgeändert. Der Kontrollausschuss hat dadurch auch Aufgaben in Bezug auf die Kontrolle der Wahlausgaben und den Ursprung der Geldmittel bei den Gemeinderatswahlen erhalten.

Aus diesen Gründen war es an der Zeit, das Kontrolldekret in seiner Fassung von 2004 auf den Prüfstand zu stellen. Dabei hat sich der Ausschuss nicht darauf beschränkt, den gesetzlich verpflichtenden An-

passungen nachzukommen, sondern gleichzeitig Abänderungen infolge seiner rechtsvergleichenden Analysen vorgenommen. So wird beispielsweise der Rechnungshof künftig in jedem Fall zurate gezogen werden, um etwaige Unregelmäßigkeiten bei den Wahlausgaben für die Wahl des Parlaments zu prüfen. Außerdem werden die Sanktionen bei Verstoß gegen die Regelungen für die Wahlausgaben ausgeweitet – die Fraktionsfinanzierung kann künftig bis zu acht Monate entzogen werden – und eine Berufungsmöglichkeit vor dem Staatsrat gegen sanktionierende Beschlüsse des Kontrollausschusses eingeführt.

Mit Verabschiedung der Novellierung des Dekrets im Juni 2018 hat der Kontrollausschuss begonnen, auch seine Geschäftsordnung sowie den Leitfaden für die öffentlichen Mitteilungen zu aktualisieren. Die Arbeiten sollen rechtzeitig vor den Gemeinderatswahlen im Oktober 2018 abgeschlossen sein.

Tätigkeiten von Ausschuss V zur Kontrolle der Wahlausgaben und der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Sitzungsperiode 2017-2018

Dekretvorschlag zur Abänderung des Dekrets vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Dokument 219 (2017-2018)

BEHANDLUNG VON GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN THEMEN

Seit der Reform der parlamentarischen Arbeit im Herbst 2014 setzen sich die Ausschüsse abseits des tagespolitischen Geschäfts, aber dennoch im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeitsbereiche, fundiert mit Themen von gesellschaftspolitischer Relevanz für die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. ihre Bürgerinnen und Bürger auseinander. Die Ausschüsse legen dabei eine eigene Herangehensweise fest, die teilweise sehr unterschiedlich ausfällt. Das Spektrum zieht sich von der klassischen Anhörung über Vortragsveranstaltungen bis hin zum Schülerwettbewerb. Wichtig ist bei jeder Form die Beteiligung der Bürger. So blicken die Parlamentsmitglieder im Rahmen der Behandlung von gesellschaftspolitischen Themen nicht nur über den Tellerrand, sondern öffnen ihre Arbeit auch zunehmend der Zivilgesellschaft.

Ausschuss I: Sparpolitik und Investitionskapazität

Die umfangreiche Beleuchtung der Möglichkeiten für öffentliche Investitionen vor dem Hintergrund der europäischen Haushaltsregeln als gesellschaftspolitisches Thema wurde vom Ausschuss im Berichtszeitraum abgeschlossen. In mehreren Sitzungen diskutierte der Ausschuss abschließend über die Schlussfolgerungen aus seinen Arbeiten. Diese sowie die zugrunde liegenden Ausführungen der Sachverständigen werden im Herbst 2018 in einem Band der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachzulesen sein. In den öffentlichen Anhörungen des Ausschusses 2016-2017 hatten Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung die europäischen Rahmenbedingungen, die Herausforderungen Belgiens sowie der Deutschsprachigen Gemeinschaft erläutert und ihre Anregungen für die Gestaltung öffentlicher Investitionen mit auf den Weg gegeben.

Mit der Beendigung und Publikation dieser Arbeiten ist das Thema für den Ausschuss aber nicht vom Tisch: Die EU-Haushaltsvorgaben und die Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) – oftmals auch als SEC-Normen bezeichnet – bleiben relevant in der Diskussion um die Festlegung des Haushalts einschließlich der Planung von Investitionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden zu Beginn des nächsten Jahrzehnts auch die Gemeinden Teil des Konsolidierungskreises. Das bedeutet u. a., dass das Haushaltsergebnis der Gemeinden direkten Einfluss auf die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu erreichenden Haushaltsziele hat.

Die Planung der Investitionspolitik vor dem Hintergrund der EU-Haushaltsregeln wird den Ausschuss somit weiterhin beschäftigen – dabei kann er auf die grundlegenden Informationen und Erkenntnisse aufbauen, die mit den Arbeiten zum gesellschaftspolitischen Thema gewonnen wurden.

Ausschuss II: Wachstum und Beschäftigung

Ausgehend von der Frage „Braucht unsere Wirtschaft Wachstum?“, die in Vortragsveranstaltungen und Anhörungen unter verschiedenen Blickpunkten beleuchtet wurde, hat sich der Ausschuss im Rahmen seines gesellschaftspolitischen Themas in dieser Sitzungsperiode intensiver mit der Förderung der Regionalwirtschaft und der ländlichen Entwicklung auseinandergesetzt.

Im September 2017 führte ihn ein Besuch in die luxemburgischen Gemeinden Beckerich und Wiltz, wo er sich über die Rolle der Politik bei der Entwicklung von Projekten zur Regionalwirtschaft, Kreislaufwirtschaft und zu Lokalwährungen informiert hat.

Im Februar 2018 hörte der Ausschuss die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien VoG (WFG) zu ihrer Rolle bei der Förderung der ländlichen Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft an. Die Mitarbeiter erläuterten im Ausschuss die Umsetzung der Programme Kommunales Programm der Ländlichen Entwicklung (KPLE) und Liaison entre actions de développement der l'économie rurale (LEADER).

Zudem beschloss der Ausschuss im Herbst 2017, eine Masterarbeit zum Thema „Nachhaltige ländliche Entwicklung im Rahmen der heutigen Gemeindeautonomie“ auszuschreiben, die von einem Studenten der Universität zu Köln derzeit erarbeitet wird. Dabei soll untersucht werden, wie auf Grundlage der aktuellen Gesetzgebung Prozesse in der ländlichen Entwicklung umgesetzt und unterstützt werden und welche Gestaltungsspielräume künftig durch die Deutschsprachige Gemeinschaft und die Gemeinden ausgeschöpft werden könnten. Ein Zwischenbericht zum Fortschritt dieser Arbeiten wurde dem Ausschuss im Juni 2018 vorgestellt.

Ausschuss III: Gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert

Lehrer – Schüler: ein komplexes Beziehungsgeflecht

Anlässlich des Weltlehrertags organisierte der Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule und dem Kabinett des Unterrichtsministers am 5. Oktober 2017 einen Diskussionsabend zum Thema „Lehrer – Schüler: ein komplexes Beziehungsgeflecht“.

Der Fokus lag dabei auf der Tatsache, dass die Lehrer immer heterogeneren Klassengruppen gegenüberstehen. Nicht zuletzt aufgrund der Inklusion und der zunehmenden Migration gehören Themen wie Binnendifferenzierung und Nachteilsausgleich zu ihrer täglichen Agenda.



Sabine Schieren referierte am Weltlehrtag

Die Leiterin des Fachbereichs Bildungswissenschaften an der Autonomen Hochschule, Sabine Schieren, verwies daher in ihrem Referat auf die große Verantwortung der Hochschule, die Lehrerbildung stetig an die neuen gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen.

Auch der zweite Referent, Pädagogikprofessor Kersten Reich, widmete sich der Frage, wie die Schule auf die geschilderten Herausforderungen so antworten kann, dass alle Lernenden eine wirkliche Chance auf persönliche Exzellenz und chancengerechte Erziehung und Bildung haben. Anhand des Modells der neugegründeten Helioschule in Köln zeigte er auf, wie die Inklusion in der Praxis gelingen kann.

Nach einer kurzen Pause stellten sich die beiden Referenten gemeinsam mit Bildungsminister Harald Mollers und Primarschullehrer Tom Palm den Fragen aus dem Publikum.

Abschlussbericht

Der Abschlussbericht zu den Untersuchungen des Ausschusses zum Thema „Was ist gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert?“ wurde in Band 7 der Schriftenreihe der

Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.

Der Bericht enthält folgende Expertenanhörungen zum Thema:

- Die Erziehungswissenschaftlerin Anne-Marie Jouck stellte ihre Studie zur Berufszufriedenheit der Primarschullehrer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vor.
- Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt präsentierte die Befunde der sogenannten Potsdamer Lehrstudie, bei der die Belastungssituation von Lehrern untersucht und Unterstützungsangebote zur Erhaltung ihrer Gesundheit erarbeitet worden sind.
- Prof. Dr. Ides Nicaise gab einen Einblick in die in der Flämischen Gemeinschaft geplante Modernisierung des Sekundarunterrichts und das Dekret über Maßnahmen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.
- Prof. Dr. Marc Demeuse stellte den sogenannten Pakt für ein exzellentes Unterrichtswesen vor, der derzeit in der Französischen Gemeinschaft umgesetzt wird.
- Vera Kaltwasser referierte über das Thema Achtsamkeit bei Leh-

rern und Schülern und empfahl dabei Achtsamkeitsübungen vor dem Unterricht.

- Dr. Antje Walther stellte die Lehr-erkrankenstatistik für das Schuljahr 2015/2016 im Ausschuss vor.

Um der Frage nachzugehen, was gute gesunde Schule ausmacht, hat der Ausschuss aber nicht nur Experten des Unterrichtswesens angehört. Auch die Eltern (vertreten durch den Elternbund Ostbelgien) und die Primar- und Sekundarschulleiter wurden zum Dialog eingeladen. Die Schüler dagegen hatten die Gelegenheit, dem Ausschuss ihre Ideen zur Schule von morgen im Rahmen eines Wettbewerbs darzulegen.

Und schließlich enthält der Bericht einen Rückblick auf den Diskussionsabend „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“, den der Ausschuss zum Weltlehrtag 2016 organisiert hatte.

Ausschuss IV: Prävention in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen – nichtkommerzieller Sektor

Nach Abschluss der Behandlung des von ihm gewählten gesellschaftspolitischen Themas „Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen“ zum Ende der Sitzungsperiode 2016–2017 wurden die Arbeiten in der Sitzungsperiode 2017–2018 als Band 4 der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.

Im Rahmen eines neuen gesellschaftspolitischen Themas möchte der Ausschuss sich mit einem Aspekt des nichtkommerziellen Sektors befassen.

REGIERUNGSKONTROLLE

ALLGEMEINES

Die Beziehung des Parlaments zur Regierung wird im Laufe der Sitzungsperiode neben dem Informationsaustausch und den Debatten rund um Dekrettexte vor allen Dingen durch die Kontrolltätigkeit des Parlaments geprägt, die einen elementaren Bestandteil der parlamentarischen Demokratie darstellt. Die Regierungsmitglieder können von den Parlamentariern jederzeit befragt werden. Hierzu verfügen sie über verschiedene Instrumente, Interpellationen, begründete Anträge sowie mündliche und schriftliche Fragen.

Durch die Reform der parlamentarischen Arbeitsweise wurde die Kontrollfunktion in die Ausschüsse verlagert: Themendebatten, Interpellationen und mündliche Fragen werden grundsätzlich in den zuständigen Fachausschüssen einmal im Monat in öffentlicher Sitzung behandelt. Im Rahmen der Geschäftsordnung organisieren die Ausschüsse die entsprechenden Aussprachen autonom. Diese Sitzungen sind öffentlich. Die Berichterstattung erfolgt über die Presse und den Offenen Kanal Ostbelgien. Die Sitzungen sind auch über das Internet im Livestream zu sehen und können auch noch zu einem späteren Zeitpunkt auf der Website des Parlaments abgerufen werden.

Die Regierungskontrolle findet nur dann im Plenum statt, wenn es ein themenübergreifendes Interesse gibt oder das Thema von größerer Bedeutung ist. Die Entscheidung darüber trifft das Präsidium. Allerdings kann auch eine qualifizierte Minderheit von mindestens 7 Parlamentariern eine Behandlung im Plenum durchsetzen.



Kontrollsituation im Ausschuss IV am 17. Januar 2018

INTERPELLATIONEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, ein oder mehrere Mitglieder der Regierung im Rahmen einer Interpellation dazu aufzufordern, sich bezüglich einer politischen Handlung oder Unterlassung, eines präzisen Sachverhalts sowie konkreter Aspekte der Regierungspolitik, die im direkten Bezug zu den Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft stehen und von allgemeiner Tragweite sind, zu rechtfertigen.“

[Artikel 86 §1 der Geschäftsordnung des Parlaments vom 20. Mai 2016]

Interpellationen werden grundsätzlich im zuständigen Ausschuss behandelt und nur in Ausnahmefällen in der Plenarsitzung. Von den insgesamt 13 Interpellationen wurden zwei in einer Plenarsitzung behandelt, alle anderen in Ausschusssitzungen.

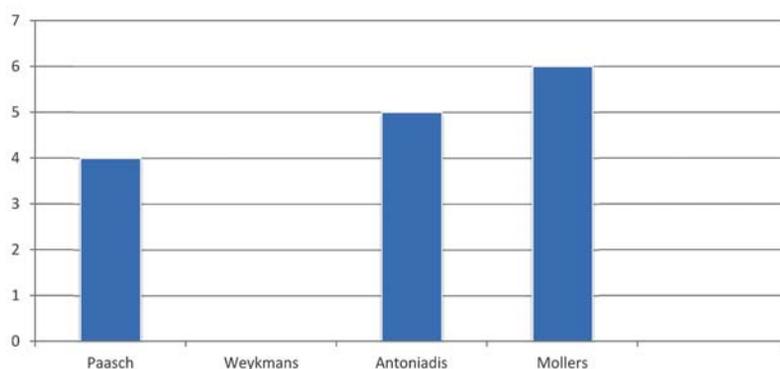
Die diesbezüglichen ausführlichen Debatten können im *Bulletin der Interpellationen und Fragen* nachgelesen werden, das das Parlament in regelmäßigen Abständen veröffentlicht. Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

Datum	Interpellant	Fraktion	Thema	Minister	Gremium	BIF Nr.
09.10.2017	F. Mockel	ECOLO	Energiepolitik der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. Energielandschaft Ostbelgien	Paasch	A1	34
12.10.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Förderung gesunder Ernährung an den Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	34
23.10.2017	R. Nelles	CSP	Ärztmangel, Beschränkung der Zulassung zum Arztberuf und Medizinstudium	Paasch, Antoniadis, Mollers	PI	34
06.12.2017	F. Mockel	ECOLO	Übertragung der Zuständigkeit für den Wohnungsbau von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	36
07.12.2017	F.Cremer	ProDG	Politische Bildung in den Primar- und Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	36
15.01.2018	K.-H. Lambertz	SP	Strategische Entwicklung der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach Erreichen des Haushaltsgleichgewichts	Paasch	AI	37
17.01.2018	R. Nelles	CSP	Sorge der Bevölkerung hinsichtlich der vermeintlich wachsenden Zahl von Krebsfällen und zu den dazu ergriffenen Maßnahmen	Antoniadis	AIV	37
15.03.2018	M. Niessen	ECOLO	Einführung eines Bachelorstudiengangs „Soziale Arbeit“	Mollers	AIII	38
09.04.2018	A. Velz	ProDG	Zentrum für Regionalgeschichte	Paasch	AI	39
13.06.2018	M. Balter	Vivant	Steigende Zahlen von Hautkrebsfällen und diesbezüglicher Einfluss von Sonnenschutzmitteln und Vitamin D	Antoniadis	AIV	
14.06.2018	G. Freches	PFF	Bildungsstandort Ostbelgien von morgen	Mollers	AIII	
25.06.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Föderalisierung der Gesundheitspolitik	Antoniadis	PI	
13.09.2018	M. Niessen	ECOLO	Auswirkungen der Einführung von Kindergartenassistenten auf den Betreuungssektor	Mollers	AIII	

*BIF Bulletin Interpellationen und Fragen

Fraktion Interpellant	Interpellierter Minister	pro Fraktion
CSP	Paasch (ProDG)	1
CSP	Antoniadis (SP)	3
CSP	Mollers (ProDG)	1
ECOLO	Paasch (ProDG)	1
ECOLO	Antoniadis (SP)	1
ECOLO	Mollers (ProDG)	2
ProDG	Paasch (ProDG)	1
ProDG	Mollers (ProDG)	1
PFF	Mollers (ProDG)	1
SP	Mollers (ProDG)	1
SP	Paasch (ProDG)	1
VIVANT	Antoniadis (SP)	1
Total		15*

Zuordnung nach Minister



* in der Statistik der Zuordnung nach Minister sind 15 Interpellationen gezählt. Dies erklärt sich durch die Interpellation vom 23.10.2017, die an gleich drei Minister gerichtet war und deshalb auch allen dreien zugeordnet wird.

BEGRÜNDETE ANTRÄGE

Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, im Anschluss an eine Stellungnahme der Regierung einen begründeten Antrag einzureichen, um die Amtsführung der Regierung oder eines ihrer Mitglieder zu billigen, zu missbilligen oder eine Empfehlung auszusprechen.

Dies geschah in der vergangenen Sitzungsperiode zweimal:

- im Anschluss an die Debatte über die Interpellation von Robert Nelles an an Ministerpräsident Paasch,

Minister Antoniadis und Minister Mollers zum Thema „Ärztmangel – Beschränkung der Zulassung zum Arztberuf – Medizinstudium“, hinterlegt von L. Klinkenberg, L. Scholzen, C. Servaty und E. Jadin in der Plenarsitzung vom 23. Oktober 2017;

- im Anschluss an die Debatte über die Interpellation von F. Cremer an Minister Mollers zum Thema „Politische Bildung in den Primar- und Sekundarschulen in der

Deutschsprachigen Gemeinschaft“, hinterlegt von den Vertretern der Fraktionen ProDG, SP und PFF, F. Cremer, P. Schmitz, K. Neycken-Bartholemy, G. Freches in der Ausschuss-III-Sitzung vom 7. Dezember 2017.

FRAGEN

„Jeder Abgeordnete hat das Recht, einem Mitglied der Regierung eine Frage zu stellen, um Auskünfte bezüglich eines präzisen Sachverhalts im Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder bezüglich konkreter Aspekte der Regierungspolitik zu erhalten.“ [vgl. Artikel 83 §1, 84 §1 und 85 §1

der Geschäftsordnung des Parlaments vom 30. Mai 2016]

Handelt es sich dabei um ausführliche Auskünfte, reicht der Abgeordnete eine schriftliche Frage ein. Bei kurzen Auskünften stellen mündliche Fragen das geeignete Instrument dar. Liegt der hinterfragte Sachverhalt nur einige Stunden zu-

rück, kann das Parlamentsmitglied eine dringende mündliche Frage stellen.

Die Frage und die jeweilige Antwort sind nachzulesen in den verschiedenen Ausgaben des „Bulletin der Interpellationen und Fragen“. Sie werden ebenfalls auf der Website des Parlaments veröffentlicht.

MÜNDLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2017-2018 wurden bisher 140 mündliche Fragen gestellt, allesamt in den öffentlichen Ausschüssen zur Regierungskontrolle.

Datum	Fragesteller	Fraktion	Gegenstand der Frage	Befragter Minister	Gremium	BIF
09.10.2017	C. Servaty	SP	Implementierung von Sozialklauseln	Paasch	AI	34
09.10.2017	H. Grommes	CSP	Investitionspakt der belgischen Föderalregierung	Paasch	AI	34
09.10.2017	H. Grommes	CSP	Erwartete Senkung des Provinzfonds durch die Wallonische Region und Konsequenzen für die Deutschsprachige Gemeinschaft	Paasch	AI	34
10.10.2017	M. Niessen	ECOLO	Denkmalschutzgenehmigung im Schutzbereich des Seniorenheims Hof Bütgenbach	Weykmans	All	34
10.10.2017	M. Strougmayr	SP	Entwicklung des Projekts „Offener Kanal“	Weykmans	All	34
10.10.2017	M. Niessen	ECOLO	Online-Umfrage zum Jugenddekret	Weykmans	All	34
10.10.2017	M. Niessen	ECOLO	Auflagen zur Verwendung des Ostbelgien-Logos als Teil der BVA-Reform	Weykmans	All	34
10.10.2017	C. Gentges	PFF	Anzahl Gemeinderatsmitglieder	Weykmans	All	34
10.10.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Vorschlag, das Zeitkreditsystem auch Großeltern zugänglich zu machen	Weykmans	All	34

11.10.2017	C. Servaty	SP	Folgen der geplanten Absenkung des Kindergarten Eintrittsalters	Antoniadis	AIV	34
11.10.2017	F. Mockel	ECOLO	Informationspolitik der Krankenkassen in Bezug auf die neue Regelung für grenzüberschreitende Gesundheitspflege	Antoniadis	AIV	34
11.10.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Initiative „Think Pink“	Antoniadis	AIV	34
11.10.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Vorschlag, das Zeitskreditsystem auch Großeltern zugänglich zu machen	Antoniadis	AIV	34
11.10.2017	L. Scholzen	ProDG	Gynäkologische Beratung und Betreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	34
12.10.2017	G. Freches	PFF	Büro „Wissenschaft für Ostbelgien“	Mollers	AIII	34
12.10.2017	G. Freches	PFF	Lehrernachwuchsförderung im Bereich der MINT-Fächer	Mollers	AIII	34
12.10.2017	G. Freches	PFF	eTwinning-Seminarangebot für den Monat November	Mollers	AIII	34
12.10.2017	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Gebäudetausch zwischen der Stadt Eupen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	34
12.10.2017	F. Cremer	ProDG	Schulische Begleitung in der Jugendtagesklinik Eupen	Mollers	AIII	34
12.10.2017	M. Niessen	ECOLO	Workshops zum Projekt „Gutes Personal für gute Schulen“	Mollers	AIII	34
12.10.2017	M. Niessen	ECOLO	Kurse zur Vorbereitung auf das Pädagogische Befähigungszeugnis	Mollers	AIII	34
06.11.2017	F. Mockel	ECOLO	Namentliche Umfragen zur Zufriedenheit der Empfänger von Zuschüssen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	35
06.11.2017	F. Mockel	ECOLO	Verdopplung der Direktorenstellen im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	AI	35
08.11.2017	C. Servaty	SP	Erbschaftsrecht für Pflegekinder	Antoniadis	AIV	35
08.11.2017	F. Mockel	ECOLO	Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern von Eupen und St. Vith nach der Kündigung des Direktors des St.-Nikolaus-Hospitals Eupen	Antoniadis	AIV	35
08.11.2017	E. Jadin	PFF	Soziale Treffpunkte	Antoniadis	AIV	35
09.11.2017	P. Schmitz	ProDG	Ausschreibung in Bezug auf die partizipative Erarbeitung einer „Gesamtvision für das Bildungswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft“	Mollers	AIII	35
09.11.2017	G. Freches	PFF	Erlernen der „Brabançonne“ in den belgischen Schulen	Mollers	AIII	35
09.11.2017	G. Freches	PFF	Informationskampagne „Nicht wegsehen bei Drogen“	Mollers	AIII	35
09.11.2017	M. Niessen	ECOLO	Personal in den Schulen	Mollers	AIII	35
04.12.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Studie „Aktionsräume der Menschen in Ostbelgien“	Paasch	AI	36
04.12.2017	L. Klinkenberg	ProDG	Regional- und Kohäsionspolitik der EU	Paasch	AI	36
04.12.2017	G. Freches	PFF	Folgen des Brexit für europäische Projekte	Paasch	AI	36
04.12.2017	A. Velz	ProDG	Bürgerdialog mit Jean-Claude Juncker	Paasch	AI	36
05.12.2017	M. Niessen	ECOLO	Deutschsprachige Theoriebücher für die Führerscheinprüfung	Weykmans	All	36
05.12.2017	M. Niessen	ECOLO	Anerkennung des ostbelgischen Martinsbrauchs als Weltkulturerbe	Weykmans	All	36
05.12.2017	M. Niessen	ECOLO	Schutz des Raerener Bahnhofs	Weykmans	All	36
05.12.2017	F. Cremer	ProDG	Verantwortlichkeitsbeitrag der Gemeinden zum Pensionsfonds	Weykmans	All	36
05.12.2017	C. Servaty	SP	Qualität der Internetanbindung in den Ortschaften der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans	All	36

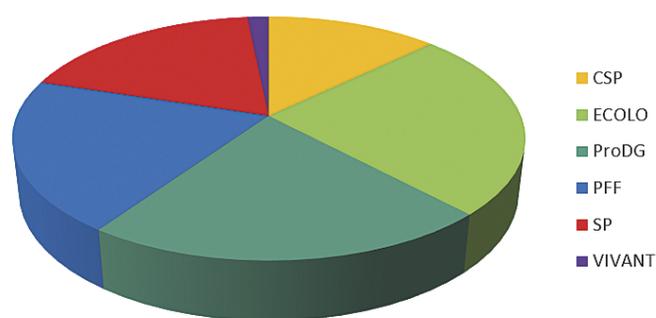
06.12.2017	C. Servaty	SP	Zuständigkeiten der Revalidationskonventionen	Antoniadis	AIV	36
07.12.2017	G. Freches	PFF	Bildungskataster	Mollers	AIII	36
07.12.2017	A. Mertes	Vivant	Stipendien für wissenschaftliche Forschungsprojekte	Mollers	AIII	36
07.12.2017	P. Schmitz	ProDG	Welt-AIDS-Tag in den Schulen	Mollers	AIII	36
07.12.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Mögliches Kontingent an Studienplätzen im Fach Medizin für Studienanwärter aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Luxemburger Lösung)	Mollers	AIII	36
07.12.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Geplante Polleranlage am Standort „Campus Monschauer Straße“	Mollers	AIII	36
07.12.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Krisenintervention an den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	36
15.01.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Nationaler Investitionspakt	Paasch	AI	37
16.01.2018	M. Braem	CSP	Finanzielle Unterstützung von Olympioniken	Weykmans	AII	37
16.01.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Einfahrtsignale des ehemaligen Bahnhofs von Raeren	Weykmans	AII	37
17.01.2018	C. Servaty	SP	Zukunft der Seniorenpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	37
17.01.2018	L. Scholzen	ProDG	Fusion des Kindertherapiezentrum (KITZ) mit dem Sozial-Psychologischen Zentrum (SPZ)	Antoniadis	AIV	37
17.01.2018	L. Scholzen	ProDG	Eingliederungseinkommen	Antoniadis	AIV	37
18.01.2018	M. Niessen	ECOLO	Anträge zum Nachteilsausgleich	Mollers	AIII	37
18.01.2018	C. Gentges	PFF	E-Learning-Programme	Mollers	AIII	37
18.01.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	Resultate der PIRLS-Studie	Mollers	AIII	37
19.02.2018	C. Servaty	SP	Mit der künftigen Übernahme der Zuständigkeit für Energiefragen verbundene Möglichkeiten in Bezug auf schnelles Internet für die Deutschsprachige Gemeinschaft	Paasch	AI	37
20.02.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Kofinanzierung des Projekts „Bergviertel Eupen“ durch die Wallonische Region im Rahmen des Interreg-Projekts N-POWER	Weykmans	AII	37
21.02.2018	C. Servaty	SP	Geplante Netzwerke im belgischen Krankenhauswesen	Antoniadis	AIV	37
21.02.2018	R. Nelles	CSP	Künftige Regelung der Reha-Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	37
22.02.2018	G. Freches	PFF	Schulverweigerung in Ostbelgien	Mollers	AIII	37
22.02.2018	G. Freches	PFF	Anzahl suspendierter Lehrer in Ostbelgien	Mollers	AIII	37
22.02.2018	P. Schmitz	ProDG	Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“	Mollers	AIII	37
22.02.2018	M. Niessen	ECOLO	Zur Lehre für Auszubildende über 30 Jahre	Mollers	AIII	37
12.03.2018	K.-H. Lambertz	SP	Neue Bevölkerungsprognosen des föderalen Planbüros	Paasch	AI	38
12.03.2018	H. Grommes	CSP	Föderaler Investitionspakt	Paasch	AI	38
13.03.2018	H. Grommes	CSP	Einhaltung der Sprachengesetzgebung	Weykmans	AII	38
13.03.2018	M. Niessen	ECOLO	Einführung eines Bachelorstudienganges „Soziale Arbeit“ als Antwort auf den Jugendarbeitermangel	Weykmans	AII	38
13.03.2018	M. Niessen	ECOLO	DAB-Testlauf in Eupen	Weykmans	AII	38
14.03.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Inhaltliche Schwerpunkte der Gesundheitsprävention für die Jahre 2018 und 2019	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Pilotprojekte zur Nutzung medizinischer Apps in der Gesundheitsversorgung	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	E. Jadin	PFF	Digitalisierung der ostbelgischen Gesundheitslandschaft	Antoniadis	AIV	38

14.03.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Arbeitsaufnahme des Beirates für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	F. Mockel	ECOLO	Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	R. Nelles	CSP	Hohe finanzielle Verluste des St. Vither Krankenhauses aufgrund des Fehlens einer Geriatrie	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	E. Jadin	PFF	Verlängerung der Studiendauer des Bachelorstudiengangs in Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	C. Servaty	SP	Gründung einer Betriebskrippe	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	L. Scholzen	ProDG	Rare Disease Day	Antoniadis	AIV	38
14.03.2018	F. Mockel	ECOLO	Verteilung von Jodtabletten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis	AIV	38
15.03.2018	G. Freches	PFF	Zertifizierung der Französischkenntnisse	Mollers	AIII	38
15.03.2018	P. Schmitz	ProDG	CAP-Reform	Mollers	AIII	38
15.03.2018	F. Cremer	ProDG	Kriterien zur Festlegung der sogenannten schweren Berufe	Mollers	AIII	38
15.03.2018	M. Niessen	ECOLO	Nachfolge des Leiters des Fachbereichs Unterrichtspersonal	Mollers	AIII	38
15.03.2018	M. Niessen	ECOLO	Lange Schulabwesenheiten aus psychosozialen oder psychiatrischen Gründen	Mollers	AIII	38
15.03.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	Physikkurs für Medizinstudenten aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	38
09.04.2018	K.-H. Lambertz	SP	Integrierter Energie- und Klimaplan	Paasch	AI	39
09.04.2018	F. Mockel	ECOLO	Besuch des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten A. Laschet in Eupen	Paasch	AI	39
10.04.2018	G. Freches	PFF	Weiterbildungen der BRF-Journalisten und -Redakteure	Weykmans	All	39
10.04.2018	M. Strougmayr	SP	Umfrage bezüglich der Situation der Vereinsvorstände	Weykmans	All	39
11.04.2018	F. Mockel	ECOLO	Landemöglichkeiten von Rettungshubschraubern am St.-Nikolaus-Hospital Eupen	Antoniadis	AIV	39
11.04.2018	C. Servaty	SP	Pläne hinsichtlich der Schaffung einer Zone mit grenzüberschreitendem Zugang zu Gesundheitsleistungen	Antoniadis	AIV	39
11.04.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Reduzierung des Zuckerkonsums in den Schulen	Antoniadis	AIV	39
12.04.2018	A. Mertes	Vivant	Schwimmunterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	39
12.04.2018	G. Freches	PFF	Sprachferien für ostbelgische Schüler vom 1. bis 10. August 2018 in Bastogne	Mollers	AIII	39
12.04.2018	G. Freches	PFF	Information über das Konzept „Gutes Personal für Gute Schulen“ auf www.ostbelgienbildung.be	Mollers	AIII	39
12.04.2018	M. Niessen	ECOLO	Luftqualität in den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	39
12.04.2018	M. Niessen	ECOLO	Anzahl Studienplätze an der Autonomen Hochschule im Fachbereich Bildungswissenschaften für das Schuljahr 2018-2019	Mollers	AIII	39
12.04.2018	P. Schmitz	ProDG	Internationaler Gipfel zum Lehrerberuf in Lissabon	Mollers	AIII	39
14.05.2018	A. Velz	ProDG	Europäische Datenschutz-Grundverordnung	Paasch	AI	40
14.05.2018	A. Velz	ProDG	Kooperationsvereinbarung betreffend den Dreiländer-Park	Paasch	AI	40
14.05.2018	A. Velz	ProDG	Ehemaliges Haus der Fraktionen, Kaperberg 6	Paasch	AI	40
14.05.2018	K.-H. Lambertz	SP	Zukunft der Regionalentwicklung in Ostbelgien	Paasch	AI	40

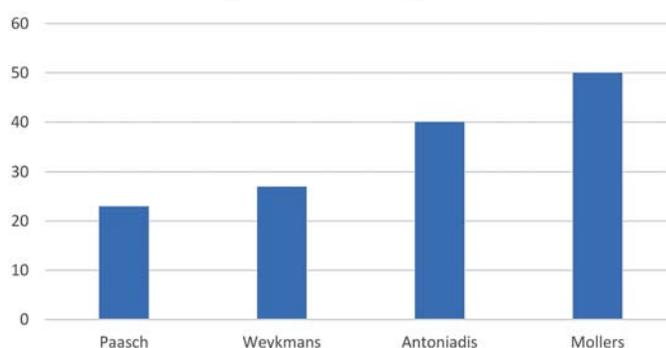
15.05.2018	M. Niessen	ECOLO	Verleih von Zelten an Jugendgruppen	Weykmans	All	40
15.05.2018	C. Gentges	PFF	Handelssektor in Ostbelgien	Weykmans	All	40
16.05.2018	F. Mockel	ECOLO	Auswirkungen des Ethikkodexes der Deontologie der Wohnungsbaugesellschaften der Wallonischen Region	Antoniadis	AIV	40
16.05.2018	R. Nelles	CSP	Barrierefreier Zugang zu Internetseiten und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen – Europäische Webrichtlinie vom 26. Oktober 2016 (Richtlinie 2016/2102)	Antoniadis	AIV	40
16.05.2018	R. Nelles	CSP	Regelung von Reha-Maßnahmen	Antoniadis	AIV	40
17.05.2018	M. Niessen	ECOLO	Verteilung von Jodtabletten an die Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	40
17.05.2018	M. Niessen	ECOLO	Anerkennung ostbelgischer Abiturnoten in Nordrhein-Westfalen	Mollers	AIII	40
17.05.2018	P. Schmitz	ProDG	Kooperation mit dem Science College Overbach	Mollers	AIII	40
17.05.2018	G. Freches	PFF	Synergien zwischen den in der Erwachsenenbildung tätigen Organisationen	Mollers	AIII	40
17.05.2018	G. Freches	PFF	Schulprojekt „CanSat Belgium“	Mollers	AIII	40
17.05.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	Maßnahmen gegen Sexting in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII	40
17.05.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	EU-Mittel für gesundes Essen in Schulen	Mollers	AIII	40
12.06.2018	C. Gentges	PFF	Internetportal zu den Gemeinderatswahlen	Weykmans	All	
12.06.2018	C. Gentges	PFF	Sanktionen gegenüber Arbeitssuchenden	Weykmans	All	
13.06.2018	E. Jadin	PFF	Aufwertung der Kinderbetreuer	Antoniadis	AIV	
13.06.2018	E. Jadin	PFF	Senioren-Olympiade - eine Idee für Ostbelgien?	Antoniadis	AIV	
13.06.2018	F. Mockel	ECOLO	Luftqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Messungen und Prävention	Antoniadis	AIV	
13.06.2018	L. Scholzen	ProDG	Ostbelgien-Regelung	Antoniadis	AIV	
13.06.2018	L. Scholzen	ProDG	Umfrage zur Lebensqualität	Antoniadis	AIV	
13.06.2018	C. Servaty	SP	Zukunft des Luftrettungshubschraubers von Bra-sur-Lienne	Antoniadis	AIV	
14.06.2018	L. Frank	CSP	Erwerb eines französischen Sprachdiploms	Mollers	AIII	
14.06.2018	P. Schmitz	ProDG	Abkommen im Bildungsbereich mit der Republik Frankreich	Mollers	AIII	
14.06.2018	M. Niessen	ECOLO	Testungen durch Kaleido	Mollers	AIII	
10.09.2018	K.H. Lambertz	SP	PROMA AG	Paasch	AI	
10.09.2018	J. Franssen	CSP	Übertragung der Zuständigkeit "Raumordnung" durch die Wallonische Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft	Paasch	AI	
10.09.2018	A. Velz	ProDG	Infrastrukturkarussell und Eupener Staatsarchiv	Paasch	AI	
10.09.2018	J. Franssen	CSP	wachsende Unsicherheit um die AKWs in Tihange - neueste Entwicklungen	Paasch	AI	
11.09.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Erhalt der Kirchen und Kapellen	Weykmans	All	
11.09.2018	Ch. Gentges	PFF	Tourismusdekret und Vermittlung von Ferienwohnungen	Weykmans	All	
11.09.2018	M. Niessen	ECOLO	Personalstatut des BRF	Weykmans	All	
11.09.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Pensionen des vertraglich eingestellten Gemeindepersonals	Weykmans	All	
12.09.2018	R. Nelles	CSP	Regelung von Reha-Maßnahmen	Antoniadis	AIV	

12.09.2018	F. Mockel	ECOLO	Rekrutierungsschwierigkeiten für die außerschulische Betreuung – Barmenanpassung	Antoniadis	AIV
12.09.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Anstieg der Masernerkrankungen	Antoniadis	AIV
12.09.2018	Ch. Servaty	SP	Geplanter Dekretentwurf zur deutschen Gebärdensprache	Antoniadis	AIV
13.09.2018	G. Freches	PFF	Schulleiter-Besetzung an den Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Mollers	AIII
13.09.2018	G. Freches	PFF	Ausbreitung des Wifo-Netzwerkes	Mollers	AIII
13.09.2018	K. Neycken-Bartholemy	SP	Beschulung erstankommender Schüler	Mollers	AIII
13.09.2018	F. Cremer	ProDG	Bauliche Mängel am Gebäude der zukünftigen Musikakademie	Mollers	AIII

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister



Fraktion Fragensteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insg.
CSP	Paasch (ProDG)	5	
CSP	Weykmans (PFF)	5	
CSP	Antoniadis (SP)	8	
CSP	Mollers (ProDG)	2	20
ECOLO	Paasch (ProDG)	3	
ECOLO	Weykmans (PFF)	10	
ECOLO	Antoniadis (SP)	8	
ECOLO	Mollers (ProDG)	12	33
ProDG	Paasch (ProDG)	8	
ProDG	Weykmans (PFF)	3	
ProDG	Antoniadis (SP)	10	
ProDG	Mollers (ProDG)	10	31

PFF	Paasch (ProDG)	1	
PFF	Weykmans (PFF)	6	
PFF	Antoniadis (SP)	5	
PFF	Mollers (ProDG)	16	28
SP	Paasch (ProDG)	6	
SP	Weykmans (PFF)	3	
SP	Antoniadis (SP)	9	
SP	Mollers (ProDG)	8	26
VIVANT	Paasch (ProDG)	0	
VIVANT	Weykmans (PFF)	0	
VIVANT	Antoniadis (SP)	0	
VIVANT	Mollers (ProDG)	2	2
Total			140

SCHRIFTLICHE FRAGEN

In der Sitzungsperiode 2017-2018 wurden 87 schriftliche Fragen gestellt.

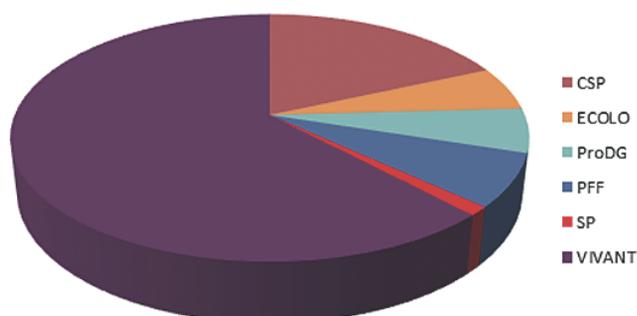
Frage Nr.*	Datum	Fragesteller	Fraktion	Thema	Befragter Minister	Antwort	BIF
217	14.09.2017	M. Balter	Vivant	Prozessoptimierung im Ministerium und den Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	13.10.2017	34
218	21.09.2017	K. Neycken-Bartholemy	SP	Erstmalig abgehaltene Zulassungsprüfung für Medizinstudenten in der Französischen Gemeinschaft	Mollers	24.10.2017	34
219	29.09.2017	M. Balter	Vivant	Aufklärung der Geschlechtskrankheiten	Antoniadis	30.10.2017	34
220	03.10.2017	H. Grommes	CSP	Finanzierungsbedarf und Ausgabenprospektion der Zuständigkeiten, die die Deutschsprachige Gemeinschaft im Rahmen der 6. Staatsreform und nach einer Übertragung durch die Wallonische Region ausübt	Paasch	07.11.2017	35
221	04.10.2017	L. Frank	CSP	Finanzsituation der Gemeinden im deutschen Sprachgebiet	Weykmans	06.11.2017	35
222	16.10.2017	L. Frank	CSP	Schulinfrastruktur	Mollers	21.11.2017	35
223	26.10.2017	A. Mertes	Vivant	Veranstaltung „Naturwissenschaftler, Techniker und Handwerker erzählen ihren Beruf“	Mollers	30.11.2017	35
224	02.11.2017	M. Balter	Vivant	Schädliche Stoffe in Kosmetika	Antoniadis	05.12.2017	35
225	07.11.2017	M. Balter	Vivant	Versicherung gegen Brustkrebst	Antoniadis	06.12.2017	35
226	10.11.2017	E. Jadin	PFF	Europäischer Behindertenausweis	Antoniadis	11.12.2017	35
227	10.11.2017	E. Jadin	PFF	Rahmenbedingungen für hörgeschädigte Personen	Antoniadis	11.12.2017	35
228	10.11.2017	E. Jadin	PFF	Kinderbetreuungsassistenten	Antoniadis	06.12.2017	35
229	14.11.2017	M. Balter	Vivant	Beschwerden von Bürgern über Verfahrensweisen in Kindergärten und Kinderkrippen	Mollers	15.12.2017	36
230	20.11.2017	M. Balter	Vivant	Meinungsumfrage zum Autonomieausbau der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	15.12.2017	36
231	23.11.2017	M. Balter	Vivant	Risiken von Beschneidungen	Antoniadis	20.12.2017	36
232	28.11.2017	M. Balter	Vivant	Veranstaltung „Option Ostbelgien – Private und öffentliche Arbeitgeber laden zum STELLDICHEIN“	Weykmans	20.12.2017	36
233	30.11.2017	M. Balter	Vivant	Einnahme von Antidepressiva	Antoniadis	08.01.2018	36
234	01.12.2017	M. Balter	Vivant	Feierlichkeiten zum Tag der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch	10.01.2018	36
235	05.12.2017	M. Balter	Vivant	Sauberkeit der Sanitäranlagen in Schulen und Kindergärten	Mollers	12.01.2018	36
236	21.12.2017	M. Balter	Vivant	Besuch des Willy-Brandt-Hauses in Berlin	Antoniadis	10.01.2018	36
237	29.12.2017	M. Balter	Vivant	Zunahme der Fälle von Burn-out bei Eltern	Antoniadis	01.02.2018	37
238	04.01.2018	M. Balter	Vivant	Gesamtverschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Stand Ende Dezember 2017)	Paasch	15.01.2018	37
239	17.01.2018	M. Balter	Vivant	Spielsucht junger Menschen	Antoniadis	20.02.2018	37
240	24.01.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Vorbeugung von gewaltsamem Radikalismus	Paasch	29.01.2018	37
241	25.01.2018	M. Balter	Vivant	Konsum von illegalen Suchtmitteln	Antoniadis	28.02.2018	37
242	26.01.2018	M. Niessen	Ecolo	Senkung des Kindergarteneintrittsalters auf zweieinhalb Jahre	Mollers	27.02.2018	37
243	26.01.2018	G. Freches	PFF	Dashboard-Internetmodul	Paasch	19.02.2018	37

244	29.01.2018	M. Balter	Vivant	Verdopplung der Direktionsstellen im Ministerium	Paasch	05.03.2018	38
245	01.02.2018	M. Balter	Vivant	Gefahren des Shisha-Rauchens	Antoniadis	05.03.2018	38
246	01.02.2018	M. Niessen	Ecolo	Sonderaufträge	Mollers	06.03.2018	38
247	07.02.2018	M. Balter	Vivant	Lebensmittelbanken	Antoniadis	13.03.2018	38
248	08.02.2018	M. Niessen	Ecolo	Umwandlung von Stundenkapital in finanzielle Mittel	Mollers	13.03.2018	38
249	15.02.2018	M. Balter	Vivant	Schlafmittelkonsum	Antoniadis	20.03.2018	38
250	16.02.2018	J. Franssen	CSP	Wachsende Unsicherheit in Bezug auf das AKW Tihange	Paasch	21.03.2018	38
251	21.02.2018	A. Mertes	Vivant	Ausgrabungsfunde an der Burg Ouren	Weykmans	12.03.2018	38
252	02.03.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Lenkungsgruppe und Arbeitsgruppen Mobilität	Paasch	09.03.2018	38
253	02.03.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Konvention mit der VoG Zentrum für Ostbelgische Geschichte	Paasch	04.04.2018	38
254	06.03.2018	L. Klinkenberg	ProDG	Sitzverteilung im Europäischen Parlament	Paasch	05.04.2018	38
255	14.03.2018	M. Balter	Vivant	Spielebox zum Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018	Weykmans	16.04.2018	39
256	16.03.2018	M. Balter	Vivant	Online-Therapien	Antoniadis	19.04.2018	39
257	20.03.2018	M. Balter	Vivant	Anlegung eines Radwegs entlang der Aachener Straße Richtung deutsche Grenze	Weykmans	24.04.2018	39
258	26.03.2018	M. Balter	Vivant	Geburtstraumata	Antoniadis	02.05.2018	39
259	05.04.2018	M. Balter	Vivant	Höhe der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft gewährten Pressebeihilfe und sonstige Ausgaben in diesem Bereich im Jahr 2017	Paasch	14.05.2018	39
260	10.04.2018	M. Balter	Vivant	Nutzung des Kloster Heidberg durch die Regierung im Jahr 2017	Paasch		
261	12.04.2018	M. Balter	Vivant	Nutzung des Kloster Heidberg im Jahr 2017	Weykmans		
262	13.04.2018	M. Balter	Vivant	Gesamtverschuldung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Stand Ende März 2018)	Paasch		
263	17.04.2018	M. Balter	Vivant	Einbeziehung der frankofonen Nachbargemeinden in die Standortmarke „Ostbelgien“	Paasch		
264	24.04.2018	M. Balter	Vivant	DUOday	Antoniadis		
265	25.04.2018	C. Gentges	PFF	Autonomiebestreben der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans		
266	02.05.2018	M. Balter	Vivant	Label „Made in Ostbelgien“	Weykmans		
267	07.05.2018	M. Niessen	Ecolo	Kompetenzorientierte Leistungsermittlung und -bewertung in der ersten Stufe der Sekundarschulen des GUW	Mollers		
268	14.05.2018	M. Niessen	Ecolo	Umsetzung des Programms POLLEC 3 für Energie und Klimaschutz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch		
269	15.05.2018	M. Balter	Vivant	Förderprogramm „Kulturbeutel: Jugend macht Kultur“	Weykmans		
270	16.05.2018	M. Balter	Vivant	Medikamentenkonsum bei Jugendlichen	Antoniadis		
271	18.05.2018	M. Balter	Vivant	Medikamentenkonsum bei Krankenpflegern	Antoniadis		
272	24.05.2018	M. Balter	Vivant	Personalmangel in Krankenhäusern und hiermit verbundene Todesfälle	Antoniadis		
273	25.05.2018	M. Balter	Vivant	Kunstsammlung der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans		

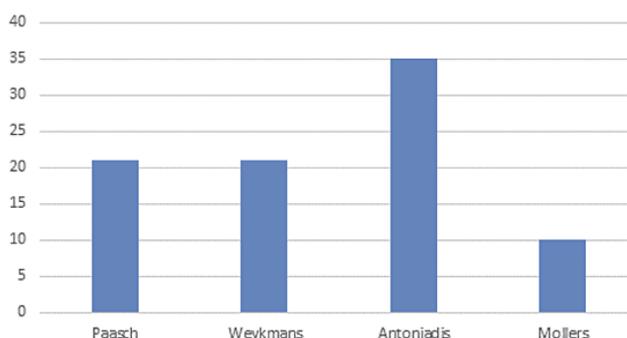
274	29.05.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Elektrizitätsverbrauch in den Gebäuden der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Paasch
275	30.05.2018	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur schriftlichen Frage bezüglich der Einnahme von Psychopharmaka	Antoniadis
276	05.06.2018	M. Balter	Vivant	25-jähriges Jubiläum des Projekts Stundenblume	Antoniadis
277	06.06.2018	A. Mertès	Vivant	Einführung des Manchester-Triage-Systems (MTS) im Klinikum St. Josef in St. Vith	Antoniadis
278	06.06.2018	A. Mertès	Vivant	Anfeindungen von Patienten gegenüber dem Krankenhauspersonal in den beiden Krankenhausstandorten der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis
279	06.06.2018	A. Mertès	Vivant	Diplomanforderungen für Ärzte in den Notaufnahmen der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis
280	10.06.2018	E. Jadin	PFF	Workshops der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben	Antoniadis
281	12.06.2018	M. Balter	Vivant	DG-Animatorenausweis	Weykmans
282	13.06.2018	M. Balter	Vivant	Burnout-Berater	Antoniadis
283	08.06.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Organisationen des nicht-kommerziellen Sektors	Antoniadis
284	08.06.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Organisationen des nicht-kommerziellen Sektors	Mollers
285	08.06.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Organisationen des nicht-kommerziellen Sektors	Weykmans
286	08.06.2018	P. Creutz-Vilvoye	CSP	Organisationen des nicht-kommerziellen Sektors	Paasch
287	14.06.2018	A. Velz	ProDG	Fachkräftemangel	Paasch
288	21.06.2018	M. Balter	Vivant	Alternative Wohnformen für Senioren	Antoniadis
289	21.06.2018	M. Balter	Vivant	Musikakademie der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Weykmans
290	02.07.2018	M. Balter	Vivant	"CoolTour"	Weykmans
291	28.06.2018	H. Grommes	CSP	Interne Weitergabe von Straßen- und Ortsbezeichnungen im Bereich der medizinischen Notfallhilfe	Antoniadis
292	29.06.2018	R. Nelles	CSP	Wartelisten der Altenheime in der Deutschsprachigen Gemeinschaft	Antoniadis
293	29.06.2018	P. Knops	CSP	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Beschäftigungspolitik	Weykmans
294	29.06.2018	P. Knops	CSP	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Bereich des Denkmal- und Landschaftsschutzes	Weykmans
295	03.07.2018	M. Balter	Vivant	Neueinsetzung der Jugendkommission	Weykmans
296	03.07.2018	M. Balter	Vivant	DG-Seminar "Wege in die Vorstandsarbeit"	Weykmans
297	04.07.2017	M. Balter	Vivant	Nachfrage zur Interpellation vom 13.06.2018 bezüglich der steigenden Zahlen von Hautkrebsfällen und dem diesbezüglichen Einfluss von Sonnenschutzmitteln und Vitamin D	Antoniadis
298	06.07.2018	P. Knops	CSP	Zuschüsse der Kulturvereinigung "Chudosnik Sunergia V.o.G"	Weykmans
299	04.07.2018	H. Grommes	CSP	Pensionen des vertraglich eingestellten Gemeindepersonals	Weykmans
300	09.07.2018	H. Grommes	CSP	Bürgerservice - service citoyen	Paasch
301	04.09.2018	M. Balter	Vivant	Auswirkung endokriner Disruptoren auf den sinkenden IQ der Menschheit	Antoniadis
302	11.09.2018	M. Balter	VIVANT	staatlich subventionierte neue Arbeitsplätze	Weykmans
303	12.09.2018	M. Balter	VIVANT	häufige Krankenhausaufenthalte von Kindern in Belgien	Antoniadis

* Die Nummerierung der Fragen beginnt mit der Legislaturperiode.

Aufteilung nach Fraktionen



Aufteilung nach befragtem Minister



Fraktion Fragesteller	Fraktion befragter Minister	pro Fraktion	Insg.
CSP	Paasch (ProDG)	5	
CSP	Weykmans (PFF)	6	
CSP	Antoniadis (SP)	3	
CSP	Mollers (ProDG)	2	16
ECOLO	Paasch (ProDG)	1	
ECOLO	Weykmans (PFF)	0	
ECOLO	Antoniadis (SP)	0	
ECOLO	Mollers (ProDG)	4	5
ProDG	Paasch (ProDG)	5	
ProDG	Weykmans (PFF)	0	
ProDG	Antoniadis (SP)	0	
ProDG	Mollers (ProDG)	0	5

PFF	Paasch (ProDG)	1	
PFF	Weykmans (PFF)	1	
PFF	Antoniadis (SP)	4	
PFF	Mollers (ProDG)	0	6
SP	Paasch (ProDG)	0	
SP	Weykmans (PFF)	0	
SP	Antoniadis (SP)	0	
SP	Mollers (ProDG)	1	1
VIVANT	Paasch (ProDG)	9	
VIVANT	Weykmans (PFF)	13	
VIVANT	Antoniadis (SP)	27	
VIVANT	Mollers (ProDG)	3	52
Total			85

THEMENDEBATTEN

Themendebatten bieten die Möglichkeit, eine parlamentarische Diskussion über bestimmte Themen von allgemeinem Interesse zu führen. Die Regierung kann sich an der Debatte beteiligen, ist aber – im Gegensatz zu den anderen Kontrollinstrumenten – nicht dazu verpflichtet.

Am 6. Dezember 2017 fand im Ausschuss IV eine Themendebatte zur Familienpolitik statt. Beleuchtet wurden

die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

In Ausschuss II wurde am 16. Januar 2018 eine Themendebatte zur Beschäftigungspolitik geführt. Diskutiert wurde über die Bedeutung der Beschäftigungspolitik als Kernbefugnis der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

PARLAMENT ALS OFFENES HAUS

Das Parlament ist das Haus der Bürgerinnen und Bürger. Jeder kann das Parlament besuchen und die Arbeiten auf transparente Weise mitverfolgen. In dieser Hinsicht wurde das Angebot seit der Sitzungsperiode 2015-2016 erweitert. Neben den Plenarsitzungen sind nun auch die Ausschusssitzungen zur Regierungskontrolle und zur Anhörung von Experten öffentlich. Sie finden im Plenarsaal statt und stehen für Publikum offen. Darüber hinaus bemüht sich das Parlament, die parlamentarische Arbeit noch anschaulicher darzustellen. So wurde das Informationsangebot auf Ebene der neuen Medien nochmals erweitert. Ähnliches trifft auf die Parlamentsbibliothek, die nicht nur für Abgeordnete zugänglich ist, sondern auch für Studierende und Bürger. Darüber hinaus werden im Parlament Besuchergruppen und Schüler gerne empfangen, ebenso Gäste aus anderen Parlamenten oder Institutionen. Nicht zuletzt gilt das Parlament auch als Veranstaltungsort. Wir bieten ein Forum für die unterschiedlichsten Themen.

PARLAMENTSbibliothek

ein parlamentarischer Informationsdienst

Die Parlamentsbibliothek hat als Dienstleistungsangebot der Parlamentsverwaltung für die politischen Entscheidungsträger, die Behördenmitarbeiter und für die Öffentlichkeit auch während der Sitzungsperiode 2017-2018 ihre Bestände in den Bereichen Politik, Parlamentarismus, Staatswissenschaften, Verfassungsrecht, Föderalismus, Autonomie und politische Bildung kontinuierlich erweitert.

Eine Bibliotheksrecherche ist vor Ort oder online möglich über die Website des Bibliotheksverbunds *MediaDG* (www.mediadg.be).

Weiterführende Informationen bietet auch die eigene Homepage (<http://bibliothek.pdg.be>).

SCHRIFTENREIHE DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT BELGIENS

Im Rahmen der Aufwertung der parlamentarischen Arbeit gibt das Parlament seit einigen Jahren eine Schriftenreihe heraus. Dadurch möchte es aktiv zur regional verankerten Föderalismusforschung beitragen und die Veröffentlichung von politik-, rechts-, verwaltungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Studien und Fachbeiträgen unterschiedlichster Prägung fördern.



Vier neue Bände sind in der Sitzungsperiode 2017-2018 erschienen

Die Schriftenreihe möchte sowohl den wissenschaftlichen Diskurs als auch die politische und rechtliche Praxis dokumentieren sowie zur politischen Diskussion und Reflexion anregen.

Vier weitere Bände wurden in der Sitzungsperiode 2017-2018 veröffentlicht:

Band 4 – Gesundheitspräventions- und Gesundheitsförderungspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft heute und morgen

Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses IV für Gesundheit und Soziales des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Ed. 2017)

Band 5 – Die Rechtsstellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der deutschen Sprache in Belgien

Beiträge zu den Akademischen Sitzungen vom 27. November und 18. Dezember 2015 im Plenarsaal des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen (Ed. 2018)

Band 6 – Les services d'urgence et leurs patients
Première édition du Heidberg Think Tank, Ideenforum Ostbelgien 2015 (Ed. 2018)

Band 7 – Was ist gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert? Blick auf das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Ed. 2018)

Weitere Informationen sowie einen Beitragsaufruf findet man auf der Website www.pdg.be/Schriftenreihe.

VERANSTALTUNGEN

Das Parlament als Haus der Bürgerinnen und Bürger öffnet sich seit 2013 vermehrt für Veranstaltungen unterschiedlichster Art. Besonders etabliert sind Matinee-Veranstaltungen und Themenabende, die darauf abzielen, aktuelle Debatten und Ereignisse in den Vordergrund zu rücken.

Oktober 2017 – Frauen in ländlichen Gebieten

Unter dem Titel „Wir bringen Leben in die Dörfer“ luden am 15. Oktober 2017 das Parlament und der Landfrauenverband zu einer Matinee nach Büllingen. Es wurde ausgetauscht über die Rolle der Landfrauen gestern und heute. Seit 65 Jahren ist der Landfrauenverband in Ostbelgien aktiv.

November 2017 – Ausstellung Gefallene des Ersten Weltkriegs mit Lesung

Mit der Ausstellung „Setzt mir einen Stein in der Heimat“ erinnerten das Parlament und das Staatsarchiv an die Gefallenen aus Ostbelgien und Umgebung und an das Schicksal der Soldaten. Auftakt bildete eine Matinee am 12. November 2017, bei der der junge Historiker Max Neumann über seine Recherchen zu Kriegsdenkmälern berichtete.

Januar 2018 – Sternsinger

Sie sind gern gesehene Gäste im Parlament: die Sternsinger aus den Pfarrgemeinden. Singend ziehen sie in den Plenarsaal ein und berichten über ihre Aktivitäten. Das Motto der Sternsingeraktion 2018 lautete: „Gemeinsam gegen Kinderarbeit“.



Februar 2018 – Altweiberempfang

Im Parlament darf auch gelacht werden und ganz besonders zur Karnevalszeit. Der traditionelle Empfang der „alten Weiber“ findet seit zwei Jahren nicht mehr am Parlamentssitz, sondern in einem Festzelt am Regierungssitz statt. Nichtsdestotrotz erfreut sich diese weiterhin vom Parlament organisierte Veranstaltung nach wie vor großer Beliebtheit.

März 2018 – Lesungen mit Bastian Sick

„Wie gut ist ihr Deutsch?“, fragte Autor Bastian Sick am 26. und 27. März 2018 die Besucher der Veranstaltungen des Parlaments und des Verein Deutsche Sprache e.V. Die Bücher des erfolgreichen norddeutschen Autors beschäftigen sich mit Irrungen und Wirrungen der deutschen Sprache. Sie sind seit Jahren Teil des Deutschunterrichts in Ostbelgien und so nahmen die Schüler und die Lehrer gleichermaßen begeistert am 26. März in Eupen das Angebot des Parlaments zu einer außergewöhnlichen Deutschstunde an. Tags drauf fand eine öffentliche Veranstaltung im St. Vith Triangel statt. Und auch hier ließen rund 400 Besucher sich in den Bann ziehen.

Die deutsche Sprache ist neben historischen Vorträgen einer der Themenschwerpunkte von Veranstaltungen des Parlaments.

April 2018 – Kolloquium Staatsreform

Am 13. April 2018 lud das Parlament zum Austausch über „mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019“ ein. Im Fachkolloquium tauschten Experten und Politiker über Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext aus. Die Fachreferate des Kolloquiums werden in einem Tagungsband in der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft veröffentlicht.



Bastian Sick begeisterte im Sankt Vith Triangel

Die Sternsinger mit dem Parlamentspräsidenten

Juni 2018 – Tag der Offenen Türen

Mit etwa 300 Besuchern konnte am 3. Juni 2018 der Tag der Offenen Türen der ostbelgischen Einrichtungen auch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft als erfolgreich abgeschlossen werden. Die Besucher konnten verschiedene Ausstellungen besuchen sowie an Dialogrunden mit den Abgeordneten teilnehmen und sich so ein Bild von der parlamentarischen Arbeit machen. Ein Höhepunkt war sicherlich die Ausstellung „Eine Frau – eine Stimme“ zu 70 Jahren Frauenwahlrecht in Belgien. Diese Ausstellung ist vom Centre d’Archives et de Recherches pour l’Histoire des Femmes (Carhif) mit der Unterstützung von Amazone realisiert und von der Parlamentsverwaltung ins Deutsche übersetzt worden.



Juni 2018 – Die Essensmacher in der Kritik – zu (un)recht?

Zunehmend geraten Landwirte in die Kritik und Verbraucher machen sich Sorgen über die Qualität der Nahrungsmittel. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Bauernbund und die Ländlichen Gilden luden deshalb zu einer Matinee auf den Bauernhof. Roger Croé aus Raeren öffnete seinen Hof. Gastredner der Matinee „Die Essensmacher in der Kritik – zu (un)recht?“ war Bauer Willi (Schillings), bekannt für seine offenen Worte an Berufskollegen und Verbraucher.



Bauer Willi

September 2018 – Lesung Bernhard Wucherer

Bereits zum zweiten Mal war der Allgäuer Autor Bernhard Wucherer zu Gast im Parlament. Die Herausgabe seines zweiten Ostbelgien-Krimis „Frittenmafia“ bildete den Rahmen für die lockere Lesung.





Die Preisträger des diesjährigen Schülerpreises

PREISE DES PARLAMENTS

Zwei Auszeichnungen werden jährlich an Menschen vergeben, die sich auf die eine oder andere Weise mit ihren Arbeiten hervorgetan haben.

Preis für Schülerinnen und Schüler für gute Leistungen im Unterrichtsfach Deutsch

Wer sich im letzten Primarschuljahr, in den Abschlussklassen des Sekundarunterrichts, im Förderunterricht, bei der Gesellenprüfung oder in den Weiterbildungs-klassen mit guten Leistungen im Fach Deutsch auszeichnet, erhält im Parlament den Schülerpreis. Der mit 20 Euro (Primarschulen) oder 50 Euro (Sekundarschulen und weitere Unterrichtseinrichtungen) dotierte Preis wird am Ende des Schuljahres im Rahmen einer Feierstunde im Parlament verliehen. Der Preis in Form eines Gutscheins kann für Einkäufe in ostbelgischen Buchhandlungen genutzt werden.

Der Parlamentspräsident und Abgeordnete des Hauses beglückwünschten die Preisträger und ihre Familien, die am 30. Juni 2018 zahlreich den Weg ins Parlament gefunden hatten. Die Gutscheine für die Grundschüler wurden den Schulen zugesandt und während den Abschlussfeiern verteilt.

Der Preis des Parlaments

Am 23. März 2018 fand die festliche Verleihung der Preise des Parlaments 2017 statt. Ausgezeichnet wurden Werke in den Bereichen Landschaftsplanung und Staatswissenschaften. Die Preise sind mit 2.000 Euro pro Fachbereich dotiert.

Nathalie Bodarwé, Heinz Winters und Jeroen Verbeek zeichnen verantwortlich für die „Landschaftsstudie Belgische Eifel“. Die Arbeitsgemeinschaft hat eine landschaftliche und kartographische Studie für die Gemeinden Amel, Büllingen, Bütgenbach, Burg-Reuland und St. Vith verfasst. Die Studie, so heißt es in der Einleitung,



Die Preisträger mit Partnern, Laudatoren und dem Parlamentspräsidenten

soll Verständnis für die Landschaft, ihre Geschichte, ihre Entwicklung und ihren Einfluss [...] wecken. Ziel sei die Sensibilisierung des Menschen für die Landschaft.

Das Autorenteam Frédéric Bouhon, Christoph Niessen und Min Reuchamps schrieb in der Reihe CRISP – courrier hebdomadaire die Ausgabe « La Communauté ger-

manophone après la sixième réforme de l'Etat : état des lieux, débats et perspectives ». Die Publikation ist eine Bestandsaufnahme der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, geht auf die politischen Diskussionen über die Staatsreform ein und beschreibt die Zukunftsaussichten der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

BESUCHER UND GÄSTE

Besucher- und Schülergruppen

Zahlreiche Gruppen, die Ostbelgien besuchen, machen einen Abstecher ins Parlament. Die Programme werden an die Bedürfnisse jeder Gruppe angepasst, um zu gewährleisten, dass die Besucher eine interaktive, aber auch instruktive Zeit im Parlament erleben.

In der Sitzungsperiode 2017-2018 sind die Besucherzahlen im Vergleich zur Sitzungsperiode 2016-2017 leicht angestiegen. Insgesamt haben 117 Gruppen das Parlament besucht, d. h. 3.068 Besucher haben an den geführten Rundgängen oder Animationen teilgenommen.

Die Animationen für Schulgruppen und Studierende sind ein wichtiger Eckpfeiler im Besucherangebot des Parlaments. Hier sind die Zahlen, im Vergleich zum Vorjahr, deutlich gestiegen. Insgesamt 1.519 Schüler und Studen-

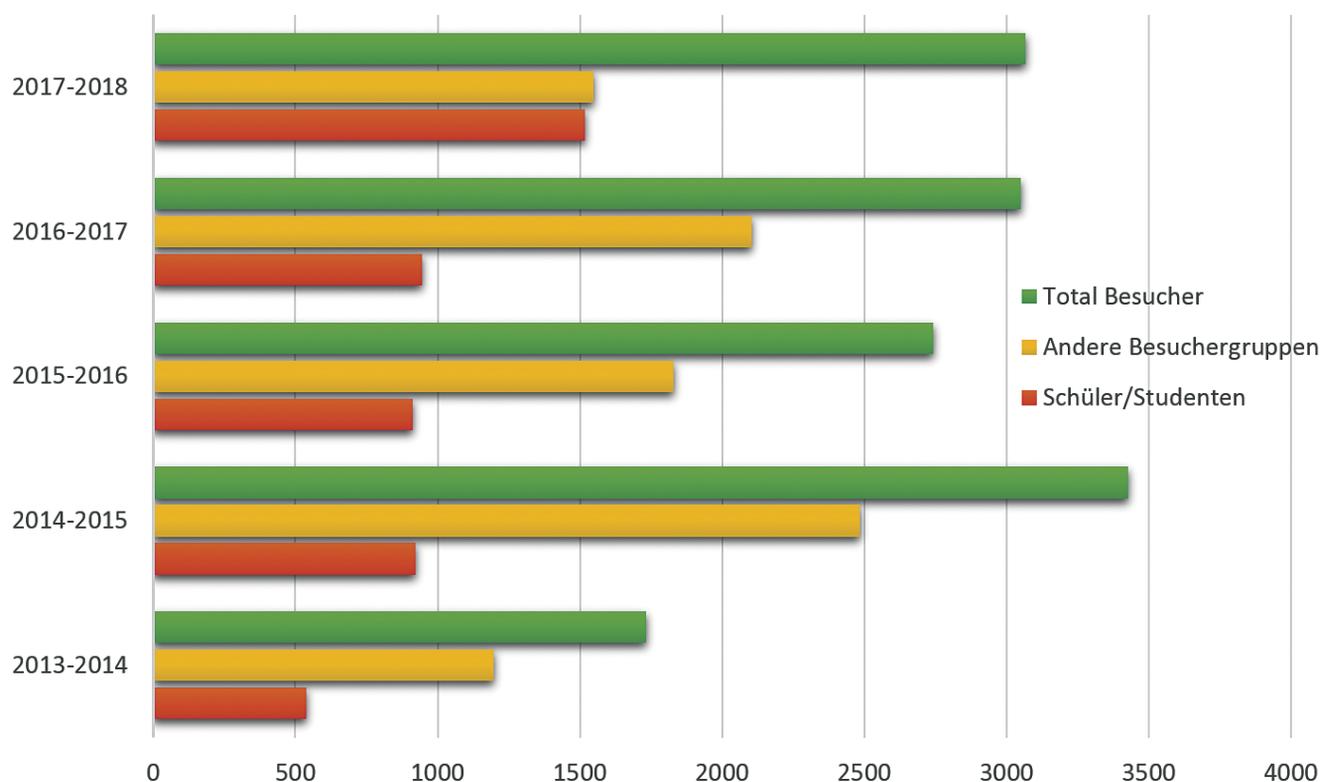
ten – d. h. etwa die Hälfte der Besucher – haben an den Animationen teilgenommen. 643 Schüler und Studenten kamen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 475 aus dem Rest des Landes und weitere 400 kamen aus dem Ausland.

Neben den Besuchergruppen nahmen rund 1.130 Bürgerinnen und Bürger an weiteren Veranstaltungen des Parlaments teil: Vorträge, Tag der offenen Türen oder öffentlich zugängliche Ausschusssitzungen.

Die Demokratiefabrik

Das Parlament hat im Vergleich zur Sitzungsperiode 2016-2017 circa 600 Schüler und Studenten zusätzlich empfangen. Grund für diese Entwicklung ist die im September 2017 eröffnete Ausstellung „Demokratiefabrik“.

Besuchergruppen im Parlament





Die Demokratiefabrik wurde in Anwesenheit von **Luc Tayart de Borms, Geschäftsführer der König-Baudouin-Stiftung, offiziell eröffnet**

„Mitmachen statt motzen“, heißt die Devise der pädagogischen Angebote des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Interaktivität und Dialog zwischen den Teilnehmern stehen bei allen Angeboten im Vordergrund. Die interaktive Ausstellung „Demokratiefabrik“ fordert Reaktionen junger Menschen zu unterschiedlichen Themen wie Identität, bürgerschaftliches Engagement, Diskriminierung, Moral, Diversität oder auch Demokratie heraus. Vorurteile werden infrage gestellt, Meinungen und Positionierungen dazu werden erwartet. Die Ausstellung bietet eine Plattform, über gewisse Themen erstmals und in begleiteter Form nachzudenken und aufkeimende Vorurteile zu überdenken. Die Bürger von morgen eignen sich Wissen und Engagement in Eigenerarbeitung an. Ziel der Ausstellung ist, auf präventive Art Vorurteilen vorzubeugen, statt sie nur zu konsumieren.

Dialogklassen

Der Flämische Gemeinschaftsrat Brüssel und das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisieren jedes Jahr abwechselnd das Schülerprojekt „Dialogklassen“. Eine Schulklasse des Athenäum Karel Buls Brüssel trifft auf eine Klasse der Bischöflichen Schule St. Vith. In gemeinsamen Animationen lernen sie das gastgebende Parlament kennen, erfahren mehr über den belgischen Staatsaufbau und diskutieren über Themen, die sie betreffen und interessieren. Dieses Jahr fanden die Dialogklassen in der Rue du Lombard in Brüssel statt. Gemeinsam erarbeiteten die Schüler Fragen an die Politik. Dabei wurde schnell festgestellt, dass die Bedürfnisse der Brüsseler sich von denen der Sankt Vith unterschieden (z. B. Thema Mobilität in der Stadt und in ländlicher Gegend oder auch Thema Internetverbindung), was zu einem sehr interessanten Austausch geführt hat. Die erarbeiteten Themenblöcke und Fragen richteten die Schüler am zweiten Tag des Projekts an Parlamentspräsident Alexander Miesen, an die Vorsitzende des Flämischen Gemeinschaftsrates, Carla Dejonghe, und an die anwesenden Abgeordneten des Hauses. Die Politiker hatten ein offenes Ohr für die Belange der Jugend und es entstand ein interessanter Dialog.

BESONDERE GÄSTE IM PARLAMENT

Auch in der vergangenen Sitzungsperiode konnten im Parlament einige ranghohe Gäste begrüßt werden:

25. Juni 2018 – Mit Siegfried Bracke war erstmals ein **Präsident der belgischen Abgeordnetenkammer** zu Gast in der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Vormittags besuchte er das Geschichtsmuseum „Zwischen



Die Jugendlichen der BS Sankt Vith und die Brüsseler Schüler



Besuch des Sankt Vithers Museums
Zwischen Venn und Schneifel

Venn und Schneifel“ und anschließend den Sozialbetrieb „Dabei“ in St. Vith. Nachmittags tauschte er sich mit den Mitgliedern des Ausschusses I für allgemeine Politik über die Entwicklung des Bundesstaates und des Autonomiestatuts der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus. Im Anschluss stellte er der Plenarversammlung seine Sichtweise in Bezug auf verschiedene gesellschaftspolitische Themen vor.

18. Juni 2018 – Die **Britische Botschafterin**, Alison Rose, weilte zu einer Kurzvisite im Parlament. Sie war zu einem Austausch mit den Mitgliedern des Ausschusses I für allgemeine Politik zusammengetroffen. Thema des Austauschs war der Brexit und die Folgen für die Zusammenarbeit.



Die Britische Botschafterin Alison Rose im Ausschuss I

23. April 2018 – André Kuper, **Vorsitzender des Landtags Nordrhein-Westfalen**, stattete der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Besuch ab. Auf dem Tagesprogramm stand ein Austausch zum Thema Politische Bildung, der Besuch der Tagesstätte Hergenrath und des Wertstoffhofes Rcycl. In seiner Abschlussrede vor der Plenarversammlung ging Kuper auf die guten nachbar-



André Kuper
im Plenarsaal

lichen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein.



Alexander Miesen, Patricia Creutz-Vilvoye und Thomas Antoine

16. April 2018 – Thomas Antoine, **Generalsekretär der Benelux-Union**, stattete dem Parlament einen kurzen Besuch ab, bevor er zur Vorbereitung eines Festakts der Benelux-Union zum Robert-Schuman-Institut Eupen ging. Unter Vermittlung der Vertreterin des Parlaments im Benelux-Rat wurde eine Klasse des RSI in den am 6. Juni 2018 in Brüssel stattfindenden Festakt einbezogen. Die Schüler durften vor den Staatsoberhäuptern aus Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ihr Projekt zur Nachhaltigkeit in der Schule vorstellen.

PARLAMENT INTERREGIONAL UND INTERNATIONAL

ZUSAMMENARBEIT DER PARLAMENTE IN BELGIEN

Die Konferenz der belgischen Parlamentspräsidenten

In regelmäßigen Abständen treffen sich die Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, des Senats und der verschiedenen Regional- und Gemeinschaftsparlamente, um über die Zusammenarbeit in parlamentarischen Fragen zu beraten. In der Sitzungsperiode 2017-2018 fanden insgesamt 5 dieser Konferenzen statt. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft war jeweils durch den Parlamentspräsidenten und den Greffier vertreten.

Im Rahmen dieser Versammlungen wurden in erster Linie Fragen zum Statut der Parlamentarier und zur parlamentarischen Arbeitsweise besprochen: Harmonisierung der Regelung zu den Austrittsentschädigungen, Einführung eines Sozialstatuts für Parlamentarier, Vorgehensweise bei Anfragen zur Aufhebung der parlamentarischen Immunität, Kommunikation über die entschuldigte Abwesenheit von Parlamentariern, Vertretung der verschiedenen Parlamente in internationalen Gremien usw.

Als Reaktion auf die Affären „Publifin“ und „Samusocial“ einigten sich die Parlamentspräsidenten auf eine Reihe von Maßnahmen, die die Transparenz und die Kontrolle der Einkünfte öffentlicher Amtsträger verbessern soll. In diesem Zusammenhang wurden insbesondere dem Rechnungshof größere Befugnisse eingeräumt.

Im Hinblick auf die anstehenden Lokalwahlen im Oktober 2018 vereinbarten die Parlamentspräsidenten darüber hinaus gemeinsame Verhaltensregeln, die den Ministern und den Parlamentspräsidenten während der Vorwahlzeit eine gewisse Zurückhaltung bei öffentlichen Mitteilungen auferlegen. Dazu wurden zwei Zusammenarbeitsprotokolle unterzeichnet.

Interparlamentarischer Dialog zur Klimapolitik

Im Januar 2017 trafen sich Vertreter aller gliedstaatlichen Parlamente, um über mögliche bzw. notwendige Zusammenarbeit auszutauschen. Bei diesem Treffen wurde u. a. vorgeschlagen, einen interparlamentarischen Dialog unter Regionalparlamenten, Vertretern der Kammer sowie des Senats zur Klimapolitik zu organisieren. Auch

das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft beteiligte sich an diesem Dialog.

Die Treffen machten deutlich, dass aufgrund der inner-belgischen Zuständigkeitsverteilung eine verstärkte Zusammenarbeit aller Parlamente und Regierungen des Landes erforderlich ist, um dem Klimawandel entgegenzutreten bzw. die diesbezüglichen internationalen Entwicklungen mitzugestalten und daraus erwachsende Verpflichtungen umzusetzen. So wurde im Rahmen des Dialogs eine Erklärung zur 23. Konferenz der Vereinten Nationen über den Klimawandel – der sogenannten COP23 – im November 2017 in Bonn erarbeitet, mit Blick auf die Umsetzung der auf dem Klimagipfel von Paris (COP21) im Dezember 2015 beschlossenen Ziele. Derzeit berät man über eine Resolution an die föderale sowie gliedstaatlichen Regierungen in Vorbereitung auf die COP24 im Dezember 2018 in Kattowitz. Ein zentrales Element dieser Resolution wird die Forderung sein, die Initiativen im Bereich der Klimapolitik so anzupassen, dass die in Paris 2015 beschlossenen Ziele erreicht werden.

Französische Gemeinschaft

Nachdem im Mai bzw. Juni 2017 Treffen mit den für die Zusammenarbeit zuständigen Ausschüssen des wallonischen bzw. des flämischen Parlaments stattgefunden hatten, war im Februar 2018 der Ausschuss für Zusammenarbeit des Parlaments der Französischen Gemeinschaft zu Gast in Eupen. Zunächst berichteten die Regierungsvertreter über die Ausführung des Zusammenarbeitsabkommens zwischen den beiden Gemeinschaften; bei den anschließenden Beratungen wurde insbesondere über den Lehreraustausch diskutiert: Hier soll geprüft werden, wie weitere Anreize geschaffen werden können, damit sich mehr Lehrkräfte als bislang finden, die als Muttersprachler (native speakers) über ein Schuljahr hinweg in der anderen Sprachgemeinschaft unterrichten.

Ganz praktisch ging der Austausch mit einem Besuch der Gemeinsamen Grundschule Bütgenbach weiter. Vom inklusiven Ansatz der Schule im Rahmen einer kooperativen Trägerschaft von Gemeinde und Zentrum für Förderpädagogik waren die Gäste beeindruckt und sahen darin die Grundlagen für eine solidarische Gesellschaft gelegt. Man war sich einig, dass dies kompetentes und engagiertes Personal erfordert – wovon sich alle Abgeordneten vor Ort überzeugen konnten.

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT VON PARLAMENTEN

Deutsch-Österreichische Konferenz der Landtagspräsidenten

Am 26. und 27. November 2017 trafen sich die deutschen und österreichischen Landtagspräsidenten zu einer Europakonferenz in Brüssel. Seit Juni 2017 nimmt auch der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft an diesen Konferenzen als Beobachter teil.

Wie der Name bereits vermuten lässt, stand die Konferenz in Brüssel ganz im Zeichen der Europapolitik. Zunächst informierten sich die Präsidenten über die neuesten Entwicklungen auf europäischer Ebene. Dazu fanden Gespräche mit dem EU-Kommissar Johannes Hahn, dem Kabinettschef des EU-Kommissionspräsidenten, Martin Selmayr, und dem Präsidenten des Europäischen Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, statt.

Zum Abschluss der Konferenz verabschiedeten die Landtagspräsidenten eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft Europas, in der Richtlinien für die künftige Ausrichtung der Europäischen Union formuliert wurden, die aus Sicht der Regionalparlamente prioritär zu berücksichtigen sind. Das Subsidiaritätsprinzip spielt dabei eine entscheidende Rolle: Die Europäische Union soll sich künftig nur um die Bereiche kümmern, für die durch eine gemeinsame europäische Politik ein substanzieller Mehrwert gegenüber nationalen, regionalen oder lokalen Regelungen entsteht.

Darüber hinaus sprachen sich die Landtagspräsidenten für eine Stärkung der Mitspracherechte der Regionen aus. Dazu enthält die Erklärung einer Reihe von konkreten Forderungen, wie den Ausbau des Subsidiaritätsfrühwarnsystems, eine akkurate Berücksichtigung der Stellungnahmen der Landtagsparlamente durch die EU-Kommission, institutionalisierte Konsultationen der gesetzgebenden Körperschaften auf subnationaler Ebene sowie die Stärkung der Rolle des Ausschusses der Regionen.

Zur Untermauerung und Konkretisierung ihrer Wünsche forderte die Konferenz abschließend, dass die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungshoheit in der von Jean-Claude Juncker eingesetzten Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit mit einem Abgeordneten vertreten sind.

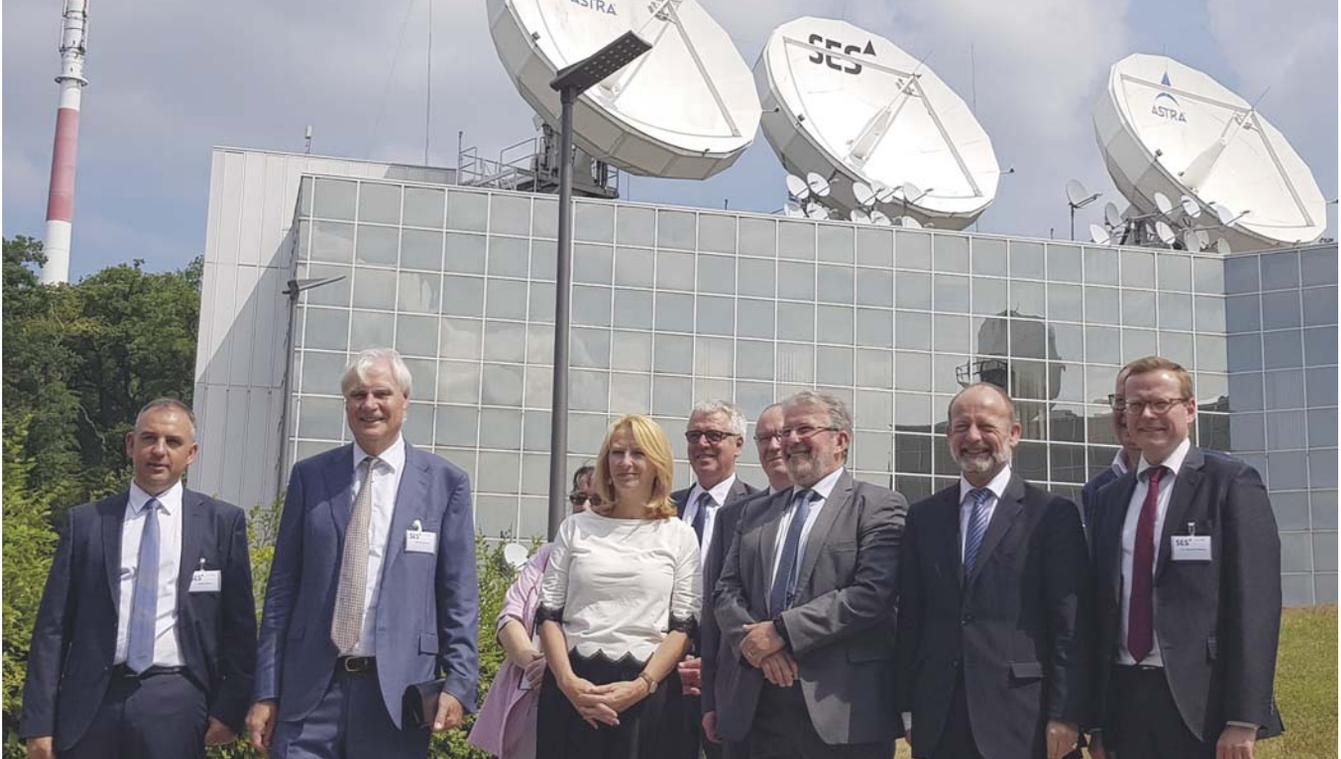
Konferenz der Präsidenten der Deutschsprachigen Parlamente

Auf Einladung des Vorsitzenden der luxemburgischen Abgeordnetenkammer, Mars Di Bartolomeo, trafen sich die Parlamentspräsidenten der deutschsprachigen Länder am 20. und 21. Juli 2018 in Luxemburg zu einem informellen Meinungsaustausch über die Herausforderungen der Digitalisierung für die parlamentarische Demokratie. Neben dem Präsidenten des deutschen Bundestags, Wolfgang Schäuble, der 2. Präsidentin des österreichischen Nationalrats, Doris Bures, und dem Präsidenten des schweizerischen Nationalrats, Dominique De Buman, nahm auch Parlamentspräsident Alexander Miesen als Vertreter Belgiens an diesem Treffen teil. Die Konferenz ist eine Plattform, die den interparlamentarischen Austausch fördert.



Blick in die Arbeitssitzung der D-AU-Konferenz im AdR

Quelle: niederösterreichischer Landtag



Im Rahmen der Konferenz besuchten die Präsidenten das Unternehmen SES (Société européenne des satellites), den weltweit größten privaten Betreiber von Satelliten

Quelle: luxemburgische Abgeordnetenkammer

Die Parlamentspräsidenten stellten im Rahmen des Informations- und Meinungsaustauschs mit Fachleuten fest, dass die Digitalisierung sowohl Chancen als auch Risiken für die repräsentative Demokratie birgt. Auf der einen Seite eröffnet die Digitalisierung neue und vielfältige Möglichkeiten der Information und der Beteiligung, nicht auch zuletzt in Bezug auf die Kommunikation zwischen den Bürgern und ihren parlamentarischen Vertretern. Auf der anderen Seite ist die Gefahr einer zusehends fragmentierten und polarisierenden öffentlichen Meinung, bei der nicht die Qualität, sondern die Popularität im Vordergrund steht, nicht zu vernachlässigen. Die Parlamentspräsidenten waren sich darin einig, dass es kein Patentrezept zur Bewältigung der Herausforderungen gibt, die sich für die parlamentarische Demokratie durch die Digitalisierung ergeben. Die Präsidenten hoben in diesem Zusammenhang die Bedeutung von politischer Bildung und Vermittlung von Medienkompetenz hervor. Formen der digitalen Beteiligung seien darüber hinaus nur dann zielführend, wenn sie an die Meinungs- und Entscheidungsprozesse der parlamentarischen Demokratie gekoppelt sind und die Politik die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen ernst nimmt. Das im deutschen Bundestag und in der Luxemburger Abgeordnetenkammer eingeführte Instrument der öffentlichen E-Petition ist in diesem Sinne ein interessanter Ansatz.

In Bezug auf die Einführung digitaler Wahlen und Bürgerbefragungen wurde ein ähnlicher Zwiespalt festgestellt: Die Nutzung digitaler Instrumente vergrößert zwar einerseits die Barrierefreiheit, was zu einer höheren Bürgerbeteiligung führen kann. Andererseits müssen in Bezug auf die Authentizität, die Geheimhaltung und die Nachvollziehbarkeit der Stimmabgabe Garantien eingebaut sein, die eine Manipulation oder Verfälschung

ausschließen. Parlamentspräsident Alexander Miesen berichtete in diesem Zusammenhang von den langjährigen und teils kontroversen Erfahrungen, die man in Belgien mit der elektronischen Wahl gesammelt hat.

CALRE

Die CALRE existiert seit nunmehr 20 Jahren und ist die Konferenz der Präsidenten der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union. Die CALRE gilt als Sprachrohr der europäischen Regionalparlamente mit Gesetzgebungsbefugnis. Ihr sind insgesamt 74 Regionalparlamente aus 8 Ländern der EU angeschlossen: die Parlamente der Autonomen Gemeinschaften Spaniens, die Italienischen Regionalräte, die Gemeinschafts- und Regionalparlamente Belgiens, die österreichischen und deutschen Länderparlamente, das autonome Parlament der Ålandinseln (Finnland), die regionalen Versammlungen der Azoren und Madeiras (Portugal) sowie die Parlamente von Schottland, Wales und Nordirland (Vereinigtes Königreich).

Am 9. und 10. November 2017 fand die jährliche Plenarsitzung der CALRE im Parlament Andalusiens, in Sevilla, statt. Die CALRE äußerte sich zur Rolle der Regionalparlamente und zum Weißbuch über die Zukunft der Europäischen Union. Die diesjährige Abschlusserklärung der Plenarversammlung der CALRE wiederholte den bereits in der Vergangenheit formulierten Wunsch nach einem stärkerem Mitspracherecht der Regionalparlamente, wenn es darum geht, die Weichen für die künftige Gestaltung der Europäischen Union zu stellen.

Neben diesem – beinahe schon traditionell – vorgebrachten Wunsch nach mehr Mitspracherecht ging die Sevilla-Erklärung auch auf weitere Themen der politischen Aktualität ein, so wie der „Brexit“, der Flüchtlings-



Am Rande der Plenarversammlung unterhielt sich Parlamentspräsident Alexander Miesen mit dem 1.Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Reinhold Bocklet, und dem Direktor des Landtags Salzburg, Dr. Wolfgang Kirchtag

strom, die Sicherheitspolitik, der Klimawandel und die Gleichbehandlung von Mann und Frau.

Neben der traditionellen Schlusserklärung verabschiedete die CALRE auch eine Resolution zum Weißbuch der EU-Kommission zur Zukunft der Europäischen Union. Darin begrüßte sie den von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dazu angestoßenen Diskussionsprozess und erklärt sich zur aktiven Mitwirkung bereit.

In dieser Hinsicht sprach sich die CALRE für eine konsequente Fortführung der Kohäsionspolitik aus, die für die sozioökonomische Entwicklung der lokalen und regionalen Ebene von großer Bedeutung ist. Darüber hinaus befürwortete die CALRE den Ausbau der repräsentativen Demokratie in der Europäischen Union und forderte eine aktive Beteiligung der europäischen Bürger am Gesetzgebungsverfahren.

Schließlich forderte die CALRE ein sozialeres Europa, das – gestützt durch eine stabile Wirtschafts- und Währungspolitik – zu mehr Arbeit und mehr Jobs führt.

Die Handlungsfelder der CALRE werden im Vorfeld in den verschiedenen Arbeitsgruppen der CALRE diskutiert. Präsident Alexander Miesen ist derzeit in zwei Arbeitsgruppen aktiv: in der Arbeitsgruppe „Subsidiarität“, geleitet von Reinhold Bocklet, Vorsitzender des Bayerischen Landtags, und in der Arbeitsgruppe „Interaktive Demokratie“, geleitet von André Antoine, Vorsitzender des Wallonischen Parlaments.

Seit dem 1. Januar 2018 hält die Autonome Region der Azoren mit der Präsidentin Ana Luísa Pereira Luís den Vorsitz der CALRE. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat seinerseits für das Jahr 2018 den Vorsitz der belgischen Delegation übernommen. Präsident Alexander Miesen hat in dieser Funktion an allen vorbereitenden Sitzungen des Ständigen Ausschusses der CALRE teilgenommen und koordiniert die Kommunikation zwischen der CALRE und den belgischen Regional- und Gemeinschaftsparlamenten.

IPR

Der Interregionale Parlamentarierrat der Großregion, IPR, wurde am 16. Februar 1986 von den Präsidenten der Parlamente der Großregion gegründet. Vertreten sind die französische Region „Grand Est“, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland sowie Wallonien und, seit 2007, die Französische Gemeinschaft Belgiens und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist durch die Abgeordneten Alexander Miesen und Patricia Creutz-Vilvoye als effektive Mitglieder sowie durch Karl-Heinz Lambertz und Lydia Klinkenberg als stellvertretende Mitglieder vertreten.

Ziel des IPR ist es:

- die ökonomische, soziale und kulturelle Rolle der Großregion durch enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Regionen zu fördern,
- zu einer Perspektive der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Kompetenzbereichen der einzelnen Regionen beizutragen.

Die Mitglieder des IPR kommen jährlich zweimal zu Plenarsitzungen zusammen, um über Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu beraten und um Empfehlungen anzunehmen, die von den Arbeitsausschüssen des IPR vorgelegt und anschließend an die Exekutiven weitergeleitet werden.

Unter Vorsitz des Luxemburger Parlamentspräsidenten, Mars Di Bartolomeo, versammelten sich die Mitglieder des IPR am 1. Dezember 2017 und am 1. Juni 2018, um folgende Empfehlungen zu diskutieren und zu verabschieden.

1. Dezember 2017 in Luxemburg:

- Empfehlung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitssektor;
- Empfehlung zum Thema Milchmarkt in der Großregion;
- Empfehlung zur Vermittlung der Sprache des Nachbarn Deutsch und Französisch entlang der deutsch-französischen Sprachgrenze in der Großregion und in der Oberrheinregion.

1. Juni 2018 in Luxemburg:

- Empfehlung über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Digitalisierung in der Großregion;
- Empfehlung betreffend die Entwicklung eines gemeinsamen Kommunikationsraumes in der Großregion fördern – das Projekt „Media & Me“ des MedienNetzwerks SaarLorLux fortführen;
- Empfehlung betreffend „Fuel Dumping“ bei Flugzeugen;
- Empfehlung über invasive Pflanzen- und Tierarten in der Großregion;
- Empfehlung zur Problematik des Wohnungsmarktes in der Großregion.

Die am 1. Dezember 2017 verabschiedete Empfehlung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Ge-



Gruppenfoto der Teilnehmer im Anschluss an die Plenarsitzung des IPR vom 1. Dezember 2017

Quelle: luxemburgische Abgeordnetenkammer

sundheitssektor geht auf eine gemeinsame Initiative von Parlamentspräsident Alexander Miesen und seinem Kollegen aus dem Kreis Bitburg-Prüm, Nico Steinbach, zurück. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die Krankenhäuser von St. Vith und Prüm zwar enger zusammenarbeiten möchten, die Umsetzung entsprechender Kooperationsprojekte angesichts der rechtlichen, finanziellen und administrativen Hürden aber schwierig bleibt.

In der Empfehlung wird zunächst grundsätzlich festgehalten, dass allen Einwohnern der Großregion ein garantierter Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung zugesichert werden muss. Dazu gehört auch, dass die Bürger der Grenzregionen auf das medizinische Angebot im Nachbarland zurückgreifen können, nicht zuletzt auch – wie in Ostbelgien –, um eine Versorgung in der Muttersprache in Anspruch zu nehmen.

Die IPR-Plenarversammlung ruft u. a. dazu auf, die im Gesundheitssektor tätigen Behörden und privaten Akteure für die besonderen Belange der Grenzregionen im Hinblick auf eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu sensibilisieren und den Abschluss entsprechender Kooperationsvereinbarungen zu fördern.

Die Empfehlungen werden im Hinblick auf ihre Umsetzung an die jeweiligen Regierungen der Partnerregionen übermittelt.

Die integralen Texte der Empfehlungen findet man auf der Website des IPR, www.cpi-ipr.com.

BENELUX-Parlament

Das Benelux-Parlament ist eines der fünf Gremien der Benelux-Union (neben Ministerrat, Rat der hohen Beamten, Generalsekretariat und Gerichtshof).

Es ist ein beratendes Organ und kann in diesem Sinne informierend, beratend und stimulierend auf den entscheidungsbefugten Ministerrat einwirken.

Dazu kann es Stellungnahmen oder Empfehlungen zu folgenden Themenbereichen an die drei Regierungen der Mitgliedsländer richten:

- Verwirklichung und die Arbeitsweise der Wirtschaftsunion zwischen den drei Staaten;
- kulturelle Annäherung zwischen den drei Staaten;
- Zusammenarbeit der drei Staaten in Bezug auf die Außenpolitik;
- Vereinheitlichung des Rechts in den drei Staaten;
- (mit der Zustimmung der drei Regierungen) jede andere Frage von gemeinsamen Interesse.

In der Sitzungsperiode 2017-2018 fanden drei Plenarsitzungen des Benelux-Parlaments statt. Die Plenarversammlung verabschiedete Empfehlungen zu folgenden Themen:

24. und 25. November 2017:

- Bahnverbindung im Benelux und in Nordrhein-Westfalen und Programm EurekaRail;
- Störfallmanagement in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit;
- nachhaltige Mobilität;
- soziale Rechte der grenzüberschreitenden Arbeitnehmer.

23. und 24. März 2018:

- Anerkennung der beruflichen Qualifikationen

15. und 16. Juni 2018:

- Förderung des Gütertransports im Schienenverkehr im Benelux;
- autonome Fahrzeuge;
- polizeiliche Zusammenarbeit im Rahmen der grenzüberschreitenden Drogenproblematik;
- Arzneimittel für seltene Leiden.

Oktober 2017 – Benelux-Tagung

Am 6. Oktober 2017 tagte im Plenarsaal das Benelux-Parlament. Themenschwerpunkt der grenzüberschreitenden Versammlung war die Anerkennung von Diplomen in Ausbildungsberufen.



Quelle: Belgischer Senat

Parlamentsmitglied Patricia Creutz überreicht Karl-Heinz Lambertz den Benelux-Award 2018

Benelux-Award

Jährlich wird der Benelux-Award des Benelux-Parlaments an Persönlichkeiten verliehen, die sich durch ihr herausragendes Engagement besonders für die Stärkung der politischen Zusammenarbeit zwischen den Benelux-Staaten eingesetzt haben.

Dieses Jahr durfte Patricia Creutz-Vilvoye, Vertreterin des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Benelux-Parlament, diesen Preis Karl-Heinz Lambertz überreichen.

Neben Karl-Heinz Lambertz wurden ebenfalls die drei Premierminister der Benelux-Länder, Charles Michel, Mark Rutte und Xavier Bettel mit dem Preis ausgezeichnet.

Delegationsreisen 2017/2018

Studienreisen nach Südtirol

Gleich zweimal in der Sitzungsperiode 2017-2018 besuchte eine Delegation der Deutschsprachigen Gemeinschaft die befreundete Partnerregion Südtirol.

Im Oktober 2017 nahm Parlamentspräsident Alexander Miesen an einer von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten Studienfahrt teil. Schwerpunkt des Meinungsaustauschs mit Vertretern der Südtiroler Landesregierung waren die regionale Energiepolitik, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, die Nachhaltigkeit in Sachen Mobilität, Tourismus und Landwirtschaft sowie die Zukunft der europäischen Förderprogramme. Parlamentspräsident Miesen informierte sich zudem über den in Südtirol angestoßenen Bürgerdialog.

Eine größere Delegation des Parlaments stattete Südtirol dann im April 2018 einen weiteren Besuch ab. Zunächst tauschten sich die Delegationsteilnehmer mit ihren Kollegen des Südtiroler Landtags über die parlamentarische Arbeitsweise aus. Im Rahmen eines Gesprächs mit den Fraktionsvorsitzenden wurde zudem die Frage der grenzüberschreitenden Ausbildung im Rahmen der Zusammenarbeit mit ausländischen Universitäten angesprochen. Im weiteren Verlauf des Besuchs informierte sich die Delegation über die Minderheitenpolitik Südtirols und des italienischen Staates, über das Zusammenleben der verschiedenen Sprachgruppen und die Förderung der Mehrsprachigkeit. Im Anschluss trafen die Delegationsteilnehmer mit Vertretern des südtiroler Gemeindeverbandes zusammen, um über die Organisation der Gemeinden auszutauschen. Ein Besuch der Gemeinde Sarntal und der dort in Eigenregie verwirklichten Projekte zur Aufrechterhaltung der Dorfgemeinschaften rundete die Reise ab.



Meinungsaustausch zwischen der Delegation des Parlaments und den Fraktionsvorsitzenden des Südtiroler Landtags über das Autonomiestatut

Quelle: Südtiroler Landtag



© Cour grand-ducale

Am Rande des Besuchs wurde Parlamentspräsident Alexander Miesen von Großherzog Henri im großherzoglichen Palast empfangen

Besuch des Großherzogtums Luxemburg

Auf Einladung des luxemburgischen Parlamentspräsidenten besuchte eine Delegation des Parlaments im Januar 2018 das benachbarte Großherzogtum. Zunächst stand ein ausführlicher Meinungsaustausch mit den Kollegen der Luxemburger Abgeordnetenkammer über Fragen der parlamentarischen Arbeitsweise auf dem Programm. Besonders interessant waren in diesem Zusammenhang die Ausführungen über das erweiterte Petitionsrecht, das es den Bürgern erlaubt, ihre Anliegen im Parlament zu thematisieren. Im Anschluss wurde Par-

lamentspräsident Alexander Miesen vom Großherzog Henri zu einer persönlichen Audienz empfangen.

Darüber hinaus traf die Delegation mit einer Reihe von Regierungsvertretern zusammen, um verschiedene Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu besprechen: euregionale Zusammenarbeit und EU-Förderprogramme, grenzüberschreitende Mobilität zwischen Eifel und Großherzogtum, Entwicklung des ländlichen Raumes und lokale Demokratie, Fachkräftemangel und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt sowie grenzüberschreitende Ausbildung und Zugang zu medizinischen Studiengängen im Ausland. Schließlich besuchte die Delegation den Europäischen Gerichtshof, um sich im Rahmen eines Gesprächs mit dem Präsidenten, Koen Lenaerts, und dem Generalanwalt, Melchior Wathelet, über die Arbeit des Hofes und dessen Kooperation mit den nationalen Gerichten zu informieren.

Besuch des Hessischen Landtags

Ähnliche Schwerpunkte standen auf dem Programm einer Studienreise zum Hessischen Landtag im Februar 2018. In einem Gespräch mit Landtagspräsident Norbert Kartmann und Vertretern der Landtagsdirektion wurden „best practices“ in Bezug auf die parlamentarische Arbeitsweise ausgetauscht. Dabei standen – wie auch schon beim Besuch in Luxemburg – die verschiedenen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung im Vordergrund. Von hessischer Seite wurde in diesem Zusammenhang das dort entwickelte Petitionsrecht vorgestellt. In diesem Rahmen wurden auch die politische Bildung und die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente thematisiert. Schließlich folgte ein Austausch über die Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels mit dem zuständigen Staatssekretär.



Informationsaustausch zwischen der Delegation des Parlaments und der Direktion des Hessischen Landtags zur parlamentarischen Arbeitsweise

Quelle: hessischer Landtag

BÜRGERDIALOG

Am Ende der Sitzungsperiode 2016-2017 fasste das Parlament die Entscheidung, in Ostbelgien einen Bürgerdialog zu initiieren. Bürgerinnen und Bürger sollen an wichtigen Themen des gesellschaftlichen Lebens mitarbeiten und gemeinsame Vorstellungen in Form einer sogenannten Bürgeragenda entwickeln. Thema sollte die Kinderbetreuung sein.

Am 16. und 30. September 2017 haben rund 25 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger ihre Freizeit genutzt, um im Parlament gemeinsam über das Thema Kinderbetreuung auszutauschen, mit von ihnen selbst ausgewählten Experten zu beraten und – möglichst im Konsens – Empfehlungen an die Politik zu formulieren. Am 14. Oktober 2017 wurde in einer Abschlusskonferenz Fazit gezogen und eine Bürgeragenda vorgestellt.

„Das Wohl des Kindes“, heißt das grundsätzliche Ziel, das den Bürgerinnen und Bürgern am Herzen lag. Sie haben diesem Ziel ein ganzes Kapitel gewidmet. Eins ist sicher, die Familie und die Anbindung an die Familie blei-



Die Teilnehmer des ersten Bürgerdialogs im Parlament



ben im Fokus des Interesses. „Kinder brauchen Schutz und Sicherheit“, ist eine der wichtigen Feststellungen.

In drei Teilen befasst sich die Agenda im Anschluss mit den Umsetzungsoptionen: Kinderbetreuungsoptionen, Organisation der Kinderbetreuung und Förderung und Finanzierung. Die zum Teil sehr konkreten Vorschläge der Bürger umfassen Empfehlungen zum Statut der Tagesmütter, zur Einrichtung eines Kinder- und Familien-Info-Telefons und zur weiteren Vernetzung aller mit der Kinderbetreuung befassten Einrichtungen. Es soll für El-

tern, werdende Eltern und alle Interessenten einfacher werden, an Information zu kommen.

Das Parlament hat mit dem ersten Bürgerdialog die direkte Nähe zu und den Austausch mit den Bürgern verstärkt. Die positiven Erfahrungen dieser Bürgerwerkstatt haben sowohl Parlament als auch Regierung dazu veranlasst, über weiterführende Modelle der partizipativen Demokratie nachzudenken.

Der vollständige Text der Bürgeragenda ist im Anhang zu vorliegendem Bericht aufgeführt.

ANLAGE 1

BÜRGERAGENDA

ZUR KINDERBETREUUNG IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Resultate des Bürgerdialogs
Bürgerwerkstätten 16. und 30. September 2017
Abschlusskonferenz 14. Oktober 2017

Bürgeragenda

Inhaltsverzeichnis:

- a) Unser grundsätzliches Ziel der Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: das Wohl des Kindes stärken
Generelle Empfehlungen zum Wohl des Kindes
 - b) Empfehlungen zu den Hauptanliegen
 1. Kinderbetreuungsoptionen
Empfehlungen zu den Betreuungsoptionen
 2. Organisation der Kinderbetreuung
Empfehlungen zur Organisation und Vernetzung der Betreuungsangebote
 3. Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung
Empfehlungen zur Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung – staatliche Förderung und Integration
- Lernerfahrungen und Empfehlungen
- Annex
- a) Prozessbeschreibung und Rahmenbedingungen
Prozessüberblick
Rollen und Verantwortungen
Expertenanhörungen (Bürgerwerkstatt 2)
 - b) Formulierung von politischen Empfehlungen – Anregung der Moderatorin
 - c) Die Zusammensetzung der Bürgergruppe
 - d) Botschaft des Parlamentspräsidenten

Bürgeragenda

a) Unser grundsätzliches Ziel der Kinderbetreuung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft: das Wohl des Kindes stärken

Kinder brauchen Freude an ihrer und Vertrauen in ihre Lebenssituation. Sie sollten ein Umfeld haben, das ihre Bedürfnisse gut in alle Abläufe integriert hat, sie anspricht und fördert und ihre Ruhezeiten achtet. Ihr Umfeld soll ihre Bemühungen zum Nach- und Mitmachen gut aufnehmen und daraus gute Erlebnisse wachsen lassen. Kinder brauchen Raum zu Selbstverantwortlichkeit über Spiel oder Tätigkeit, Bemühung oder Entspannung.

Kinder werden ohne Verantwortung oder Zutun in eine Zeit und eine Umwelt hineingeboren. Die Familien, die die Kinder erziehen, können heute sehr unterschiedlich sein: Mutter-Vater-Beziehungen, Alleinerziehende und andere mehr. Wir haben allgemein festgestellt, dass es einen großen Zusammenhang gibt zwischen dem Wohlergehen des Kindes und dem der Familie: Eine Voraussetzung für das Wohlergehen des Kindes ist es, dass es den Eltern gut geht.

Die jungen Personen, die nun gemeinsam mit einem oder mehreren Kindern einen gangbaren Weg für sich und ihre Familie erfinden müssen, stehen oft unter hohem Erwartungs- und Erfolgsdruck. Die Berufstätigkeit beider Elternteile, unterbrochen von zu kurzer Babypause, wird oft vorausgesetzt und verlangt, ebenso unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitflexibilität. Überforderung und Arbeitslosigkeit führen zu wirtschaftlichen Zwangslagen, Krisen schütteln junge Existenzen, manche verlieren die Orientierung in widerstreitenden Anforderungen. Regelmäßiger Stress, Burnout, Depression usw. sind schwerwiegende Folgen – auch für die Kinder.

Kinder brauchen Schutz und Sicherheit, aufnahmebereite und zugewandte Bezugsperson(en), die freundlich und entgegenkommend auf kindliche Bedürfnisse und Impulse reagieren. Sie sollten selbstverständliche Vertrauenswürdigkeit ausstrahlen, dem Kind und sich selbst gut zu helfen wissen beim gemeinsamen Gang durch auch kindgerecht strukturierte Tagesabläufe.

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es zu Hause betreuten Kindern nicht besser oder schlechter gehen muss, als wenn sie außerhalb betreut werden. Die fami-

liären Bezugspersonen und das häusliche Wohlbefinden haben jedoch den wichtigsten und dauerhaftesten Einfluss auf das Kindeswohl. So bleibt die Familie immer der Aufgangspunkt aller Entwicklung.

Das erste Lebensjahr ist sehr wichtig für die Mutter-Kind-Bindung. Eine einjährige Babypause soll dies fördern. In den ersten drei Lebensjahren ist die Entwicklung des kindlichen Gehirns erstaunlich: Es vervielfacht sich ständig. Z. B. wächst die Synapsenbildung von 2.500 bei der Geburt auf 15.000 Synapsen mit einem Jahr. Mit Zwei hat das Kindergehirn so viele Synapsen wie ein Erwachsener, mit Drei doppelt so viele. Bis zum Alter von Zehn werden diese wieder auf die Erwachsenenmenge abgebaut. Verantwortlich für Entfaltung und Festigung der frühkindlichen Potenziale ist weitgehend die erwachsene Umwelt. (Sachinformationen aus Wikipedia)

Generelle Empfehlungen zum Wohl des Kindes

Im weiteren Papier werden konkretere Empfehlungen formuliert. Mit den generellen Empfehlungen wird vor allem die grundsätzliche Haltung der Bürgergruppe zum Thema sichtbar.

Im Licht der Qualität einer Kinderbetreuung erscheint im Masterplan die Frage nach der Mengenbedarfsdeckung vorgezogen; Kindeswohlfragen werden dort nicht behandelt, sondern scheinbar vorausgesetzt. Insoweit fehlt uns die Einbeziehung und Anerkennung der Kindesbedürfnisse als qualitative Beschreibung des Geplanten.

Wir unterstützen die weitere Bedarfsdeckung der außerschulischen Betreuung (Aube) bis 2025. Sorge macht uns allerdings die Frage, ob jeder weitere Bedarf gedeckt werden kann, insbesondere wenn neuer Bedarf geweckt wird, ohne auch die familiäre Selbstverantwortung zu unterstützen. Der Bedarf vor sieben und nach achtzehn Uhr kann plausibel sein, kann kindgerecht sein bei entsprechenden Anpassungen der Familie, wirkt aber auch als Alarmsignal. Es wird unten empfohlen, dass Konzepte öffentlich geförderter Betreuung auf ein zeitliches Maximum täglich begrenzt werden (Schule einbegriffen). Zeitweilig sollen Ausnahmen bei deutlich erhöhtem Elternbeitrag zugelassen werden.

In der außerschulischen Betreuung sollte kindgerechte und persönliche Entwicklung gefördert werden. Ausreichend Freizeit, Bewegung und Erfahrung in der Natur, Förderung der Vertiefung in persönliche Neigungen, Spiel-, Tätigkeits- und Ruhephasen, alles altersgerecht, sollen mit der Aufsichtspflicht der Betreuenden in Übereinstimmung gebracht werden können. Es ist wünschenswert, dass auch extern betreute Kinder die Angebote von Sport-, Musik-, Freizeit- oder Kulturvereinen erreichen können (z. B. durch bessere logistische Unterstützung bei Transportwegen).

Wir finden, dass es aus Sicht des Kindeswohls für eine Tagesmutter zu viel ist, gleichzeitig drei Kleinkinder bis drei Jahre und zwei Kinder bis zwölf Jahre zu betreuen.

Wir empfehlen der Politik und dem Ministerium, folgende Ideen bei der Ausgestaltung des Masterplans gemeinsam mit den Fachexpertinnen und -experten zu berücksichtigen:

- Zur Unterstützung der Elternkompetenzen könnten die Hebammen den Eltern bis zum ersten Lebensjahr des Kindes zur Seite stehen im Umgang mit den Säuglingen und durch Beratung zu deren Wohl.
- Kaleido könnte ab dem ersten Lebensjahr des Kindes ständigen Kontakt (Zeiträume nach Bedarf) zu Kind und Familie halten (bis zum Alter von 16 Jahren) und so Förderbedarf wahrnehmen. Es sei auf das UN-Kinderrecht auf „Genesung und Wiedereingliederung“ verwiesen: Hier hat die Qualität der außerschulischen Betreuung herausragende Bedeutung, nicht zuletzt bei der Vermeidung erworbener Abwärtsspiralen. Eltern sind insgesamt vorsorglich zu unterstützen, Elterntrainings, die gewaltfreie Kommunikation, Teamfähigkeit, Respekt und Konfliktlösung zum Inhalt haben, sollten angeboten werden.
- Auch der Bedarf der Jugendlichen nach erreichbaren Treffpunkten der offenen Jugendarbeit ist im ländlichen Süden weiter zu erfüllen.

Zur weiteren Gestaltung einer kinder- und jugendfreundlichen Region bedarf das Ehrenamt jetzt neuer Bereitschaft, Unterstützung und Anerkennung. Vor allem dort, wo in ländlichen Gebieten ein dezentrales Angebot gefördert werden soll, stellt das Ehrenamt, auch wegen der demografischen Entwicklung, ein wichtiges Potenzial dar. Beispiele: Oma/Opa betreuen vor/nach der Schule ein/zwei weitere Kinder. Oma bringt mit ihrer Enkelin auch zwei weitere Kinder aus der Betreuung oder der Familie zur Musikschule. Ein Leihoma/-opamodell könnte stark aus- und aufgebaut werden. Ebenso sollte untersucht werden, ob durch Abbau persönlicher Hürden das Altersehrenamt aktiviert werden kann. Sachkundig sind die vielen, die bereits engagiert sind.

b) Empfehlungen zu den Hauptanliegen

1. Kinderbetreuungsoptionen

Empfehlungen zu den Betreuungsoptionen

- 1) Wir fordern, dass Eltern die Wahl haben sollen, wie sie ihre Kinder betreuen (lassen) wollen. Die Auswahl sollte bestehen aus:
 - Betreuung durch die eigenen Eltern,
 - Betreuung durch Tagesmütter, -omas und -opas,
 - Betreuung in Kinderkrippen und
 - Betreuung in außerschulischen Einrichtungen (inklusive Freizeit- und Ferienbetreuung)

Die jeweilige Wahl soll die Gesellschaft respektieren, insofern das Wohl des Kindes dabei gefördert wird. Alle Optionen der Kinderbetreuung sollen qualitativ hochwertig sein.

- 2) Wir empfehlen, dass Eltern auch innerhalb eines Zeitraums von vor 7 Uhr morgens bis nach 18 Uhr die Möglichkeit einer externen Kinderbetreuung erhalten (vor allem vorgesehen für Eltern (z. B. mit Schichtdienst), bei denen keine häusliche Kinderbetreuung möglich ist).
- 3) Die Frage, ob Kinder für mehr als acht Stunden am Stück betreut werden sollen, wurde kontrovers diskutiert. Ebenfalls die Empfehlung, dass Kinder nach dem Bedarf der Elternarbeitszeiten extern betreut werden sollen.
- 4) Wir empfehlen, dass selbstständige Tagesmütter auch die Möglichkeit haben sollten, Teile ihrer Betreuungstätigkeit (z.B. vor oder nach der Schule) beim Kind zu Hause leisten zu dürfen. Vergütungsmöglichkeiten ähnlich dem „Betreuungsscheck“ sollen geprüft werden.
- 5) Wir empfehlen, dass die mindestentschädigte Aufsicht abgesichert wird.
- 6) Wir empfehlen, dass jede Gemeinde (beispielsweise in den Dorfhäusern) Tagesmütterhäuser einrichtet und auf mindestentschädigte Tagesmütter (zwecks der besseren Absicherung) zurückgreift.
- 7) Wir begrüßen, dass der Masterplan die Verbesserung des Arbeitsstatuts für konventionierte Tagesmütter vorsieht und empfehlen, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Ergebnisse des aktuellen Pilotprojekts in Wallonien/Flandern auswertet, um Möglichkeiten einer besseren finanziellen und sozialen Absicherung von Tagesmüttern zu prüfen.
- 8) Damit Eltern in den ersten Monaten nach der Kindesgeburt ihr Kind selbst betreuen können, regen wir beim Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft an, dass es seinen Einfluss auf föderaler Ebene nutzt, um eine Elternzeit von neun Monaten zu fordern.
- 9) Wir empfehlen, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Werbekampagne für selbstständige Tagesmütter, -omas und -opas gemeinsam mit Kaleido startet, um die Chancen dieser sinnvollen Tätigkeit (für Kinder, Eltern, die Gesellschaft und die Betreuenden selbst) attraktiv zu vermitteln und ihnen eine eventuelle Scheu vor der Herausforderung zu nehmen. Geeignet könnte u. a. ein Informationsabend sein.

2. Organisation der Kinderbetreuung

Empfehlungen zur Organisation und Vernetzung der Betreuungsangebote

- 1) **Wir empfehlen die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle (Familienportal, KIFI = Kinder- und Familien-Info-Telefon), an die sich Eltern, werdende**

Eltern, Schulen und Organisationen wenden können, um Angebot und Nachfrage bei der vor- und außerschulischen Kinderbetreuung besser zueinander zu führen.

Im komplexen Gefüge von Wünschen und Möglichkeiten, föderalen und DG-Kompetenzen, Angebot und Nachfrage, kurzfristigem Bedarf und langfristiger Planbarkeit ist es für die außerschulische Kinderbetreuung in Zukunft von großer Bedeutung, eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen, an die sich Eltern, werdende Eltern, Schulen und Organisationen wenden können, um Informationen zu erhalten, die jeweils auf dem neuesten Stand sind.

Die großen Vorzüge der ostbelgischen Politik: Pragmatismus, kurze Entscheidungswege und Offenheit für Neues sollen damit keinesfalls untergraben werden.

Aber es besteht eine solche Vielfalt an Betreuungsmöglichkeiten, dass für ein „Nicht-Mitglied“ des Systems nur sehr mühselig ein Überblick gewonnen werden kann. Zum Beispiel: Warum werden die freien und die konventionierten Tagesmütter von unterschiedlichen Organisationen betreut?

Informationsbedarf besteht für die Felder: Angebot und Möglichkeiten je nach Alter des Kindes, Notfallsituationen, Kosten und beteiligte Organisationen.

Die zentrale Koordinierungsstelle – von uns vorerst „Familientelefon“ genannt – wäre vorzugsweise beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzusiedeln, da hier alle Betreuungsmöglichkeiten geprüft und genehmigt werden müssen. Hier müssen die Fäden zusammenlaufen: die Informationen aus den Gemeinden (mit ihren individuellen Angeboten), aus den Schulen, aus den verschiedenen Organisationen.

Es könnte als erster Schritt ein Flyer/Informationsblatt erstellt werden, das die aktuellen Betreuungsmöglichkeiten im Überblick darstellt. Diese Informationen sollten auch auf die Website des Parlaments/Ministeriums. Dort sollten ebenfalls die Links zu den verschiedenen Organisationen zu finden sein.

Ziel ist ein Überblick über aktuelle Betreuungsangebote, um eine effiziente Hilfe zu ermöglichen ohne eine moralische Bewertung des individuellen Familienmodells vorzunehmen. Folgende Aspekte erachtet die Gruppe bei der weiteren Bearbeitung als wichtig:

Informationen für (werdende) Eltern und Alleinerziehende

- Angebot und Möglichkeiten der Kinderbetreuung je nach Alter des Kindes
- Notfall
- Kosten
- beteiligte Organisationen

Zentrale Anlaufstelle im Ministerium der DG

- Organisationen
- Gemeinden mit individuellem Angebot
- Bürgerbüro
- Schulen
- Familientelefon „KIFI“
- Flyer
- online-Portal

Aufgaben der Politik

- Initiativen fördern
- Boden bereiten damit Bürger aktiv werden können
- neue Inhalte in der Schule (Alltagstauglichkeit, Kurse Baby-Puppen)
- Förderung von Eltern

Flexibilität und individuelle Förderung

- ausruhen
- Musik
- Sport
- soziale Kompetenz
- Umgang mit neuen Medien

Geschulte Betreuer

- Weiterbildung
- Ausbildung im „Baukastenprinzip“
- Vermittlung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (z.B. aus der Neurobiologie)

Organisationen vernetzen

- RZKB, SPZ, KBAK, Kaleido
- AUBE, Ephata, Familienhilfe
- KLJ, Musikakademie, Sportbund
- Bund der Familie, ÖSHZ, u.a.

- 2) Wir empfehlen, dass die Regierung die stärkere Vernetzung vorantreibt zwischen den an der Kinderbetreuung beteiligten Organisationen mit Schulen und Freizeit Anbietern. Wir begrüßen, dass es bereits im Einzelfall gelebte Kooperationen zwischen SPZ und Kaleido gibt (z. B. gegenseitige Einladungen zu Weiterbildungen).**

Diese Kooperation sollte allen Organisationen offenstehen, um Doppelspurigkeiten, Mehrfachbefragung der Eltern, wiederholte Antragstellung etc. zu vermeiden und eine schnelle und effiziente Hilfe für die Betroffenen zu ermöglichen. Zur Stärkung der Flexibilität des Angebots und für die individuelle Förderung aller Kinder empfehlen wir ein gestaffeltes System an Anforderungen/erforderlichen Kompetenzen verbunden mit einem „Baukastensystem“ für Weiterbildung (intern, in den bestehenden Organisationen), um es an der Betreuung interessierten Personen zu ermöglichen, das jeweilige Anforderungsprofil zu erfüllen.

- 3) Für die Politik bestehen auch überregionale Aufgaben. Wir empfehlen, dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sich auf föderaler Ebene für die Belange zum Wohl der Kinder einsetzt.** Die Frage einer qualitativ hochwertigen

Kinderbetreuung mit Wahlmöglichkeiten für Eltern und Kinder betrachten wir als einen wichtigen Hebel zur positiven Gestaltung der Gesellschaft. Hier soll das Parlament auf föderaler Ebene:

- diskutieren, welche Kompetenzen sinnvollerweise aus der föderalen Verantwortung in die regionale übergehen könnten und
- mit aller Kraft dazu beitragen, dass Gesetze zur Steuerpolitik (z. B. Elternzeit, Bezahlung von Tagesmüttern) und Arbeitspolitik (z. B. zumutbare Entfernung zur Arbeitsstätte, Arbeitszeiten), die jeweils unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenswelt der Kinder haben, das Wohl des Kindes ins Zentrum rücken.

- 4) Die weitere Einbindung der Bürger in diesen Prozess sehen wir als essenziell an.** Die mehrmals vom Greffier des Parlaments erwähnte Unterstützung des Parlaments für Initiativen aus der Bevölkerung wird von den Bürgern sehr geschätzt. Wir empfehlen, dass das Parlament hier weiter den Boden bereitet, dass sich Bürgerinnen und Bürger gestärkt und unterstützt fühlen, wenn sie sich mit einer Initiative von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, z. B. in der Kinderbetreuung, an das Ministerium wenden und dort ein offenes Ohr finden. In diesem Sinne ist mit dem Bürgerforum ein sehr guter Anfang gemacht.

3. Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung

Empfehlungen zur Förderung und Finanzierung der Kinderbetreuung – staatliche Förderung und Integration

- 1. Wir regen an, die Organisation der Kinderbetreuung, insgesamt von einer Stelle aus zu organisieren.**
Zwar ist dies aufgrund der zentralen Verwaltung durch das RZKB schon jetzt weitgehend der Fall, nicht erfasst sind jedoch die selbstständigen Tagesmütter. Durch die Maßnahme könnte zunächst die Übersichtlichkeit für die Eltern durch die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle weiter erhöht werden. Zudem kann durch eine solche zentrale Organisation ein Forum zum Austausch und der gegenseitigen Unterstützung für die Tagesmütter geschaffen werden. Die Verteilung der Kinder auf die Tagesmütter dürfte erleichtert werden. Es ist zudem zu erwarten, dass eine ressourcenschonendere Verwaltung aufgrund der Abschaffung von Doppelstrukturen und Synergieeffekten möglich ist.
- 2. Wir regen an, dass das Ministerium in Zusammenarbeit mit den Gemeinden einen Ratgeber über Zuschüsse und Fördermittel im System der Kinderbetreuung innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft erstellt.**
Es ist sehr wahrscheinlich, dass gegenwärtig ein erheblicher Teil der Eltern keine ausreichenden Kennt-

nisse über bestehende Förderangebote hat. Hierdurch gehen Eltern und Kinder wichtige (pädagogische) Hilfen verloren. Dies dürfte insbesondere eher bildungsferne und mit staatlichen Verwaltungen unerfahrene Eltern betreffen, für die staatliche Hilfen aber von ganz besonderer Bedeutung sind und deren Kinder bestimmungsgemäß ganz besonderes von diesen Hilfen profitieren können. Zudem werden durch die Maßnahme private Initiativen im Bereich der Kinderbetreuung – die umgekehrt staatliche Träger entlasten können – gefördert.

3. **Wir regen an, die Wirtschaft für die Betreuung der Kinder ihrer Angestellten deutlich stärker in die (Mit-)Verantwortung zu nehmen.**

Diese könnte ihren Beitrag durch die Schaffung von Betriebskinderkrippen oder die Beteiligung an staatlichen Angeboten leisten. Die Kinderbetreuung dient auch der Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der Eltern, wovon auch die Wirtschaft profitiert. Es sollte hier eine Kohärenz von „Gewinnen“ und „Aufwand“ hergestellt werden. Zudem könnte dem zu konstatierenden Fachkräftemangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch die Anhebung insbesondere der Beschäftigungsquote von Frauen entgegengewirkt werden. Die Beteiligung eines weiteren Akteurs am Kinderbetreuungsangebot dürfte zudem neue Ideen und Konzepte befördern, die einer qualitativ hochwertigen, am Kindeswohl orientieren Kinderbetreuung nur dienen können.

4. **Wir regen an, perspektivisch die Deutschsprachige Gemeinschaft mit weiteren Zuständigkeiten im Bereich der finanziellen Förderung von Eltern auszustatten.**

Hierdurch könnte die Möglichkeit zur Zahlung eines „Elterngeldes“ bzw. zur Finanzierung eines Erziehungs-

ungsurlaubs geschaffen werden. Eine solche Maßnahme würde die Wahlfreiheit der Eltern, ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst zu betreuen, fördern. Nachdem solche Förderinstrumente in Nachbarländern bereits existieren, könnten dortige Erfahrungen für die Ausgestaltung eines „ostbelgischen Elterngeldes“ nutzbar gemacht werden.

Lernerfahrungen und Empfehlungen aus dem Prozess des Bürgerdialogs – für künftige Themen des Parlaments

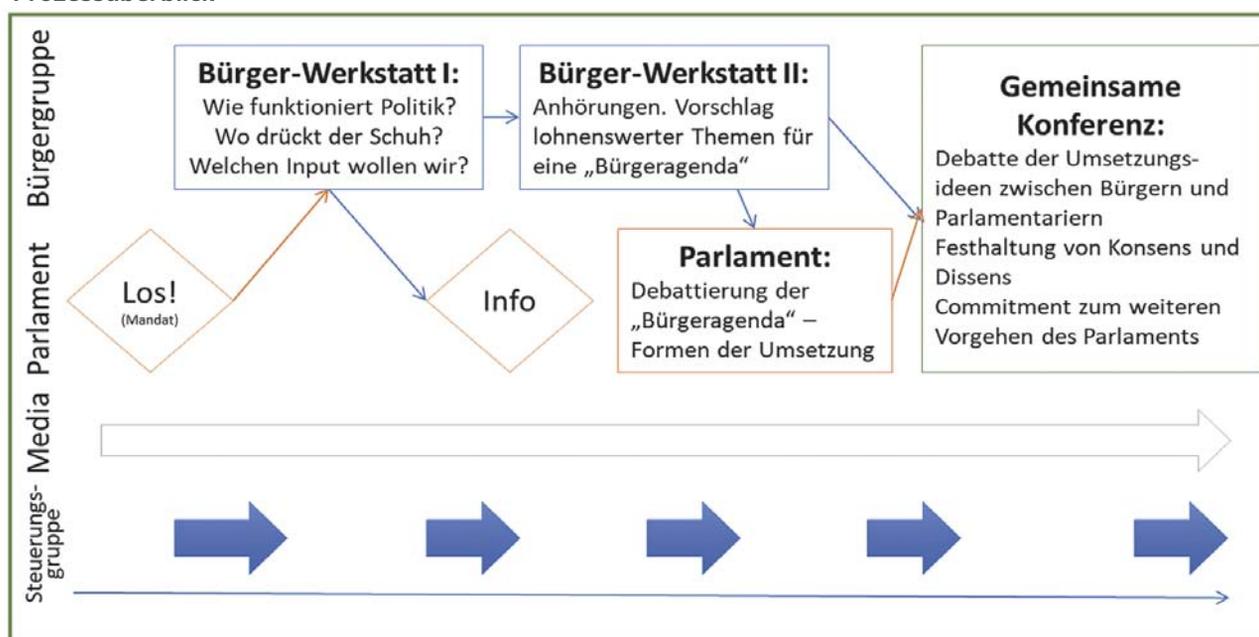
Eignet sich der Bürgerdialog auch für andere politische Themen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft? Wie kann die Wirksamkeit des Instruments erhöht werden?

- **Das Verfahren wurde als wirksam und erfolgreich bewertet.** Der Bürgergruppe hat der Turnus (3 x samstags innerhalb von 6 Wochen), die zufällige Auswahl, die motivierende Moderation gefallen. Für künftige Bürgerdialoge sprachen sich einige Bürger für eine vorherige Verteilung von ausführlichen Informationen aus, andere hingegen meinten, dass die Vorabinformation den kreativen Prozess gehemmt hätte. Der Wunsch nach mehr Altersunterschieden in der Bürgergruppe wurde breit gestützt (erfordert eine alternative Ansprache).
- **Mögliche Themen (Brainstorming von Gestaltungsräumen der Deutschsprachigen Gemeinschaft):** Pflege und Leben im Alter; Mobilität, Umwelt-Natur (Raumordnung); grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Schulwesen; Integration

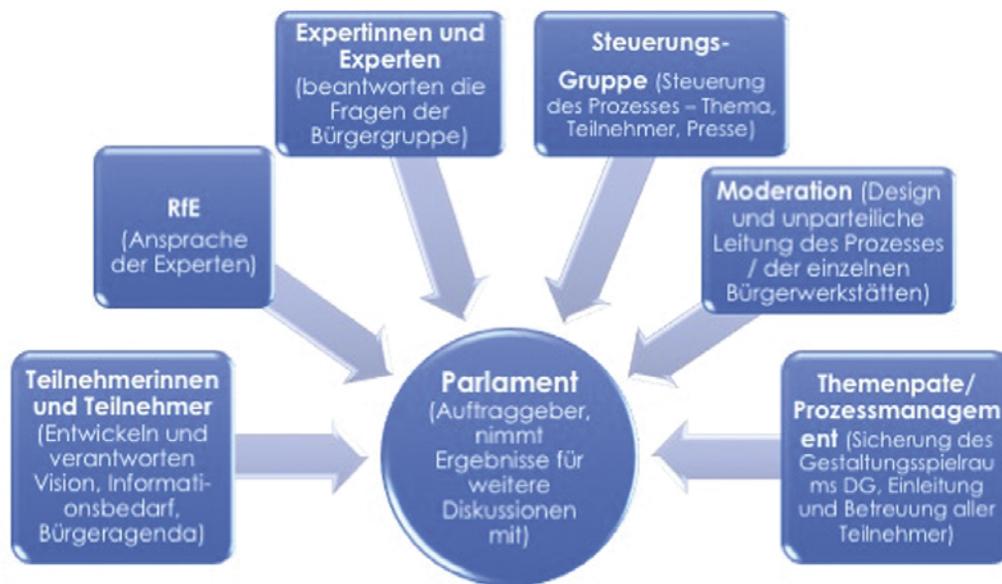
Annex

a) **Prozessbeschreibung und Rahmenbedingungen**

Prozessüberblick



Expertenanhörungen (Bürgerwerkstatt 2)



Die Bürgergruppe wählte die von ihr gewünschte Expertise bei der ersten Bürgerwerkstatt aus einer breiten Angebotsliste aus. Das Angebot hatte der Rat für Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt. Folgende Expertinnen und Experten nahmen an den drei Anhörungen bei der zweiten Bürgerwerkstatt teil (alphabetisch nach Institutionennamen aufgelistet):

- Anikos (AGV nicht-kommerzieller Sektor): Christophe Ponkalo
- Animationszentrum Ephata: Luc Assent
- Aved (vertreten durch den WSR): Stephan Mathieu
- Kaleido: Doris Falkenberg
- KLJ: Christian Recker
- Ministerium, Fachbereich Familie und Soziales: Michael Fryns
- Musikakademie: Hans-Georg Reinertz
- Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Stephan Thomas
- RZKB: Stephanie Baum
- Sportbund: Thomas Pötgen

Regeln für die Anhörung:

- Fragen klar formulieren
- Antworten offen geben: was ist Meinung/Evidenz?
- Sich kurz halten
- Kein Konsenszwang
unterschiedliche Meinungen stehen lassen
- Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, was sie annehmen oder nicht

b) Formulierung von politischen Empfehlungen – Anregung der Moderatorin

- Die gesamte Gesellschaft im Blick halten
- Evidenz/Expertise nutzen, um die Empfehlung möglichst nachvollziehbar zu machen

- Politische Mehrheiten berücksichtigen
- Finanzierung der Maßnahmen im Auge behalten
- Gestaltungsräume des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft bespielen
- Unbeabsichtigte Folgen vermeiden

Hinweis an die Autoren: Bitte schreiben Sie wichtige, machbare Empfehlungen/ Optionen (möglichst Konsens):

Warum	(Misstand) soll
Wer	(z.B. PDG)
Was tun	(Maßnahmen, Studie, Um-Investitionen)
Mit	(z.B. mit Experten XY)
Weil	(Expertise zitieren)
Wann	(z.B. in den kommenden 2 Jahren)
Zum Ziel	(gewünschtes, realistisches Bild)
Ohne	(unerwünschte, negative Wirkungen vermeiden)

c) Die Zusammensetzung der Bürgergruppe

Frau Edith Bong, Eupen - Frau Jacqueline Corves, Hergenrath - Frau Marina Descheemaeker, Eupen - Frau Rose-Marie Elsen, Büllingen - Herr Dieter Emerich, Lontzen - Frau Birgit Fank, Wallerode - Frau Rose-Marie Fuhrmann, Bütgenbach - Herr Walter Goebels, Eupen - Herr Friederich Goffart, Bütgenbach - Frau Andrea Göttgens, Eupen - Herr Dieter Heckters, Wallerode - Herr Walter Hilgers, Walhorn - Frau Renate Kerren-Stroh, Astenet - Herr Henri Kohl, Kelmis - Frau Alexandra Koller, Eupen - Frau Martina Meißner, Kettenis - Frau Wilma Nelles-Schinker, Lengeler - Frau Sabine Pitz, Raeren - Herr Raphael Ramirez, Raeren - Frau Doris Rose, Kelmis - Herr Michael Schuldt, Raeren - Frau Antigona Schuldt, Raeren - Frau Ursula Tangeten, Burg-Reu-

land - Frau Sylvie Thelen, St. Vith - Frau Alice Threinen, Raeren - Frau Elisabeth Wimmenauer, Raeren

d) Botschaft des Parlamentspräsidenten

Der Bürgerdialog zur Kinderbetreuung bringt zusätzliche und neuartige Expertise in die politische Debatte!

- Mit dem Bürgerdialog gestalten wir Politik näher an den Menschen und öffnen unser Parlament bewusst für den Dialog.
- Wir verpflichten uns als Politik, die Empfehlungen und Stimmen aus dem Bürgerdialog in unseren Beratungen zu berücksichtigen – beispielsweise zur Erweiterung des Masterplans.

- Wir werden den Bürgerdialog auch zur besseren Vorbereitung von politischen Entscheidungen einsetzen. Denn Bürgerbeteiligung ist kein „Event“, sondern eine Haltung. Wir freuen uns auf weitere Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv hier einbringen und sind Ihnen sehr dankbar für Ihre Offenheit und die gute Beratung.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die bereit waren, uns mit ihrer Zeit, ihren Ideen und ihrer Kompromissbereitschaft untereinander zu beraten.

ANLAGE 2

PARLAMENT IN ZAHLEN

Abgeordnete: 25
Beratende Mandatare: 8
Regierungsmitglieder: 4

Jahreshaushalt 2018 des Parlaments: 6,736 Mio. Euro
Anzahl Mitarbeiter: 40

Plenarsitzungen: 13
Ausschusssitzungen: 123
Gemeinsame Sitzungen aller Ausschüsse: 8

Beschlüsse: 43
 Regeldekrete: 11
 Haushaltsdekrete: 5
 Zustimmungsdekrete: 19
 Gutachten: 2
 Resolutionen: 1
 Verwaltungsbeschlüsse: 5

Regierungskontrolle

Interpellationen: 13
Mündliche Fragen: 140
Schriftliche Fragen: 87
Begründete Anträge: 2
Themendebatten: 2

IMPRESSUM

Verantwortlicher
Herausgeber: Stephan Thomas, Greffier
Konzept
und Redaktion: Dienst für Öffentlichkeitsarbeit
Gestaltung: Freddy Betsch
Fotos: Parlament
Fotalia
Druck: Parlament
der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Erscheinungsdatum September 2018
© Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft



Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN
T +32 (0)87/31 84 00
F +32 (0)87/31 84 01
info@pdg.be
www.pdg.be